

(Beginn: 15:41 Uhr - Ende: 19:49 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 38. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, ganz herzlich.

Ein ganz besonders herzliches Willkommen gilt auch den Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 10 der Ursulinenrealschule und der Katharina-Henoth-Gesamtschule, die sich auf der Tribüne befinden und die wir mit einem Beifall begrüßen wollen.

(Beifall)

Diese Schülerinnen und Schüler werden in drei Wochen, am 5. Dezember, dem Tag der Jugend im Rathaus, hier anwesend sein und dann selbst als Ratsmitglieder Anträge stellen und Entscheidungen treffen. Ich wünsche Ihnen und uns allen eine spannende Sitzung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Görzel heute entschuldigt. Nicht anwesend ist Herr Uckermann.

(Zurufe: Oh!)

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Noack, Herrn Dr. Schlieben, Frau Hoyer, Frau Paffen, Frau Nessler-Komp und Frau Kirchmeyer.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen jetzt zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: zum einen ein CDU-Antrag vom 30. Oktober und zum anderen ein Antrag von der FDP vom 9. Oktober. Wie Sie wissen, ist in der Geschäftsordnung nur eine Aktuelle Stunde vorgesehen. Deshalb frage ich: Gibt es dazu Erklärungen? - Herr Granitzka, bitte.

**Winrich Granitzka (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei unserem Thema ging es um die Lecks bei der Shell, den Ölteppich und anderes mehr. Darüber ist in der Bezirksvertretung Rodenkirchen sehr ausführlich erörtert worden. Es ist dann in den Ausschuss Umwelt und Grün verschoben worden und wurde dort in sehr nachdenklicher Weise beraten und untersucht. Von daher erübrigt sich das. Alle Fraktionen, die dort beteiligt waren, waren mit diesen Beratungen und den Ergebnissen zufrieden, sodass wir unseren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zurückziehen können.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Granitzka. - Damit verbleibt nur noch ein Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde. Gibt es Gegenstimmen gegen die Durchführung einer Aktuellen Stunde auf der Grundlage des FDP-Antrages? Ich bitte um das Handzeichen. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann wird die Aktuelle Stunde zu dem von der FDP beantragten Thema durchgeführt.

Wir kommen jetzt zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.3, 10.21, 17.9, 17.10 und 17.11 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.5. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.4, 10.13, 10.17 und 10.18. Weiterhin ist mir mitgeteilt worden, dass die Fraktion pro Köln ihren Antrag unter 3.1.10 zurückzieht. Ist das richtig?

(Zustimmung von Markus Wiener [pro Köln])

- Ich sehe Kopfnicken. - Punkt 3.1.10 ist ebenfalls zurückgezogen. Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Das ist nicht der Fall.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.1, Haushaltskonsolidierung, zu behandeln.

Des Weiteren liegt ein Antrag der Fraktion pro Köln auf geheime Abstimmung vor. Dies betrifft alle Tagesordnungspunkte unter Punkt 17, Wahlen. Wird dieser Antrag aufrechterhalten? - Es muss nicht sein; wir reißen uns nicht darum.

**Markus Wiener** (pro Köln): Dieser Antrag ist mir in der Form nicht bekannt, und er wird auch nicht aufrechterhalten.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gut. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Reihenfolge der Tagesordnung abstimmen. Gibt es gegenteilige Meinungen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 3.1.1.

**1.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt"**  
**AN/1800/2012**

**3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Haushaltskonsolidierung: Überprüfung städtischer Mitgliedschaften"**  
**AN/1778/2012**

Ich gebe das Wort an Herrn Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir einleitend die Vorbemerkung: Nach der Vorstellung der Einsparvorschläge des Stadtvorstandes kann ich konstatieren: Erstens. Die Haushaltslage der Stadt Köln ist noch ernster als zum Zeitpunkt der Antragstellung der FDP auf Durchführung der Aktuellen Stunde zu diesem Thema. - Zweitens. Damit es überhaupt zu einer Einsparliste kam, mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmererei bis hin zur Amtsleitung Außerordentliches leisten; da war an Urlaub nicht zu denken. Meine Fraktion zollt dieser Arbeit ihren Respekt. Bitte geben Sie unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, Herr Oberbürgermeister!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmererei sind bestimmt nicht der Adressat

unserer Kritik. Unsere Kritik zielt vielmehr auf das handwerkliche Vermögen der Kämmerin ab, mit der Haushaltskrise umzugehen. Sie baut Luftschlösser und will uns diese als Realität verkaufen. Wir fragen uns: Wann werden sie zerplatzen? Nach Adam Riese ist eins plus eins gleich zwei. Verehrte Frau Klug, ich habe die ernsthafte Sorge, Sie glauben wirklich daran, dass Sie mit Powerpoint-Präsentationen doch noch eine drei daraus machen können.

(Beifall bei der FDP)

Dazu ein Beispiel: Genau vor 20 Wochen haben wir hier in diesem Hause den Haushalt 2012 verabschiedet. Dieser Haushalt sah in der mittelfristigen Finanzplanung für 2013 ein Defizit in Höhe von 240 Millionen Euro vor. Nun wird uns wieder eine mittelfristige Finanzplanung für das kommende Jahr präsentiert. Diese Planung sieht ohne Einsparungen für 2013 ein Defizit von astronomischen 419 Millionen Euro vor. Das heißt: weitere ungedeckte Mehrausgaben von 179 Millionen Euro für 2013 seit der Haushaltsverabschiedung im Juni. Aber auch alle anderen Zahlenangaben sind nur die rosa Hülle eines Knallbonbons. Übrig bleibt nur Schall und Rauch.

Der Haushalt 2012 ist aus den Fugen geraten. Statt der beschlossenen 219 Millionen Euro beträgt das Defizit jetzt 330 Millionen Euro, Tendenz steigend. Auch in den kommenden Jahren wird das Defizit bei weit über 300 Millionen Euro liegen. Damit steht Köln mit beiden Beinen in einem Nothaushalt. Das ist die Realität: nackte, schonungslose, unbarmherzige Zahlen!

Und was macht unsere Kämmerin? Sie macht wieder eine Powerpoint-Präsentation, und mit einem Klick sind alle Sorgen weg. Mit fiktiven Ausgabekürzungen, hinter denen keine realen Einsparungen stehen, wird Köln bis 2017 unter die 5-Prozent-Grenze der Entnahme aus der Rücklage gedrückt. Nur, bei 2013 versagte wohl das Programm, da bleibt Köln nämlich oberhalb dieser 5-Prozent-Grenze. Das ist eine schöne, aber eine virtuelle Realität. Im wahren Leben, meine Damen und Herren, sind aber all diese Schulden immer noch da.

Wohl weil die Bezirksregierung mit dieser Art der Aufstellung eines Doppelhaushaltes für 2013 und 2014 nicht zu überzeugen gewesen wäre, musste dann doch ein Sparprogramm mit realen Zahlen für diese Jahre her. Das vorgestellte Sparprogramm ist schmerzlich, aber viel zu mager. Nach Ihren eigenen Angaben, nach

Angaben des Stadtvorstandes, sind für das Jahr 2013 Einsparungen in Höhe von 102 Millionen Euro und für das Jahr 2014 weitere 70 Millionen Euro nötig, um nicht in den Nothaushalt zu fallen. Das macht nach Adam Riese - ich hoffe, dass der Mann auch für Sozialdemokraten unverdächtig ist - 172 Millionen Euro. Die Sparliste führt für 2013 aber nur Einsparungen in Höhe von 40,9 Millionen Euro auf. Das sind nur 40 Prozent der benötigten Summe, meine Damen und Herren. Für 2015 sind sogar nur 25 Millionen Euro vorgesehen. Das ist eine Erfüllungsquote von schlappen 36 Prozent. Es fehlen, wiederum nach Adam Riese, in den Jahren 2013 und 2014 Einsparungen in Höhe von 105 Millionen Euro, um dem Nothaushalt zu entkommen. Bei dem Klick in der Powerpoint-Präsentation sah das natürlich anders aus.

Hören wir auf, meine sehr verehrten Damen und Herren, uns selbst zu belügen und uns an Grafiken zu berauschen, die mit der wahren Realität nichts zu tun haben! Wir stehen aufgrund der Haushaltssituation vor einer großen Herausforderung. Werden wir uns dem Ernst der Lage endlich bewusst! Was wir in Köln wieder brauchen, ist Wahrheit und Klarheit in der Haushaltsführung, und dazu ruft die FDP-Fraktion in dieser Aktuellen Stunde auf. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka [CDU])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich gebe das Wort an Frau Stadtkämmerin Klug.

**Stadtkämmerin Gabriele C. Klug:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Breite, der Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde lautete: „Droht Köln der Nothaushalt? Folgen millionenschwerer Fehlbuchungen, plötzlicher Gewerbesteuerrückzahlungen und richterlich festgestellter Nichtigkeit der Bettensteuersatzung für den städtischen Haushalt“, und dazu, lieber Herr Breite, möchte ich mich äußern.

Es sind in der Vergangenheit einige Behauptungen aufgestellt worden, die so nicht stehen bleiben können; denn sie zeichnen ein falsches Bild von der Situation unseres Kölner Haushalts. Insbesondere zeichnen sie auch ein falsches Bild dessen, was sich geändert hat zwischen der Verabschiedung des Haushalts 2012 und der Einbringung des Doppelhaushaltes

2013/2014 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung, die am 18. Dezember erfolgen wird.

In der Tat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sowohl die Aufstellung eines Haushaltes als auch der Haushaltsvollzug ein dynamischer Prozess. Und in der Tat ist auf *keiner* politischen Ebene die Entwicklung der Dynamik dieses Prozesses so stark abhängig von dem, was die Konjunktur uns bringt oder nicht bringt, wie auf kommunaler Ebene.

In der Tat haben wir letzten Montag im Finanzausschuss über eine Summe von 100 Millionen Euro diskutiert, die als Verschlechterung in der Haushaltsplanung dieses Jahres eingetreten ist: eine Gewerbesteuerrückzahlung - für den Profi, die Kämmerin, eine bedauerliche, aber nicht auszuschließende Entwicklung, die etwas mit der Dynamik des Haushaltes zu tun hat, für die Öffentlichkeit natürlich ein erklärungsbedürftiger Tatbestand. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stehe nicht an, weitere Informationen über die Entwicklung des Haushaltes zu geben. Denn mir ist es eine Verpflichtung, Wahrheit und Klarheit die Ehre zu geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Danke sehr.

100 Millionen Euro sind kein Pappenstiel. Und auch der Haushalt der Stadt Köln muss damit ringen, diese zusätzliche Belastung einzubringen. Der Stadtvorstand hat sich - Herr Breite, Sie haben die Kommunikation eben als „Powerpoint-Präsentation“ diffamiert - mit diesen Problemen auseinandergesetzt und in der Tat Maßnahmen vorgeschlagen. Wir haben zwar in der letzten mittelfristigen Finanzplanung zum Teil noch pauschalierte Maßnahmen vorgestellt dürfen - darüber haben wir uns bereits im Juni ausführlich auseinandergesetzt -; die von uns jetzt vorgestellten Maßnahmen sind jedoch sehr viel konkreter. Diese werden wir alle gemeinsam vor der Öffentlichkeit zu vertreten haben. Sie sind notwendig, um ein scharfes, aber notwendiges Konsolidierungsprogramm auf die Beine stellen zu können.

In der Tat ist es so, dass wir auch die genannte Summe stemmen müssen. Und in der Tat werden wir den Haushalt so einbringen, wie wir es jetzt angekündigt haben. Wie Sie am letzten Montag - Sie waren ja anwesend - genau gehört haben, handelt es sich um eine Skizzierung

verschiedener Schwerpunktmaßnahmen. Das sind aber noch längst nicht alle Maßnahmen.

Ich will auf eine weitere Verschlechterung der Haushaltssituation eingehen, die wir kurzfristig - das betrifft vor allem das Haushaltsjahr 2013, in dem wir die 5-Prozent-Grenze der Rücklageentnahme nach derzeitiger Planung überschreiten - bewältigen und für die wir Maßnahmen ergreifen müssen. Dabei handelt sich um die bilanzielle Behandlung des StEB-Trägerdarlehens. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch diese Bereinigung ist noch in der Öffentlichkeit. Sie muss noch stattfinden; denn wir haben uns bisher nur im Finanzausschuss und noch nicht hier darüber unterhalten. Es gibt zum StEB-Trägerdarlehen einen Vermerk aus dem Jahr 2008. Ich habe im letzten Finanzausschuss dazu vorgetragen, wie wir es in der Vergangenheit behandelt haben und wie wir künftig damit umgehen müssen.

Nachdem uns das Rechnungsprüfungsamt davon in Kenntnis setzte - übrigens war das kein Thema bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz im Rechnungsprüfungsausschuss; an den Sitzungen habe ich ja bereits seit Ende 2010 teilgenommen -, haben wir diese 70 Millionen Euro, die zu bereinigen waren, als Mindereinnahme in der Haushaltsplanung 2013 ff. für das Jahr 2013 mit 70 Millionen Euro und für das Jahr 2014 mit 14 Millionen Euro berücksichtigt. Auch das ist mit in unsere mittelfristige Finanzplanung eingeflossen, und auch das wird durch Minderausgaben kompensiert. Das Maßnahmenpaket des Stadtvorstandes reagiert eben auf die aktuelle Entwicklung.

Meine Damen und Herren, wir haben am letzten Montag die Planungen für den Haushalt vorgestellt. Schwerpunkt war der Doppelhaushalt 2013/2014 und die daran anschließende mittelfristige Finanzplanung. Selbstverständlich unterliegt dieses Zahlenwerk der gesellschaftlichen Realität; das heißt: Entwicklung und Haushaltsdynamik. In Kenntnis dieses Zahlenwerks werden Sie feststellen, dass die 5-Prozent-Grenze für uns eine Anregung ist, unsere Konsolidierungsanstrengungen hier und heute auch unter dem Eindruck der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung zu verstärken.

Ich glaube, es ist ein Luxusproblem, der Kämmerin oder dem Oberbürgermeister vorzuwerfen, die Dynamik des Haushalts zu verkennen. Darum kann es jetzt nicht gehen. Wir stehen in einer Zeit, wo wir gegenläufige Tendenzen haben: zum einen geht es der

Wirtschaft schlechter, und die Gewerbesteuerinnahmen gehen zurück; zum anderen wachsen die Sozialausgaben.

(Zurufe von der FDP - Henk van Benthem [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Und beides muss auf kommunaler Ebene mit den Mitteln der Kommune kompensiert werden.

Deswegen - ich komme zum letzten Punkt - ist es hanebüchen, dass die FDP-Fraktion immer noch der Meinung ist, wir sollten froh darüber sein, dass die Satzung der Kulturförderabgabe, auch „Bettensteuer“ genannt, für nichtig erklärt wurde. Ich finde, heute kann es sich keine Kommune mehr leisten, auf ihre Steuerfindungsrechte zu verzichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegenteil, wir müssen weiterhin jede Möglichkeit ergreifen. Deswegen wird es eines nicht geben: dass wir uns hier kampflös zurückziehen. Wir werden weiterhin daran festhalten und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen,

(Ulrich Breite [FDP]: Die sind doch ausgeschöpft!)

um die kommunalen Einnahmemöglichkeiten zu verbessern und zu verstärken. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich gebe das Wort Herrn Börschel.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Seitdem die Stadtspitze vor wenigen Tagen die Eckpunkte für den Haushaltsentwurf 2013 vorgelegt hat, haben wir eine Menge Forderungen gehört, die alle in eine Richtung zielen: Wo bleibt eigentlich der große Wurf? Wer ist jetzt der Retter bzw. die Retterin, die endlich zeigen können, wo es wirklich langgeht? Ich finde, mit dieser Begrifflichkeit muss man beginnen; denn all diejenigen, die jetzt lautstark den großen Wurf fordern, sind entweder grenzenlos naiv oder versuchen aus politischen Gründen, die Hürde bewusst so hoch zu legen, dass ein Scheitern per se vorprogrammiert ist.

Wir alle wissen doch: Nicht nur über Köln, sondern über alle Kommunen der Republik schwappt seit vielen Jahren eine Sparwelle nach der anderen. Es wäre doch vermessen, zu glauben, die heutige Politikergeneration, die heutige Verwaltungsgeneration wäre so viel klüger als alle anderen Generationen vor uns, man müsse uns nur mal heranlassen, oder es sei nur eine Frage des politischen Willens oder des Mutes, dann würden wir ganz leicht den Stein der Weisen finden.

Ich finde, zur Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Selbstkritik gehört auch dazu, zuzugeben: Nein, wir sind nicht klüger als die anderen, wir sind nicht besser als diejenigen, die das vor uns viele Jahre und Jahrzehnte versucht haben. Auch wir, wir alle miteinander, sei es im Rat, in der Verwaltung oder in der Bürgerschaft, kochen nur mit Wasser. Wir müssen trotz der großen Fesseln, die uns angelegt worden sind, das Bestmögliche daraus machen. Deswegen rufe ich denen, die nach dem großen Wurf schreien, zu: Lassen Sie die Kirche im Dorf!

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

- Daran habe ich keinen Zweifel, Herr Kollege Houben.

(Beifall bei der FDP)

Sie alle wissen, dass allein in unserem städtischen Haushalt weit über eine halbe Milliarde Euro pro Jahr an Sozialtransferleistungen enthalten sind, die schlicht und einfach in kommunale Haushalte nicht hineingehören; denn dabei geht es um die Folgen allgemeiner Lebensrisiken, die eigentlich vom Bund getragen werden müssten.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen reden die Länder und Kommunen ja auch so intensiv darüber. Diese Sozialtransferkosten in Höhe von jährlich mehr als einer halben Milliarde Euro hängen auch der Stadt Köln wie ein Mühlstein um den Hals und machen uns das Leben schwer, wenn wir versuchen, uns freizuschwimmen.

Ich habe schon in meiner Rede zur Haushaltsverabschiedung 2012 gesagt: Es sind fast 80 Millionen Euro jedes Jahr, die die Stadt Köln schuldenfinanziert in den Solidarpakt Ost einzahlen muss. Auch das ist ein Punkt, der in Zukunft verändert werden muss. Oder: Es werden 60 Millionen Euro weniger Erträge erzielt, weil der Bund seit 2008 allein 14

steuerentlastende Gesetze beschlossen hat. Dafür haben wir hier in Köln eine Zeche im Wert von etwa 60 Millionen Euro zu zahlen. Und dies sind nur zwei Beispiele von vielen, worüber andere auf hohen Ebenen zwar die Klappe aufreißen und Dinge versprechen, wir aber müssen jetzt dafür büßen. Das müssen wir hier offen und ehrlich sagen.

Viele Kommunen ziehen daraus den Schluss: Wir sind in der Vergeblichkeitsfalle. Es nützt nichts. Wir warten darauf, dass der Bund uns hilft oder dass das jeweilige Bundesland uns hilft oder dass der liebe Gott uns hilft; am liebsten alle drei zusammen. - Wir sind hier im Rat - so sagt es zumindest die Übereinkunft der vier großen Fraktionen, die sich im Effizienzteam zusammengeschlossen haben - gottlob schon einen Schritt weiter. Obwohl wir die große Problematik dieser Bundeslasten in unserem Haushalt erkennen, sagen wir nicht, wir werfen die Flinte ins Korn und tun nichts, sondern versuchen wir das Menschenmögliche, um unseren eigenen Haushalt bestmöglich in den Griff zu bekommen. Und das muss auch weiterhin unsere Mahnung und unsere Aufgabe sein, nämlich das, was möglich ist - bei allen berechtigten Forderungen in Richtung Bund und Land -, selbst zu machen.

Wenn die FDP, Herr Kollege Breite, jetzt sagt: „Wir fordern Wahrheit und Klarheit“, kann man, was die Überschrift angeht, nicht viel dagegen sagen. Aber der Offenlegung von Wahrheit und Klarheit sollte sich auch derjenige stellen, der dies fordert. Ich will Ihnen mal eines ganz offen und ehrlich sagen: Die teuerste Fraktion, die der Stadtrat hier in Köln hat, ist die FDP.

(Beifall bei der SPD)

Klipp und klar! Einiges von der folgenden Aufzählung begrüßt die SPD ebenfalls. Aber Ihnen kann es doch gar nicht groß und teuer und schön genug sein. Sie denken immer in Beton und immer maximal:

- die Flora: 35 Millionen Euro,
- der Rheinboulevard: städtischer Anteil 7 Millionen Euro,
- die Maximallösung bei der Oper: 253 Millionen Euro,

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

- dazu komme ich gleich -

- die Archäologische Zone: städtischer Anteil 37 Millionen Euro,
  - der Wiederaufbau des Roten Hauses, also eine schöne Hülle um den Aufzug herum: 10 Millionen Euro,
  - die Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau: bis zu 100 Millionen Euro, wenn man alle Kosten ehrlich mit einrechnet,
- (Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.]
- dazu komme ich gleich -
  - die Erhöhung des Opernetats: 5 Millionen Euro pro Jahr,
  - die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn: über 20 Millionen Euro,
  - der Rheinufertunnel: über 80 Millionen Euro.

Das ist Ihre Zeche, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP! Wenn es nach Ihnen gehen würde - darauf will ich hinaus -, steckten wir noch sehr viel tiefer im Schlamassel, als wir es ohnehin schon tun. Deswegen ist das, was Sie hier heute fordern, Heuchelei.

(Beifall bei der SPD)

Ihre haushaltspolitische Solidität grenzt in der Tat an das, was sonst die Linken haushaltspolitisch machen. Es gibt eigentlich nur zwei Unterschiede: Sie geben das Geld für Beton aus und die Linken für schöne Projekte, für die wir allerdings auch wenig Geld haben. Der zweite Unterschied ist: Die Linke sagt wenigstens ehrlich, dass ihr die Schulden egal sind, während Sie so tun, als könne man das alles ausgeben und trotzdem den Stadtetat sanieren. Das ist einfach unseriös, Herr Kollege Breite.

Bei der CDU ist es nur mittelprächtigt anders. Immerhin muss man den Kollegen zugutehalten, dass sie sich seit einigen Monaten um Differenzierung bemühen, dass sie bei etlichen Projekten den Mut bewiesen haben, sie kritisch infrage zu stellen, dass sie sich gemeinsam mit uns im Effizienzteam - übrigens wie auch die FDP; ich bin auf die Beratungen gespannt - um Konsolidierung bemühen wollen. Trotzdem bleibt auch da festzuhalten:

- Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau: wie gesagt, fast 100 Millionen Euro,
- Rheinufertunnel: mindestens 80 Millionen Euro.

Diese Punkte muss sich auch die CDU ins Stammbuch schreiben lassen, wenn sie sich jetzt als der große Sparapostel darstellen will.

Man kann über jeden einzelnen Punkt, den Sie oder andere vorschlagen, trefflich diskutieren. Daran haben wir, glaube ich, auch alle miteinander Spaß; es geht ja darum, gemeinsam zu überlegen. Ein schwieriger Stadtetat muss ja nicht zwangsläufig dazu führen, dass man keine inhaltlichen Schwerpunkte mehr setzt. Wenn die CDU andere Schwerpunkte setzt als zum Beispiel die Sozialdemokratie, dann ist das in Ordnung. Darüber kann man diskutieren; da kann man um eine Lösung ringen. Sie wollten zum Beispiel bei der Opersanierung die Maximalvariante; wir hätten uns das ein bisschen preiswerter vorstellen können. Sie wollen die Archäologische Zone nicht; wir glauben, sie gehört zum Thema Zukunftsfähigkeit der Stadt dazu.

(Henk van Benthem [CDU]: Das habt ihr der FDP vorgeworfen!)

Über all diese Punkte können wir offen und ehrlich diskutieren. Das sollten wir, glaube ich, auch tun. - Damit ein Missverständnis, Herr van Benthem, gar nicht erst aufkommt: Mir ging es bei der Aufzählung in Richtung FDP um die Maximalsumme. Die FDP-Fraktion fordert immer alles, während die anderen Fraktionen hier im Rat, die der demokratischen Sektion angehören, sich wenigstens die Mühe machen, zu sagen: Dieses können, wollen und werden wir uns mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit einer Stadt leisten und jenes nicht. Da gibt es Unterschiede. Aber es gibt nur eine Fraktion, die immer alles will, und die heißt FDP. Das wollte ich damit eben gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Verwaltung. Auch wenn es vielleicht angesichts der Kritik, die wir geäußert haben, ein bisschen merkwürdig klingen mag, möchte ich zunächst der Verwaltung Respekt zollen. Der Umstand, dass die Stadtverwaltung bis in die Tiefen der Amtsstuben und Büros hinein - das war ein gemeinsamer Kraftakt - sich die Mühe gemacht hat, uns jetzt ein Eckpunktepapier 2013/2014 vorzulegen, aus dem ein erklecklicher Einsparbetrag hervorgeht, ist aller Ehren wert. Ich finde, diese Kraftanstrengung muss auch gewürdigt werden. Ich will damit allerdings die Bemerkung verbinden, dass wir selbstverständlich nicht akzeptieren würden, wenn sich jetzt oder in der weiteren Debatte einzelne Dezernate bzw. einzelne

Dezernentinnen oder Dezernenten aus den weiteren Sparanstrengungen verabschieden wollen sollten. Alle müssen mitmachen. Jedes Dezernat, jeder Bereich muss seinen Beitrag leisten. Wir würden nicht akzeptieren, wenn einzelne ausscheren. Das will ich ganz offen und ganz ehrlich sagen.

Trotz dieses Lobs, Frau Stadtkämmerin, kommt man nicht umhin, sich auch mit dem auseinanderzusetzen, was Sie uns im Vorfeld dieser Haushaltsdebatte zugesagt hatten. Gemessen an Ihren Ankündigungen wie Wirkungsorientierung, Aufgabenabbau und Weiteres mehr, die uns ja zähneknirschend dazu bewogen haben, in den Haushaltsberatungen 2012 eine Art Übergangsszenario zu sehen und darauf zu warten, was für 2013 und 2014 vorgelegt wird, gemessen also an Ihrem eigenen Anspruch, kann das, was jetzt hier vorgelegt worden ist, noch nicht befriedigen, noch nicht zufriedenstellen.

Natürlich - das haben wir schon im Vorfeld gesagt - sind einige Punkte enthalten, die die sozialdemokratische Fraktion ohne weiteres mittragen kann, auch wenn wir uns inhaltlich durchaus manches anders wünschen würden:

- die Verschiebung der Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau: angesichts der Größenordnung der Kosten traurig, aber akzeptabel;
- die Konzentration des Masterplans auf wichtige Kernpunkte: schöner wäre anders, aber akzeptabel angesichts dieser Rahmenbedingungen;
- keine Sanierung, gegebenenfalls sogar Verkauf des alten Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring: schade um dieses Objekt, aber akzeptabel, wenn Sie das vorschlagen.

Auf der anderen Seite stehen jetzt schon in diesen Eckpunkten Dinge, wo wir sagen: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Das betrifft die Verschiebung von Sanierungsaufwendungen für Infrastruktur, also für Straßen, Tunnelbauwerke, Brücken. Da fragen wir uns: Sind, wenn man solche Sanierungen verschiebt, die Folgekosten nicht höher als der Ertrag, den wir jetzt erzielen? Wir mahnen dringend, das noch einmal zu überdenken.

Alles in allem - auf den Punkt muss man es, glaube ich, bringen -: trotz der positiven Anstrengungen, die bereits geleistet wurden, doch noch zu viel Rasenmäher und zu wenig

Strategie. Wo ist denn der Aufgabenabbau, über den wir diskutieren müssen? Wo ist denn die Anstrengung, auch die Pflichtaufgaben kritisch zu hinterfragen und zu überlegen, wie man sie effizienter machen kann? Welche Möglichkeiten gibt es bei den riesigen Posten, die ich anfangs angesprochen habe, bei denen der städtische Anteil einfach von Gesetzes wegen bei 100 Prozent liegt? D'accord; das will ich überhaupt nicht relativieren. Trotzdem ist denkbar, auch da effizienter und kostengünstiger zu arbeiten.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Gerade für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird das möglicherweise eine enorm schwierige Diskussion. Aber wir müssen und wir werden uns ihr stellen, wenn es entsprechende Überlegungen und Vorschläge gibt. Deswegen hat der Oberbürgermeister völlig recht, wenn er sagt: Das entscheidende Ziel ist, unsere Haushaltssanierung an der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt auszurichten.

Köln wächst. 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr werden uns prognostiziert. Wenn dem so ist, müssen wir aber auch die Rahmenbedingungen schaffen: für Arbeitsplätze, für eine ordentliche Infrastruktur in Bildung und Betreuung, für eine hohe Lebensqualität in dieser Stadt, für preiswerten Wohnraum und andere Dinge mehr. An diesen Dingen wollen, werden und müssen wir die Debatten in den nächsten Wochen ausrichten. Auch die SPD wird Sie daran messen.

Abschließend will ich sagen: Wir glauben, dass wir mit dem Haushalt 2013/2014 noch nicht am Ende sind. Angesichts der Hinweise, die aus verschiedenen Bereichen gekommen sind, gehen wir davon aus, dass die Stadtverwaltung bis zur Einbringung am 18. Dezember, aber auch in den Wochen danach bis zur Beschlussfassung - ich tippe mal auf April oder Mai - weiter daran arbeitet und weitere Vorschläge macht. SPD, CDU, Grüne und FDP haben angeboten, im Effizienzteam die Verwaltung dabei zu unterstützen, auch bisher tabuisierte Themen kritisch infrage zu stellen. Sie bekommen von uns Rückendeckung, auch solche Dinge infrage stellen zu dürfen. Ohne Ihnen für jeden Fall schon jetzt zusagen zu können, dass Sie den Rat mit einer Mehrheit im Rücken haben, sichern wir Ihnen klare Rückendeckung zu, was Gedankenfreiheit angeht. Deswegen ist meine herzliche Bitte: Lassen wir das reflexhafte Handeln sein! Die Aufgabe ist stark und groß genug für uns alle. Wir tragen die Verantwortung für diese Stadt, und

wir sollten sie gemeinsam tragen. Das ist mein Appell und meine Bitte. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Kämmerin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte keine Haushaltsrede halten, sondern auf das eigentliche Thema der Aktuellen Stunde zurückkommen, nämlich die Haushaltslage zum heutigen Tag. Lassen Sie mich dennoch drei, vier Sätze vorab zu meinen Vorrednern verlieren.

Herr Börschel, es ist immer schön, wenn man daran erinnert, welchen Vorhaben der Einzelne zugestimmt hat oder wo er seine Schwerpunkte setzt. Deshalb möchte Sie jetzt auch einmal daran erinnern, dass die CDU die einzige Partei ist, die in den letzten 18 Monaten keine den Haushalt zusätzlich belastenden Forderungen gestellt hat, sondern, im Gegenteil, Einsparvorschläge gemacht hat. Wir sind die Einzigen, die diese Kombination gewählt haben. Keine andere Partei hat das so gehandhabt.

(Beifall bei der CDU)

Da Sie auf die Bundesebene abgehoben haben: Ich kann das ja vollkommen verstehen. Sie waren am Montag in Berlin und haben dort mit den Länderministern zusammengesessen und darüber beraten, wie man die finanzielle Situation der Länder, insbesondere auch mit Blick auf Nordrhein-Westfalen, verbessern kann. Aber ich darf Sie daran erinnern, dass Sie dem Ausgleich mit den Ländern des Ostens zugestimmt haben, und zwar sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag. Diesem Transfer, der bis 2019 gilt, haben Sie damals zugestimmt, auch wenn Sie das heute kritisch sehen.

(Martin Börschel [SPD]: Wollen Sie das verändern, oder nicht?)

- Ab 2019 wird das automatisch verändert. Heute bekommen wir dank Ihnen keine Mehrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, automatisch läuft da nichts!)

- Doch, dann läuft er aus. Herr Börschel, der Solidarpakt Ost gilt bis 2019.

(Martin Börschel [SPD]: Wollen Sie das streichen?)

- Herr Börschel, wir können uns darüber gerne unterhalten, wenn es um eine Flasche Sekt geht.

Ein weiterer Punkt liegt mir sehr am Herzen. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, überlegen Sie sich noch einmal, ob Sie die Bewerbung um die Ausrichtung der Bundesgartenschau verschieben wollen. Ich habe mich in Koblenz kundig gemacht. Der städtische Anteil von Koblenz betrug ungefähr 35 Millionen Euro, die restlichen Mittel kamen durch Landes- und Bundeszuschüsse zusammen. Die Bundesgartenschau ist *das* städtebauliche Instrument, mit dem wir die Stadt zukunftsfähig machen können. Eine Verschiebung ist nicht so einfach, wie Sie denken; denn dann müsste man sich in das ganze Verfahren wieder neu einklinken; vermutlich würde es erst wieder 2030 oder 2035 möglich sein. Mit einer Verschiebung vergeben Sie extrem viele Chancen für diese Stadt. Ich sage es noch einmal, Herr Börschel: Überlegen Sie sich das! Eine Verschiebung wäre einfach fatal.

Frau Kämmerin, bevor ich anfangen,

(Heiterkeit)

will ich Ihnen noch sagen: Sie haben offenbar ein falsches Bild von dem, was wir im Finanzausschuss diskutiert haben. Wir haben nicht darüber diskutiert, ob wir die Bettensteuer haben wollen oder nicht, sondern wir haben darüber gesprochen, ob sie überhaupt noch anzusetzen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben hier gerade so getan, als sei darüber diskutiert worden, eine neue Steuer einzuführen bzw. die Bettensteuer zu beizubehalten. Dem ist nicht so. Wir haben Sie nach dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes darauf hingewiesen, dass Sie darauf reagieren müssen. Wir haben nicht gesagt, dass wir darauf verzichten wollen, eine Bettensteuer zu erheben. Aber nach dem, was bisher bekannt ist, hat diese Bettensteuer - Herr Bacher, das ist die Kulturförderabgabe - rein rechtlich eigentlich gar keine Chance auf Bestand für die Jahre bis einschließlich 2012.

Lassen Sie mich jetzt zum eigentlichen Thema der Aktuellen Stunde kommen. Nach den Zahlen, Frau Kämmerin - erneut bemühe ich den

Finanzausschuss vom Montag -, liegt der aktuelle Fehlbetrag nicht nur bei 220 Millionen Euro, wie verabschiedet, sondern eher bei 325, 330 oder 340 Millionen Euro. Darüber kann man sich streiten; aber unter 325 Millionen Euro liegt der Fehlbetrag für 2012 auf keinen Fall. Selbst wenn man richtig gebucht hätte - Konjunktiv -, wäre die magischen Grenze von 5 Prozent gerissen worden. Wenn Sie das nämlich schon im Haushalt 2012 - ich komme nachher noch auf den Zeitpunkt zu sprechen - richtig berücksichtigt hätten, lägen wir für 2012 bei 5,5 Prozent und für das Jahr 2013 bei 5,71 Prozent. Folge wäre das Haushaltssicherungskonzept. Das wäre notwendig geworden. Nur durch diese Trickserei - so will ich es einmal nennen - war es möglich, dass wir dem in diesem Jahr aufgrund eines Fehlbetrages in Höhe von 220 Millionen Euro noch einmal entgehen, und das obwohl Sie wussten, dass der Fehlbetrag höher ausfällt.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Das, was Sie, Frau Kämmerin, als grüne Tugend - so will ich es einmal nennen - bezeichnen, nämlich Transparenz, Offenheit, Klarheit, Nachhaltigkeit, ist bei Ihrem Verhalten in Bezug auf den Haushalt nämlich nicht festzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich das anhand von drei Punkten erläutern.

Erstens. Laut Ihrer Aussage, Frau Kämmerin - so steht es auch in der Mitteilung -, ist die Kämmerei, die Stadt Köln und wohl auch der Oberbürgermeister im Jahr 2012, und zwar im April, nicht erst im Juni, über ein riesengroßes Problem im Steuerbereich informiert worden. Das Risiko beträgt mehr als 100 Millionen Euro. Aber im Haushaltsplan 2012 - diejenigen, die ein kurzes Gedächtnis haben, will ich daran erinnern: der Haushalt wurde erst am 28. Juni 2012 verabschiedet - ist dieses Risiko mit keinem Euro berücksichtigt.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Weder die Fraktionsvorsitzenden - ich habe das mit Herrn Granitzka besprochen - noch die finanzpolitischen Sprecher - da kann ich mich selbst mit einbeziehen - sind mit einem Wort von Ihrer oder von anderer Seite darüber informiert worden, dass dieses Risiko besteht.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das gibt es doch gar nicht!)

Die Gemeindeordnung fordert ausdrücklich eine Berücksichtigung im Haushalt, sofern Risiken bestehen. Wir hätten also Rückstellungen einbuchen *müssen*. Über die Höhe hätten wir uns gerne unterhalten können; 50, 80 oder 100 Millionen Euro hätten auf jeden Fall ausgewiesen werden müssen. Allerdings wäre dann Ihre Haushaltsplanung mit einem Fehlbetrag von 220 Millionen Euro obsolet gewesen. Ergänzend will ich hinzufügen - jetzt kommt es, meine Damen und Herren -: Die Zinsen, die die Stadt - es ist wie das Amen in der Kirche - auf voraussichtlich 116 Millionen Euro Steuerrückzahlungen zahlen muss, werden weder in der Haushaltsaufstellung, noch in der Mitteilung im Finanzausschuss noch mündlich als Aufwendungen des Jahres 2012 erwähnt. Eine abstruse Situation!

(Winrich Granitzka [CDU]: 22 Millionen Euro!)

Ich wiederhole: Eine abstruse Situation! Die Steuerrückzahlung in Höhe von 116 Millionen Euro wird anerkannt. Der Betrag soll, um Zinsen zu sparen, gegebenenfalls noch in diesem Jahr zurückgezahlt werden. Aber die Zinsen, die nach dem Gesetz gezahlt werden müssen, sollen nicht berücksichtigt werden.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Diese Rabulistik im Denken ist mir sehr fremd. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Frau Kämmerin, Sie werden sicherlich gleich versuchen, mir das Gegenteil zu beweisen,

(Zuruf von der FDP: Powerpoint!)

nämlich dass Ihr Handeln transparent ist, dass es klar ist, dass es offen ist und dass es wahr ist. Frau Kämmerin, darunter verstehe ich etwas anderes.

Ich will jetzt auf die Fehlbuchung in Zusammenhang mit der Rückzahlung des StEB-Trägerdarlehens zu sprechen kommen. Dass Sie das heute noch einmal erwähnt haben, Frau Kämmerin, verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht. Wir können uns gerne darüber unterhalten, wessen Schuld das war. Sie haben uns im Finanzausschuss erklärt, das gehe auf das Jahr 2002 zurück, und Herr Soénius habe seinerzeit gesagt, man könne das so oder so behandeln. Dazu sage ich Ihnen: 2002 lebten wir noch im Zeitalter der Kameralistik und damit in einer ganz anderen Situation als heute. Mit der Umstellung

des kommunalen Rechnungswesens von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement per 1. Januar 2008 ist der Fall völlig anders zu sehen.

(Götz Bacher [SPD] ist im Begriff, den Ratssaal zu verlassen)

- Herr Bacher, da können Sie ruhig zuhören. - Und noch eines, Frau Kämmerin - seien Sie mir nicht böse -: Dazu, dass man jedes Jahr Erträge in Höhe von 70 Millionen Euro übernimmt, ohne irgendwann einmal zu überprüfen, ob das richtig bilanziert ist, kann ich nur sagen: Das wäre Ihre Aufgabe gewesen!

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja erst herausgekommen - das müssen Sie sich einmal überlegen -, als Frau Henk-Hollstein in einer Finanzausschusssitzung festgestellt hat, dass zwischen den Zahlen in der StEB-Bilanzierung und den Zahlen in der städtischen Bilanz eine Differenz besteht. Sie haben im September versucht, das herunterzuspielen, und gesagt, es gebe ein Wahlrecht und man könne es auch in die Bilanz reinpacken.

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Das ist falsch!)

- Nein, das ist so. Das haben Sie so gesagt. Das kann man ja nachlesen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

(Zurufe)

Frau Kämmerin, dieses Problem ist aber noch ein bisschen weitgehender. Warum? Weil seit 2008 das strukturelle Defizit falsch dargestellt worden ist. Es geht ja nicht darum, dass Sie das Geld nicht bekommen hätten. Das strukturelle Defizit ist um jeweils 70 Millionen Euro zu gut dargestellt worden. Deshalb können Sie nicht sagen, dass Sie, wenn Sie jetzt sparen müssen, Herr Oberbürgermeister, diese 70 Millionen Euro zusätzlich noch draufsatteln müssen. Wir haben in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011 und 2012 falsche Zahlen gehabt. Das heißt, der Aufwand war um 70 Millionen Euro zu gering. Damit hätten wir aber - ich wiederhole es noch einmal -, Frau Kämmerin, die 5-Prozent-Klausel für das Jahr 2012 gerissen.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Karl-Jürgen Klipper** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Immer ein bisschen für Gleichberechtigung sorgen, ja? - Danke schön. Ich bin auch bald am Ende.

Als Resümee dieser Punkte, Frau Kämmerin, bin ich der Überzeugung - ich sage das ganz vorsichtig -, dass Sie einen Nachtragshaushalt einbringen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Egal, ob Sie die 3-Prozent-Klausel oder ob Sie die 1-Prozent-Klausel gemäß § 81 Gemeindeordnung anwenden: Ich würde Ihnen empfehlen - mehr kann ich nicht tun; ich bin nicht die Verwaltung -, zu prüfen, ob bis zum Dezember ein Nachtragshaushalt gemacht werden muss. Nach den Zahlen, Frau Kämmerin, die ich bisher gesehen habe - ich habe sie einmal zusammenaddiert -, ist das eindeutig. Wir können ja gerne noch einmal darüber diskutieren. Wenn Sie die 3-Prozent-Klausel anwenden, macht das bei 3,4 Milliarden Euro ungefähr 90 Millionen Euro, also nicht weit bis 100 Millionen Euro. Bei Anwendung der 1-Prozent-Klausel sieht es noch anders aus. Ich rate Ihnen nur: Überprüfen Sie das! Nicht, dass nachher vonseiten der Regierungspräsidentin das Urteil gefällt wird: Die Stadt Köln hat einen Fehler gemacht und keinen Nachtragshaushalt aufgestellt. Ich bitte Sie darum, das bis zur nächsten Sitzung zu prüfen.

Kommen wir nun zum Haushalt 2013 ff. Sie haben bisher Sparvorschläge - ich werde das jetzt nicht alles wiederholen, Herr Oberbürgermeister - in Höhe von 102 Millionen Euro gemacht. Wir stehen zu diesen Sparvorschlägen. Herr Börschel hat eben gesagt: Es gibt keine Denkverbote in diesem Bereich. Dem stimme ich voll und ganz zu. Aber: Wie nervös müssen Sie sein, Frau Kämmerin, und wie nervös müssen Sie, Herr Oberbürgermeister, sein, wenn Sie einen Monat vor der Haushaltseinbringung, nicht etwa vor der Verabschiedung, eine Pressekonferenz abhalten, um schon mal ein bisschen Dampf herauszunehmen? Das ist schon sehr enttäuschend.

Sie haben ja gesagt: Die Einsparungen summieren sich auf 102 Millionen Euro. Ich habe das auch mal zusammenaddiert. Mein Rechner zeigt aber nur 28 Millionen Euro. Das heißt: Es fehlen noch Einsparungen in Höhe von 74 Millionen Euro, die noch konkretisiert werden müssen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, das ist schon eine merkwürdige Sache.

Lassen Sie mich abschließend sagen: In den Gedanken, die Sie vorgetragen haben, findet sich kein einziger konkreter Gedanke zur Strukturveränderung. Es finden sich keine Anzeichen für die Reduzierung von Personal in der Verwaltung - ich sage nicht: in Hilfsdiensten, in Kindergärten oder sonst wo -, keine konkreten Standardreduzierungen und keine Bemühungen für die Aufhebung von sinnlosen, aber teuren Beschlüssen. Nur drei Beispiele hierfür:

- Die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten: Wir zahlen zurzeit ein halbes Jahr zusätzlich, ohne dass wir dazu verpflichtet wären und ohne eine Refinanzierung vonseiten des Landes zu bekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Natürlich bekommen wir die Gegenfinanzierung!)

Viele Leute, die gutes Geld verdienen, sagen: Das können wir selber bezahlen; das brauchen wir von euch nicht.

- Die Aufwendungen für ein kommunales Wohnungsbauprogramm, das völlig am Markt vorbeigeht: Selbst in Düsseldorf bekommt man mittlerweile ein Darlehen um 0,5 Prozent billiger. Wir stocken die Mittel dafür nochmals auf, ohne dass es eine Wirkung zeigt.
- Der Umbau einer gut funktionierenden Straße in Millionenhöhe: Ich meine die Nord-Süd-Fahrt vor der Oper, die jetzt mit Millionenbeträgen umgebaut wird, obwohl das keinen Sinn macht. Das kann man auch noch im Jahr 2017 oder im Jahr 2019 machen. Aber heute muss das auf keinen Fall sein.

Ich könnte Ihnen Dutzende von Projekten nennen. Aber ich glaube, dass das, was ich bisher vorgetragen habe, ausreicht.

Ich schlage Ihnen, Frau Kämmerin, vor: Bringen Sie in den nächsten Finanzausschuss bzw. in den nächsten Rat einen Nachtragshaushalt ein. Dann entsteht wieder Klarheit, dann entsteht Transparenz und Offenheit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Zur Geschäftsordnung: Ich wollte nur feststellen, dass wir jetzt zweimal eine ganz erhebliche Redezeitüberschreitung erleben mussten, ohne dass irgendwie eingegriffen worden wäre. Wenn die Fraktion pro Köln das macht, wird sofort das Mikro abgestellt.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist richtig so!)

- Das ist bezeichnend für Ihr Demokratieverständnis.

Ich wollte nur darauf hinweisen und nachfragen, ob die Geschäftsordnung heute in Bezug auf die Redezeitbegrenzung außer Kraft gesetzt ist. Kann man das so verstehen, Herr Oberbürgermeister?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt eine Redezeitbegrenzung. Aber vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Themas muss man auch mal zugestehen, dass der Redner ein oder zwei Minuten länger ausführen kann.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, heute hat sich mal wieder erwiesen: Der zweite Aufguss schmeckt immer besonders fade. Die Debatte, die Sie hier führen, haben wir bereits am Montag in aller Ausführlichkeit geführt. Viel Neues ist heute nicht herausgekommen.

Mich ärgert - das gilt auch für Herrn Klipper -, dass hier teilweise schlicht mit Unwahrheiten operiert wird. Nehmen wir uns einmal die einzelnen Stichworte, die in der Aktuellen Stunde gefallen sind, vor:

Das erste Stichwort lautet „Fehlbuchung“. Die Verwaltung und insbesondere die Kämmerin haben eine Korrektur der Bilanzierung des StEB-Trägerdarlehens vorgenommen. Als ich nachgeschaut habe, warum denn diese Rückzahlung bisher ergebniswirksam in der GuV gebucht worden ist, bin auf eine Mitteilung aus dem April 2008 gestoßen, unterschrieben vom damaligen Kämmerer, der Peter-Michael Soénius hieß und - wenn ich mich recht erinnere - Mitglied der CDU war. Er hat damals vorgeschlagen:

Im Hinblick auf die Tatsache, dass in der Ratsvorlage über die Ausgliederung der StEB ausdrücklich ausgeführt wird, dass das sogenannte Trägerdarlehen eine Kompensation für den Wegfall der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen aus dem städtischen Haushalt darstellt, erscheint es vertretbar, die Zahlungen der StEB weiterhin als Schuldendiensthilfe einzustufen und die ergebniswirksame Veranschlagung in voller Höhe beizubehalten.

Herr Klipper, das ist der Fakt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Man muss es überprüfen!)

Und dieses Faktum wurde über Jahre befolgt. Es ist weder von Bezirksregierung kritisiert worden - in keinem Prüfvermerk finden Sie dazu eine negative Aussage -, noch ist es in der Eröffnungsbilanz erwähnt worden. Sie finden an keiner Stelle eine Aussage dazu, obwohl, wie Sie selbst wissen, die Eröffnungsbilanz im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlich rauf und runter debattiert worden ist. Das heißt: Diese Entscheidung wurde damals als Möglichkeit gesehen. Ich sage das, weil Sie ja jede Art von bilanzieller Auswahlfreiheit kritisieren. Deshalb halte ich das, was hier aufgebaut worden ist, für typischen Popanz, der uns aber nicht weiterbringt. Es mag natürlich zum politischen Sport gehören, zu versuchen, eine Beigeordnete zu beschädigen. Das kommt auch in anderen Stadträten vor.

(Henk van Benthem [CDU]: Das machst du doch gerade selber! Das brauchen wir doch gar nicht zu tun!)

Aber ob es zielführend ist in einer Stadt, die vor einer Haushaltskrise steht, das wage ich doch zu bezweifeln, insbesondere wenn hier mit Platzpatronen geschossen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum Stichwort „Steuerrückzahlung“. Zumindest die Mitglieder des Finanzausschusses - und die haben hier eben gesprochen - bekommen ja in jeder Sitzung eine Mitteilung über den Sachstand der Gewerbesteuer, aufgeteilt in Vorauszahlungen, Nachforderungen und Insgesamt. Dazu sind zwei wichtige Dinge zu bemerken: Erstens ist das immer eine stichtagsbezogene Betrachtung. Zweitens dürfte jeder hier wissen, dass Vorauszahlungen eben Vorauszahlungen sind

und kein abschließender Anspruch darauf besteht; dieser wird nämlich erst viel später festgehalten. Auch das ist am Montag ausgeführt worden.

Vor dem Hintergrund der Bundesgesetzgebung, die ein Gewerbesteuersplitting vorsieht bei großen Unternehmen, die verschiedene Betriebsstätten haben, kann es natürlich dazu kommen - das ist auch gang und gäbe -, dass Unternehmen ihre Betriebsstätten danach aussuchen, wo sie sich am besten einen Steuervorteil verschaffen können. Das ist so. Ich kann dazu, ohne das Steuergeheimnis zu brechen, eine Firma nennen, die in Bergisch Gladbach tätig ist und sehr viel mit Kaffee und mit Krüger zu tun hat. Sie hat es fertiggebracht, ihre Betriebsstätten so zu verteilen, dass sie die Gewerbesteuer in den ostdeutschen Bundesländern entrichtet, wo wesentlich geringere Gewerbesteuersätze gelten, sodass Bergisch Gladbach dumm aussieht. Das ist Fakt. Das ist eine Form von legaler Steuerflucht, mit der Betonung auf „legal“.

Daran kommt kein Kämmerer bzw. keine Kämmerin in der Bundesrepublik, aber auch kein Stadtvorstand vorbei. Man kann darüber diskutieren, die Gewerbesteuergesetzgebung zu novellieren. Aber wir wissen ja, wie das bei der Föderalismusreform ausgegangen ist. Damals musste von SPD und Grünen eine Abwehrschlacht geführt werden, um zu verhindern, dass die Gewerbesteuer ganz abgeschafft wird. Solche Vorschläge kamen ja damals vonseiten der CDU, aber insbesondere auch vonseiten der FDP. Kurz und gut: Außer Spesen nichts gewesen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum Stichwort „Kulturförderabgabe“, die ja gerne als „Bettensteuer“ denunziert wird. Dazu noch einmal ein kleiner Hinweis: Diejenigen, die am lautesten schreien, sind die Funktionäre der DEHOGA, die zwar in legaler, aus meiner Sicht aber in korruptiver Form den Wahlkampf der FDP unterstützt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Wenn das ein Kommunalpolitiker gewesen wäre, hätte er längst vor dem Staatsanwalt gestanden. Das war sicherlich auch ein Auslöser für den damaligen Kämmerer, Walter-Borjans, etwas kreativer zu sein. Das kann ich überhaupt nicht schlecht finden. In einer Zeit, in der den

Kommunen über Jahre hinweg Geld entzogen wird, ist das Recht der Steuerfindung durch Art. 105 des Grundgesetzes fast schon zu einem heiligen Gut geworden. Ich kann die Kämmerin darin nur unterstützen. Wir werden um jede Aufwandssteuer, die sinnvoll ist, kämpfen müssen. Wir werden auch vor Gericht kämpfen müssen. Denn solange es die Bundesregierungen eher darauf anlegen, Aufgaben an die Städte zu verteilen, ohne sie zu finanzieren, müssen wir als Kommune eine eigene Einnahmepolitik kreieren.

Dazu noch ein kleiner Hinweis: Bekanntermaßen wird von einem strukturellen Defizit in Höhe von 250 Millionen Euro gesprochen. Vergegenwärtigen wir uns doch einmal, wie es dazu kam: Wir haben in den letzten zehn Jahren Lasten, also Aufgaben, vom Bund übertragen bekommen, die im Haushalt zusammengerechnet 160 Millionen Euro ausmachen. Wenn man dann noch die 75 Millionen Euro berücksichtigt, die wir jährlich in den Solidarpakt Ost einzahlen müssen - Martin Börschel hat schon darauf hingewiesen -, dann macht das fast schon das strukturelle Defizit aus. Ich glaube, das kann jeder, der eins und eins zusammenrechnen kann, erkennen. Sie sehen daran, wie Bundes- und Landespolitik die Kommunen in Schwierigkeiten bringen.

Deshalb ist es völlig richtig, hier nicht klein beizugeben. Zudem gilt immer noch der Grundsatz: Briefe eines Gerichtes sind noch keine Urteile. Warten wir das erst einmal ab. Dann können wir weiterschauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Im Dezember werden wir ja sehen!)

Kommen wir zum Schluss noch zum Haushalt. Ich denke, es ist gut, dass die Verwaltung bereits jetzt einige Vorschläge gebracht hat. Das spricht für Transparenz. Das spricht auch dafür, dass sie das mit uns und mit der Öffentlichkeit diskutieren will. Ich weiß, das ist nicht üblich. Das steht auch nicht in der Gemeindeordnung. Normalerweise wird der Haushalt eingebracht, und dann ist gut. Erst danach fängt die Debatte an. Dies jetzt zu kritisieren, halte ich für falsch. Im Gegenteil: Wir alle, auch der Rat, sollten diese Chance nutzen. Es kommt darauf an, was wir daraus machen.

Eines ist natürlich wichtig: Letztendlich kann eine Kämmerin nur so gut sein, wie es das Gesamtteam ist. Eine Politik des Wegduckens oder ein „Bei-mir-bitte-nicht“ steht keinem Beigeordneten gut. Davor möchte auch ich

warnen. Das wird ja gemeinhin als „Warlord-System“ kritisiert. Letztendlich kann nur durch Geschlossenheit im Verwaltungsvorstand eine Situation geschaffen werden, die dazu führt, dass wir aus dieser Krise wieder herauskommen. Das gelingt nicht, wenn jeder nur in seinem eigenen Schrebergarten arbeitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abschließend noch ein Hinweis, der mir wichtig ist: Es wird ja immer gerne über Standards geredet. Ja, wir müssen die Standards überprüfen. Nur, es wird mir in diesem Zusammenhang zu viel von Sozialstandards gesprochen. Ich möchte, dass alle Standards überprüft werden. Wenn ich mir anschau, welche Ausgaben wir zum Beispiel im Bereich der Feuerwehr haben, kann ich nur sagen: Die Feuerwehr ist mir lieb, aber sie ist mir viel zu teuer. Auch hier halte ich es für notwendig, zu überprüfen, welche Standards gesetzlich vorgegeben und welche freiwillig sind. Das gilt für alle Bereiche.

Deshalb, Herr Klipper, wird auch nicht der „große Wurf“ kommen, frei nach dem Motto: Wir sparen 200 Millionen Euro ein, und dann ist die Welt wieder in Ordnung. Nein, es sind die Mühen der Ebene. Wir müssen durch jeden einzelnen Aufgabenpunkt durch. Wir müssen bei jeder Aufgabe, bei jeder Leistung hinterfragen: Welchen Nutzen hat sie für die Bürger? Kann sie anders wahrgenommen und ausgeführt werden? Da müssen wir durch. Das ist viel Arbeit. Dafür wird man sicherlich keine Lorbeeren ernten, höchstens blutige Nasen. Aber wer Kommunalpolitik richtig versteht und wer die Handlungsfähigkeit Kölns erhalten will, dem bleibt nichts anderes übrig. Auch Sie sind dazu aufgerufen. Ich bin gespannt, ob außer großspurigen Reden auch etwas Praktikables dabei herauskommt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Frank. - Wir kommen zu Herrn Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Werte Besucher auf der Zuschauertribüne! Die Haushaltslage der Stadt Köln ist dramatisch, und das nicht erst seit kurzem. Ich erinnere mich an eine der letzten Ratssitzungen, wo von dieser Stelle aus Jörg Uckermann zu Ihnen gesprochen

(Zurufe: Oh!)

und Ihnen vorgehalten hat, in finanzieller Hinsicht werde die Stadt Köln zur „nördlichsten Stadt Griechenlands“.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich kann nur sagen: Wo Jörg Uckermann recht hat, hat er recht. Köln ist leider wirklich zur nördlichsten Stadt Griechenlands geworden, wenn man sich die finanziellen Machenschaften bei der Haushaltsführung anguckt.

Ich kann Ihnen auch im Detail die Parallelen aufzeigen. Angefangen hat es, als man sich vor einigen Jahren die Bilanz schöngerechnet hat. Schon damals stand die Stadt im Prinzip kurz vor dem Nothaushalt und wurde nur durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für einige Jahre sozusagen wieder gesundgerechnet.

Ich will den Zuschauern, die vielleicht nicht so im Detail damit befasst sind, das kurz erklären: Die Stadt war vor Jahren schon strukturell völlig überschuldet. Man hat damals aber zu dem „genialen“ Trick gegriffen und gesagt: Die Stadt ist eigentlich sehr reich. Wir haben Brücken, wir haben öffentliche Plätze, wir haben Straßen. - Das alles ist dann zu Vermögen geworden, um zu begründen, dass man weiterhin Schulden aufnehmen kann - ganz so, als könne man, wenn es hart auf hart kommt, Brücken oder öffentliche Plätze verkaufen. Das ist Humbug. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Das sollte eigentlich auch jeder verstehen. Nur, man hat diesen Trick gerne genutzt. Auf diese Weise hat sich anno dazumal Griechenland in die Euro-Zone hineingemogelt.

Es gibt noch eine weitere Parallele zu Griechenland - Herr van Benthem, hören Sie ruhig zu;

(Henk van Benthem [CDU]: Nein, danke schön!)

das wird Ihnen sicherlich weiterhelfen -, dessen Staatshaushalt auch deshalb völlig ruiniert ist, weil man den öffentlichen Dienst, die staatsnahen Unternehmen und Betriebe zu Versorgungsposten für eine ganze Politikerkaste und ihre Amigos umfunktioniert hat. Das Gleiche bzw. Ähnliches erleben wir auch in deutschen Großstädten und in deutschen Kommunen, so auch in Köln. Städtische Gesellschaften und stadtnahe Konzerne werden regelrecht ausgeschlachtet für Managerverträge für Amigos, für Freunde der etablierten Parteien.

Geschäftsführer verdienen da zum Teil mehr als Mitglieder der Bundesregierung. Da werden Jahresgehälter von mehreren Hunderttausenden Euro gezahlt. Wir reden da über Millionen und Abermillionen Euro. Über solche Beträge reden wir hier. Deswegen sollten Sie, Herr van Benthem, da gut zuhören.

Auch aus diesem Grund ist diese Stadt leider finanziell schon lange vor die Wand gefahren worden, und zwar von allen hier sitzenden Parteien. In der Diskussion zwischen FDP, Grünen, CDU und SPD meint man ja immer, wenn es um die Finanzen geht, gäbe es zwischen den Parteien Konflikte, es würde um unterschiedliche Konzepte gehen, es wäre der eine schuld und der andere nicht. Ich sage Ihnen eines: Mich erinnert das bildlich immer an eine Alkoholiker-WG, die schon jahrelang zusammenwohnt, sich jeden Abend volllaufen lässt und am nächsten Tag darüber streitet, wer die letzte Flasche Schnaps ausgetrunken hat. Ich kann Ihnen sagen: Sie alle waren das! Sie alle haben sie ausgetrunken! Das ist der Punkt.

(Beifall bei pro Köln - Beifall auf der Zuschauertribüne)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich bitte die Besucher auf der Tribüne, von Beifallsbekundungen und sonstigen Äußerungen Abstand zu nehmen. Nach unserer Geschäftsordnung ist das unzulässig.

**Markus Wiener** (pro Köln): Ja, nach unserer Geschäftsordnung sind auch Redezeitüberschreitungen eigentlich unzulässig.

(Manfred Wolf [FDP]: Sie sind auch schon drüber!)

Das nur als Anmerkung von meiner Seite.

(Manfred Wolf [FDP]: Dann braucht man das bei Ihnen ja nicht zu tolerieren!)

- Es gilt kein Gleichbehandlungsgrundsatz, wenn es gegen rechts geht, Herr Wolf. Das ist Ihre Einstellung. Der Gleichbehandlungsgrundsatz ist dann außer Kraft gesetzt. Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie sich für die unter anderem auch von Ihnen mitgetragene Entscheidung, missliebigen Politikern keine städtischen Grundstücke zu verkaufen, eine schöne Klatsche vom Verwaltungsgericht eingefangen haben? Das wurde damals als grundgesetzwidrig

eingestuft. Mit dieser Einstellung, mit solchen und noch schlimmeren Methoden werden hier unliebsame Parteien bekämpft. Aber Sie werden uns damit nicht still bekommen. Wir werden hier trotzdem weiter streiten. Wir werden hier trotzdem die Finger in die Wunden legen und als Einzige auch mal Tacheles reden. Sie alle haben sich hier schön eingerichtet, und wir stören.

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Genau!)

Pro Köln stört. Das ist uns bewusst. Wir stören Sie. Wir wurden dafür gewählt, dass wir Sie stören. Wenn den Bürgern alles gepasst hätte, dann gäbe es uns nicht. Wir sind dafür da, auch mal gegen den Strich zu argumentieren und zu opponieren. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unser Wählerauftrag, und den nehmen wir wahr, auch in Sachen Haushaltspolitik.

Dazu sage ich jetzt auch noch etwas. Es wird immer so getan, als könne man an dem wahnsinnig hohen Schuldenberg Kölns von weit über 2 Milliarden Euro - allein dieses Jahr kommen wahrscheinlich über 300 Millionen Euro zusätzliche Schulden dazu - nichts ändern, daran wäre die Gesamtlage schuld, das sei alles so gemein, alles werde immer auf die Kommunen abgewälzt und gerade Köln sei sowieso am Schlimmsten dran. - Köln ist eine strukturell reiche Stadt. Köln ist eine Stadt mit starkem Gewerbe und Einzelhandel, einer vielfältigen Industrie, einer reichen Finanzwirtschaft, sowie ein bundesweit führender Medienstandort. Köln ist also strukturell nicht arm. Köln hat kein Einnahmeproblem; Köln hat ein Ausgabenproblem. Und für die Ausgaben waren in den letzten Jahrzehnten alle hier im Rat vertretenen Parteien zuständig: in wechselnder Verantwortung mal die SPD mit den Grünen, mal die CDU mit der FDP. Das heißt: Sie alle tragen dafür die Verantwortung.

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo kleine Schritte gar nicht mehr aus dem Desaster herausführen können. Ich habe vorhin die Tricks erwähnt, mit denen man sich noch einmal einige Jahre Luft verschafft hat. Auch das ist jetzt verpufft. So, wie die Zahlen jetzt aussehen, werden wir in wenigen Jahren unwiderruflich in den Nothaushalt hineinschlittern. Für die Zuschauer zur Erklärung, was das bedeutet: Die Stadt Köln kann, wenn es so weit kommt, nur noch ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen. All das, worüber der Stadtrat eigentlich entscheidet wie freiwillige Leistungen, Schwerpunktsetzungen usw., ist ihm aus der Hand genommen. Das übernimmt dann die

Bezirksregierung. Man könnte den Stadtrat dann eigentlich nach Hause schicken. So sieht es aus.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Wir werden, wenn kein Wunder passiert, in wenigen Jahren im Nothaushalt sein. Da helfen jetzt auch kleinere Maßnahmen wie Blitzer-Abzockanlagen, Erhöhung der Parkgebühren, Gewerbesteuererhöhung oder Ausplünderung der RheinEnergie-Kunden über ständig steigende Gebühren, mit denen dann der Haushalt wieder querfinanziert wird, nicht mehr weiter. All das wird Sie nicht mehr retten. Der finanzielle Offenbarungseid wird kommen. Und dann stellt sich die Frage, wie die Bürger reagieren werden, wenn die Rechnung endlich auf dem Tisch liegt.

Meine Damen und Herren, pro Köln wird Sie auf diesem Wege weiter begleiten, ob Sie das wollen oder nicht. Einzig und allein die Bürger haben 2014 das Votum, zu sagen, wer hier wieder im Rat vertreten ist und wer nicht. Die Bürger haben in einer Demokratie das letzte Wort. Wir fürchten uns im Gegensatz zu Ihnen vor dem Bürgervotum nicht. - Vielen Dank. Wir werden uns wiedersehen.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Bündnis „Kölner gestalten Zukunft - Vereint gegen Sozialabbau“ hat zu den Streichvorschlägen der Verwaltung Stellung genommen. Ich möchte das kurz zitieren, weil es die Sache auf den Punkt bringt:

Ging es in den vergangenen Jahren darum, gegen eine drohende Standardabsenkung zu protestieren, geht es jetzt darum zu verhindern, dass die vorgeschlagenen Einsparungen bestehende und notwendige soziale Strukturen komplett zerstören und damit die Zukunftsperspektiven unserer Stadt Köln nachhaltig beschädigt werden.

So weit das Zitat aus dem Protestbrief dieses Kölner Bündnisses.

Die Verwaltung und das selbst ernannte Effizienzteam, im Volksmund auch

„Streichquartett“ genannt, setzen im Prinzip den Rasenmäher an.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die haben doch noch gar nicht angefangen!)

Mit diesem Rasenmäher, Herr Granitzka, werden die sozialen Strukturen zerstört, wie es das Kölner Bündnis in seiner Stellungnahme ausgeführt hat. Das ist das riesige Problem. Ich finde es schon interessant, meine Damen und Herren, dass die großen Parteien dazu gar nichts gesagt haben. Ich möchte das anhand mehrerer Beispiele deutlich machen:

Erstes Beispiel: Wegfall der Sozialraumkoordination und Einstellung dieses Modellprojekts. Wer länger im Kölner Stadtrat ist, weiß, dass dieses Modell 2006 mit der Prämisse eingeführt worden ist, Sozialraumstrukturen zu erhalten und so zu koordinieren, dass Doppelstrukturen vermieden werden. Dieses Projekt hat sich bewährt. Es hat einen Beitrag geleistet, dass in der Stadtgesellschaft etwas gegen Armut gemacht worden ist. Dieses Projekt soll jetzt gestrichen werden. Das ist eine der Strukturen, die vernichtet werden sollen.

Zweites Beispiel: Die Kölner SeniorenNetzwerke sollen zerstört werden. Auch das, meine Damen und Herren, ist eine ganz wichtige Struktur. Wenn Sie die weghauen, wird das dazu führen, dass die Leute in die stationäre Unterbringung gehen müssen und nicht mehr wie jetzt ambulant wohnen können. Gerade diese ambulante Wohnform hat doch den erheblichen Vorteil, dass sie zu niedrigeren Kosten führt.

Drittes Beispiel: Sie wollen den Wohlfahrtsverbänden die Globalmittel streichen. Unseres Erachtens ist das der Mega-GAU. Denn diese Mittel treiben die Drehscheibe der Wohlfahrtsverbände an und machen die vielfältigen Leistungen, Koordination und Netzwerke mit der Stadt erst möglich. Wenn Sie diese Mittel streichen, wird das dazu führen, dass die verschiedenen Tätigkeiten, die die Wohlfahrtsverbände organisieren - zum Beispiel unterstützen sie Eltern bei der Beantragung von Geldern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket -, nicht mehr funktionieren. Es sind diese Strukturen, die Sie mit Ihren Vorschlägen schlicht und ergreifend zerschlagen.

Ich will das anhand eines Beispiels für einen Stadtbezirk deutlich machen, nämlich dem Stadtbezirk Ehrenfeld, wo ich wohne. Das führt dazu, dass Sie zwei Sozialräume zusammenhauen, dass Sie eventuell drei

Bürgerhäuser zusammenhauen und damit die ganze Bezirksstruktur einschließlich Bürgeramt zur Disposition stellen. Das sind aber die Strukturen, die wir in dieser Stadt brauchen. All dies soll jetzt weggekürzt werden.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Sie spielen mit sozialem Sprengstoff. Das, was Sie vorhaben, ist äußerst gefährlich. Es interessiert Sie aber scheinbar gar nicht. In den Reden ist das nicht einmal thematisiert worden, von niemandem.

Interessant finde ich bei den Vorschlägen, die die Verwaltung gemacht hat, dass nur die Dezernate I und IV Ertragssteigerungen zu verzeichnen haben. Das Dezernat II, die Kämmerei, hat überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Das finde ich schon ein starkes Stück. Wir sind der Meinung, dass große Projekte, die in der Stadt angedacht sind und heute noch zu diskutieren sein werden, so lange zurückgestellt werden müssen, bis dieser Haushalt ernsthaft diskutiert worden ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Aktuelle Stunde nur dafür nutzen, um Propaganda zu machen, die darauf hinausläuft, sich jeweils als der „bessere Sparer“ darzustellen, kann ich nur sagen: Das wird uns nicht weiterführen. Sie müssen zu sozialpolitischen Fragen und dem Erhalt von sozialen Strukturen Stellung nehmen.

Herr Börschel, Sie haben gesagt, die FDP fordert immer, viel Geld in die Hand zu nehmen. Das ist wahr. Nur: Mindestens 50 Prozent der Vorhaben, die Sie eben aufgeführt haben - ich habe mir sie nicht alle so schnell merken können -, haben Sie Sie zugestimmt.

(Ulrich Breite [FDP]: Die waren ja gut!  
Super waren die!)

- Die waren nicht gut, Herr Breite. Das Tonnendach der Flora hätten wir uns wirklich schenken können. Das machte einen erheblichen Betrag aus. Die Kritik von Herrn Börschel war berechtigt, aber er hat - das war der Vorgang - dem allen zugestimmt.

Sie, Herr Börschel, haben Probleme mit Ihrem Koalitionspartner. Die Grünen wollten ja in der letzten Ratssitzung - das ist ja gerade einmal ein paar Wochen her - die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn durchsetzen; die SPD wollte das nicht. Sie sind doch noch nicht einmal in der Lage, hier geschlossen aufzutreten.

(Martin Börschel [SPD]: Ich trete immer geschlossen auf!)

Wir haben den Vorschlag der Grünen zum Glück abgelehnt. Das war gut. Aber nehmen wir einmal an, der Rat hätte das hier beschlossen: Dann hätte die grüne Kämmerin eine Haushaltssperre verhängt und diesen Beschluss einkassiert. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Das, was Sie hier veranstalten, ist auch keine seriöse Haushaltspolitik.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Trag doch erst mal einen Haushalt mit!  
Dann reden wir weiter!)

Wir als Linke werden uns in den nächsten Wochen darauf konzentrieren, dass die sozialen Strukturen, die Sie zerschlagen wollen, erhalten bleiben. Wir werden gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Gewerkschaften dafür eintreten, dass das nicht passiert. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben eine weitere Wortmeldung, und zwar von Herrn Hoffmann.

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das mit dem Trägerdarlehen der StEB haben andere zu verantworten. Die Information über die Rückzahlung von Gewerbesteuereinnahmen plus Zinsen hätten wir eigentlich nicht jetzt bekannt geben müssen. Dass die erwarteten Gewerbesteuereinnahmen unterhalb der veranschlagten Marke liegen, war so nicht zu erwarten. Das mit der Kulturförderabgabe, die sogenannte „Bettensteuer“, kriegen wir noch hin. - Alles in allem: Et hät noch emmer joot jejange.

Ich komme mir vor wie in alten Zeiten in der Schule. Wenn ich fragte: „Wie konnte das passieren?“, hieß es: Der Fritz war schuld; der Jürgen hat das gesagt; die Barbara meinte das so. - Sie verfahren nach genau derselben Art und Weise. Dieses Déjà-vu-Erlebnis hatte ich im letzten Finanzausschuss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was ich immer noch vermisse, Frau Klug, ist ein Konzept mit einer Strategie - Sie hatten das ja mal versprochen -, wie das strukturelle Defizit in dieser Stadt abgebaut werden kann. Das ist vor Monaten schon einmal von der CDU angemahnt worden. Was ist damit? Vielleicht ist das an mir

vorbeigegangen; vielleicht existiert dieses Papier ja irgendwo.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, da ist nichts!)

Ich habe es bisher noch nicht gesehen. Ich habe auch noch nichts darüber gehört. Aber vielleicht bekommt es ja dieses Effizienzteam demnächst vorgelegt.

Wie vermeiden wir eine Neuverschuldung? Auf eine Antwort darauf bin ich gespannt. Wie bauen wir die alten Schulden ab? Darüber redet ja schon gar keiner mehr, die werden immer höher. Ein gutes Management hat meiner Meinung nach immer auch einen Plan B für den Fall, dass es mal nicht so gut läuft. Und den haben Sie - jedenfalls nach meiner Meinung; einige können sich dem, glaube ich, anschließen - nicht, zumindest nicht erkennbar.

Was Sie eigentlich nicht wollten - auch Sie, Herr Oberbürgermeister, wollten das nicht -, war, nach dem Rasenmäherprinzip - Beispiele dafür konnten wir jetzt ausführlich in der Presse nachlesen - überall zu kürzen, ohne transparent zu machen, welche Auswirkungen das auf die Nachhaltigkeit der betroffenen Bereiche hat.

Ein Beispiel: Wir haben heute Nachmittag hier Schülerinnen und Schüler aus Kölner Schulen begrüßt. Sie sollen endlich einmal sehen, wie es in einer Ratssitzung zugeht. Das ist bestimmt hoch anzurechnen. Das verstehe ich; darum haben wir gekämpft. Nicht verstehen kann ich jedoch, warum solche Projekte jetzt auf der Streichliste stehen. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall von Andreas Köhler [CDU] und Jörg Detjen [Die Linke.]

Welchen Wert hat diese Streichung bzw. Kürzung für unsere Gesellschaft? Angekommen bei den Menschen in dieser Stadt ist die Tatsache, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss. Sagen Sie doch auch, warum! Das wurde heute auch schon angesprochen. Es müssen Großprojekte finanziert werden. Sie wären zwar sehr schön für die Stadt; aber im Grunde genommen ist dafür kein Geld da. Hauen Sie auf den Tisch - das können Sie ruhig auch mal tun - und sagen Sie uns definitiv, was wir uns noch leisten können! Sie haben den Überblick oder sollten ihn zumindest haben. Machen Sie endlich Vorschläge, aus denen hervorgeht, dass geklotzt und nicht gekleckert wird!

(Beifall bei Teilen der CDU)

Im Übrigen habe ich sehr bedauert - das ist heute noch gar nicht zur Sprache gekommen -, dass die Beiratssitzung zum Kölner Bürgerhaushalt 2013, die in dieser Woche stattfinden sollte, einen Tag vorher abgesagt wurde. Sie war gedacht für eine weitere Abstimmung des Konzeptes für das Bürgerhaushaltsverfahren. Die Begründung lautete: Zeitprobleme wegen der Aufstellung des Haushaltes. Ist der Bürgerhaushalt für Sie mittlerweile nur noch ein Anhängsel? Wenn das der Fall sein sollte, müssen wir uns, glaube ich, schwer anstrengen, den Bürgern zu vermitteln, dass er kein Anhängsel ist. Ich hätte es gut gefunden, wenn man sich parallel zu den sogenannten Sparvorschlägen schon einmal an die Bürgerinnen und Bürger mit dem Hinweis auf das zukünftige Verfahren gewandt hätte. Vieles andere ist schon gesagt worden. - Ich danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Es gab noch eine Wortmeldung von Herrn Sterck.

**Ralph Sterck (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man muss am Ende einer solchen Debatte natürlich die Gelegenheit nutzen, das eine oder andere Argument noch einmal aufzugreifen. Wir wollen uns ja nicht nur die Schlagworte um die Ohren hauen, sondern wollen ja auch in der Sache vorankommen. Deswegen lassen Sie mich das eine oder andere Argument, das meine Vorredner genannt haben, noch einmal ansprechen.

Frau Klug, Sie haben bedauert, dass die FDP sich freut, dass die Bettensteuer jetzt wegfällt. Ja, wir haben sie von Anfang an bekämpft. Wir haben alle Steuern, die Sie oder Ihre Vorgänger und die Mehrheit hier im Hause erfunden haben, abgelehnt, die Bettensteuer, die Sex-Steuer, die Schneesteuer. Gerade Ihre Bettensteuer hat neben dem finanziellen Schaden, den wir als Stadt Köln durch Mindereinnahmen erlitten haben, auch einen enormen Imageschaden für die Wirtschaft der Stadt, insbesondere für das Gastgewerbe, gebracht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Absoluter Blödsinn!)

Wie viele Leute gar nicht erst nach Köln gereist sind, weil es diese Bettensteuer gab, ist gar nicht

zu beziffern. Sie kennen die Boykottaufrufe der Bayer-Werke, in denen es hieß: Wir buchen in Köln nicht mehr. Wie groß der wirtschaftliche Schaden ist, kann man gar nicht ermessen.

Natürlich können Sie als Kommune weitere Steuern erfinden. Dafür gibt es ja tolle Beispiele: Sie können noch eine Nahverkehrsabgabe beschließen.

(Beifall von Claus Ludwig [Die Linke.]

Sie können noch eine Sonnenbanksteuer erfinden oder eine Getränkesteuer erheben. Das können Sie alles machen. Aber seien Sie sicher: Die Stimmen der FDP bekommen Sie dafür nicht.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu Ihnen, Herr Frank. Man merkte bei Ihrer Rede, wie weh es Ihnen immer noch tut, dass Sie nicht da oben auf dem Platz der Kämmerin sitzen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Oh!)

Das wird immer wieder deutlich. Aber ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Thema Gewerbesteuer angesprochen haben. Ja, es ist richtig: Die FDP favorisiert hier andere Modelle. Wir wollen die Gewerbesteuer nicht ersatzlos streichen, sondern wir wollen die Gemeinden mit anderen Instrumenten ausstatten, die, so glaube ich, auch der Stadt Köln ein sicheres Fundament für ihre Finanzen geben würden.

Sie haben von „legaler Steuerflucht“ gesprochen; das heißt, dass Unternehmen ihre Gewerbesteuern auf Städte verteilen, die günstigere Sätze haben. Hier gilt wieder der alte Satz: Nach ganz fest kommt ganz locker. Auch das Unternehmen, das jetzt diese 116 Millionen Euro anders verteilt hat, hat sich vielleicht überlegt: Die Kölner haben gerade die Gewerbesteuer erhöht. Wie können wir unsere Aktivitäten anders verteilen, um Gewerbesteuern zu sparen? - Es müsste mal - das unterliegt leider dem Steuergeheimnis - untersucht werden, was Ihre Gewerbesteuererhöhung die Stadt Köln wirklich gekostet hat, sprich: Wie viel hat uns die Steuerflucht oder Steuervertreibung, die Sie dadurch verursacht haben, gekostet?

Herr Börschel, nun ein Wort zu Ihnen; das kam aber auch in anderen Reden zur Sprache. Wir sind uns sicherlich darin einig: Leider verteilen alle Regierungen, ob Landes- oder Bundesregierung, die Aufgaben immer weiter

nach unten, ohne die Kommunen dafür finanziell entsprechend auszustatten. Da sind wir auf jeden Fall einer Meinung. Aber man muss auch anerkennen, dass der Bund mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter einen wichtigen Schritt gemacht hat, der auch die Stadt Köln entlastet. Im Jahr 2013 bringt uns das eine Entlastung in Höhe von 51 Millionen Euro, im Jahr 2014 von 80 Millionen Euro. Sie können sagen: Das muss mehr sein; alles klar. Aber auch das muss man anerkennen.

Man muss natürlich auch sagen, dass die Stadt Köln von der guten Wirtschaftslage profitiert. Wer sie verursacht hat, darüber werden wir uns hier sicherlich nicht einig werden. Vielleicht haben Sie ja irgendwann, wenn es eine andere Regierungskonstellation gibt, auch einmal die Möglichkeit, eine so gute Wirtschaftslage für Köln und für Deutschland zu erzeugen. Wir haben immerhin Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer von 26 Millionen Euro. Die fallen ja nicht vom Himmel, sondern sie wurden in dieser Stadt erwirtschaftet. Das hat ja seine Gründe.

Lassen Sie mich noch ein letztes Argument von Ihnen, Herr Börschel, aufgreifen. Es ehrt uns ja, dass Sie die Stadtentwicklungsprojekte, die Sie eben genannt haben, mit der FDP verbinden. Da will ich Ihnen gar nicht widersprechen; um Gottes willen. Ich bin ja froh, dass es eine Fraktion in Köln gibt, die diese Projekte vorantreibt. Lassen Sie mich aus Ihrer Liste ein Projekt herausgreifen, und zwar die Bundesgartenschau. Diese ist zeitlich noch ganz weit weg: 2025. Mich hat es gewundert, dass der Herr Oberbürgermeister diese Sache mit aufgelistet hat; denn im Haushalt 2013/2014 sind dafür überhaupt noch keine Mittel vorgesehen. Das heißt, das ist eine langfristige Investition, die uns zurzeit in unserer aktuellen Haushaltskrise überhaupt nicht betrifft, uns also überhaupt nicht schadet.

Herr Börschel, weil Sie vorhin die Zahl 100 Millionen Euro in den Raum geworfen haben, habe ich eben mal recherchiert - es ist ja schön, dass man mithilfe der neuen Technik schnell im Internet nachgucken kann -: So schreibt die *Rhein-Zeitung Koblenz* am 13.11.2012 unter dem Titel „Buga-Gewinn entlastet den Steuerzahler in Stadt und Land“:

Koblenz - Rechnet man öffentliche und private Großinvestitionen zusammen, werden die wahren Dimensionen der Buga als regionales Konjunkturprogramm sichtbar: 439

Millionen Euro sind im Zuge der Bauarbeiten rund um die Gartenschau ausgegeben worden.

Weiter heißt es:

Die Bearbeiter gehen davon aus, dass sich die Ausgaben für die Bundesgartenschau in Koblenz über Gewerbesteuerrückläufe und andere Einnahmen deutlich früher amortisieren werden als in den von der Verwaltung angesetzten sieben Jahren.

Das heißt: Das Geld, das Koblenz ausgegeben hat, ist nach nicht einmal sieben Jahren schon wieder im Stadtsäckel drin.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja, das ist so, Herr Börschel! Das ist so!)

Das sind Investitionen in die Zukunft, die wir nicht auslassen dürfen, Herr Börschel. Deswegen würde ich es schade finden, wenn wir jetzt, nur weil es sich gut anhört, auf solche Zukunftsprojekte verzichten. Die 100 Millionen Euro sind ja im Haushaltsplan gar nicht vorgesehen. Rechnen Sie das noch einmal durch! Eine Bundesgartenschau kann ein großes Geschäft für Köln werden. Es wäre ein Fehler, das jetzt schon zu verhindern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Gestatten Sie mir einen Hinweis zur Klarstellung: Sie dürfen dabei natürlich nicht vergessen und müssen das auch deutlich machen, dass wir die Bundesgartenschau auf einem Gelände planen, das uns nur zur Hälfte gehört, und dass wir jetzt und nicht irgendwann 2025 die Grundstücke erwerben und auch im Haushalt die Mittel dafür einstellen müssen,

(Martin Börschel [SPD]: Und zwar überteuert!)

und zwar vor dem Hintergrund, dass in den Augen derjenigen, die noch Eigentümer der Grundstücke sind bzw. die teilweise Pachtverhältnisse haben, die weit über das Jahr 2030 hinausgehen, die Dollarzeichen aufleuchten und wir die alle erst mal auszahlen müssen. Das ist die Vorfinanzierung, die wir jetzt leisten müssen und nicht erst in 2025. - Das wollte ich noch einmal zur Klarstellung sagen.

(Beifall bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Sie haben alles gesagt, Herr

Oberbürgermeister! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, das ist aber doch ein Aktivtausch!

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben ja den Tagesordnungspunkt 3.1.1 zusammengefasst mit dem Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde.

Deswegen kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltskonsolidierung“. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Was den Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde anbelangt, schlage ich vor, dass wir diesen Antrag in den Finanzausschuss verweisen. Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so geschehen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Tagesordnungspunkt 2.1:

**2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung von 6 Zeichnungen des Künstlers Prof. Siegfried Anzinger 3641/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Annahme der Schenkung? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Das ist einstimmig angenommen.

Wir bedanken uns ganz herzlich beim Schenker, Herrn Professor Siegfried Anzinger.

(Beifall)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.2:

**3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Keine Klüngelpartys während der Ratssitzung im Consilium"**

Herr Wiener, bitte.

**Markus Wiener** (pro Köln): Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag mit dem Titel „Keine Klüngelpartys während der Ratssitzung im

Consilium“ ist ein Dringlichkeitsantrag aus der letzten Ratssitzung, den wir nichtsdestotrotz heute auf der Tagesordnung haben stehen lassen.

Warum haben wir das gemacht? Zur Erläuterung für diejenigen, die das nicht wissen: Das Consilium ist der Restaurantbetrieb im Rathaus, der auch als Ratskantine dient. Nun ist es so, dass wir in den letzten Monaten vermehrt feststellen mussten, dass dort zeitgleich zu Ratssitzungen Partys als geschlossene Gesellschaften stattfanden, teilweise auch aus dem politiknahen Bereich oder zumindest aus wirtschaftlich oder medialen Institutionen, die an einem guten Draht zur Kommunalpolitik Interesse haben könnten. Wir sehen darin die Gefahr einer unzulässigen Interessenvermengung, vor allem auch deshalb, weil wir mitbekommen haben, dass diese für die Öffentlichkeit abgeschotteten Partys in der Ratscafeteria für die Ratspolitiker durchaus zugänglich sind, was die Möglichkeit eröffnet, dass man, anstatt hier seiner Ratstätigkeit nachzugehen, lieber mal in die geschlossenen Veranstaltungen geht, um dort exklusive Kontakte in beiderseitiger Richtung zu pflegen. Das halten wir von pro Köln gerade aufgrund der Geschichte des Klüngels, die es ja unbestritten in der Domstadt gibt, für bedenklich.

Wir müssen uns ja nur einmal vor Augen halten, wohin eine zu große Nähe zwischen bestimmten Leuten aus der Wirtschaft und der Kommunalpolitik führen kann. Wir haben ja in Köln erlebt, zu welcher horrenden Mehrausgaben das für die Bürger dieser Stadt geführt hat. Ich erinnere hier nur an den Themenkomplex Oppenheim-Esch. Da wurden auch mit guten bis sehr guten Kontakten in die Stadtspitze und in die Ratsfraktionen hinein Geschäfte zum Laufen gebracht haben, die sich im Nachhinein - ich will es vorsichtig formulieren - nicht unbedingt zum finanziellen Vorteil dieser Stadt herausgestellt haben.

Ein Beispiel ist das Messegeschäft, von dem unabhängige Experten sagen, dass die Stadt Köln, wenn sie das anderweitig finanziert hätte und nicht über das Konstrukt mit Oppenheim Esch, mehrere Hundert Millionen Euro hätte sparen können. Es gibt auch noch andere Beispiele im öffentlichen Bereich, die von Oppenheim-Esch vorfinanziert wurden, weswegen die Bürger dieser Stadt überbezahlte Mietverträge über Jahre und Jahrzehnte zahlen müssen. Das alles sind Dinge, die sich entwickeln können wegen einer zu engen Nähe zwischen Kommunalpolitik und Akteuren, die

privatwirtschaftliche Interessen und ihren eigenen finanziellen Vorteil im Auge haben. Da sollte es eine klare Trennung geben.

Ich finde, es ist ein Unding, dass die Kölner Bürger oben auf der Zuschauertribüne sich jeder Beifallsbekundung enthalten müssen und streng abgeschottet werden, während in der Ratscafeteria Partys mit direktem, wechselseitigem Kontakt zu den Ratspolitikern stattfinden, auf denen während der laufenden Ratssitzungen Kontakte geknüpft werden, Sachen besprochen werden, also ein direkter, unmittelbarer Zugang besteht.

Ich sage ganz deutlich: Wir fordern detaillierte Aufklärung darüber, um welche Veranstalter es sich handelt. Das ist ganz wichtig. Denn wir müssen aufdecken, ob es da eventuell nichtzulässige Lobbyansinnen gibt, ob dort nichtlegitime Versuche in diese Richtung stattfinden. Das muss man aufklären. Wir wollen die Namen genau wissen. Wir wollen auch wissen, wie das im Detail geregelt ist. Ich sage: Prinzipiell sollte man darauf verzichten. Selbst wenn nichts dran sein sollte, sollte man darauf verzichten, um nicht in den Geruch dieser Möglichkeit zu kommen.

Deswegen haben wir unseren Antrag auf der Tagesordnung belassen: Keine Klüngelpartys im Consilium. Wir stellen diesen Antrag zur Abstimmung, wohl wissend, wie die Abstimmung ausgehen wird. Aber wir haben die Alternative aufgezeigt. Wir dokumentieren das. Wir werden das auch den Bürgern näher bringen. In diesem Sinne bedanke ich mich zumindest für die Aufmerksamkeit auf der Zuschauertribüne. Dort werden meine Worte nicht ganz so vergebens gewesen sein wie bei Ihnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

**3.1.3 Antrag der Fraktion Die Linke.  
betreffend "Demokratische Beteiligung  
stärken - Untersuchung der steigenden  
Wahlabstinenz"  
AN/0975/2012**

Ich gebe das Wort an Herrn Detjen.

**Jörg Detjen (Die Linke.):** Meine Damen und Herren! Wir hatten den Antrag mit dem Titel „Demokratische Beteiligung stärken - Untersuchung der steigenden Wahlabstinenz“ bereits im Juni eingebracht und darum gebeten, das Verhalten von Nichtwählern zu untersuchen.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Wir haben die Zeit von Juni bis heute dafür genutzt, intensive Gespräche mit der Verwaltung und mit Herrn Dr. Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung zu führen. Das waren sehr spannende Diskussionen. Ich möchte dazu ein paar Anmerkungen machen.

Die Verwaltung arbeitet zusammen mit dem Fraunhofer-Institut seit einigen Monaten an einem Sozialmonitoring. Dieses Konzept wurde im September dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis gegeben. Wir halten dieses Konzept für gut, progressiv und ausbaufähig.

Die bearbeiteten Indizes für das Monitoring sind bisher die beiden Gruppen „demografischer Wandel“ und „Benachteiligung“. Ein Unterpunkt des zweiten Index ist die politisch-kulturelle Benachteiligung, die unter anderem über den Nichtwähleranteil bei der Kommunalwahl gemessen wird. Das bedeutet, dass bei der Errechnung und der Darstellung von Benachteiligung das Nichtwählen in Zukunft als Faktor bei sozialen Analysen berechnet und gewichtet wird. Das finden wir gut und richtig. Das war auch ein Grundanliegen unseres Antrags.

Damit werden allerdings nicht die Gründe für das Nichtwählen erfasst, sondern nur die Tatsache an sich. Man wird also über kurz oder lang nicht umhinkommen, die Gründe zu erfassen, warum Leute nicht wählen. Da wir inzwischen wissen, dass in einer ähnlich großen Stadt wie Köln eine solche Befragung von Nichtwählern stattfindet, sollten wir diese Befragung abwarten und die Ergebnisse dann in die Diskussion zum Kölner Sozialmonitoring mit einbeziehen.

Im Übrigen ist eine Befragung der Nichtwähler sehr komplex, sehr zeitaufwendig und sehr teuer. Ich will Ihnen sagen, warum. Sie können diese Befragung nicht am Tag der Wahl durchführen; denn sie gehen ja dort nicht hin. Man muss also eine andere Form der aufsuchenden Befragung wählen. Deswegen ist das relativ komplex. Zu überlegen wäre, ob nicht mit kleinräumigen Befragungen in Köln begonnen werden kann, um

herauszufinden, warum die Leute in bestimmten Stadtbezirken nicht wählen.

Wir werden das Projekt der Verwaltung, das Sozialmonitoring, auch deshalb unterstützen, weil das vorliegende Konzept faktisch unserem Ratsbeschluss zu einem Armutsbericht sehr nahe kommt und praktisch einer Umsetzung dieses fünf Jahre alten Ratsbeschlusses gleichkommt.

Dieses Sozialmonitoring ist dann auch aktuell. Das sind aktuelle Daten und nicht ein Bericht, der uns erst nach ein, zwei Jahren vorgelegt wird, wenn die Daten schon wieder veraltet sind. Das ist dann wirklich sehr modern und sehr aktuell. Man wird die erhobenen Daten nicht nur auf Bezirke, sondern auch auf Stadtteile genau bewerten können.

Insofern sind wir mit dieser Entwicklung relativ zufrieden. Deshalb werden wir unseren Antrag zurückziehen, aber an diesem Thema auf jeden Fall intensiv weiterarbeiten. Wie gesagt, die Befragung und die Motive der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind damit noch nicht erfasst. Ich glaube, wir werden auch einen Weg finden, wie wir das mit relativ wenig Geld hinbekommen können. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Habe ich Sie richtig verstanden, Herr Detjen, dass Sie Ihren Antrag zurückgezogen haben?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja!)

Dann brauchen wir auch keine weiteren Erklärungen vonseiten der Verwaltung. Der Antrag ist zurückgezogen. Wir schließen damit die Rednerliste.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Archäologische Zone und Jüdisches Museum"**  
AN/1780/2012

**Änderungsantrag der Fraktion pro Köln**  
AN/1793/2012

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion**  
AN/1799/2012

**Änderungsantrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)**  
AN/1820/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Börschel.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir heute auf Antrag von SPD, Grünen und FDP korrespondierend im Landschaftsverband Rheinland und hier im Rat der Stadt Köln über einen weiteren Fortgang des Projektes „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“ in Köln sprechen, debattieren und hinterher abstimmen können.

Sie werden sich vielleicht dunkel erinnern, dass ich in meiner Rede zur Haushaltsverabschiedung im Juni dieses Jahres angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt für die SPD die mit Mühen zustande gekommene Position dargestellt habe.

Dieses einzigartige Projekt - auf ein paar Einzelheiten komme ich gleich noch zu sprechen - muss sich gerade in Zeiten knapper Kassen einer besonders kritischen Würdigung unterziehen lassen, egal wie begeistert man von dem Projekt ist. Das gilt bei aller Euphorie, die wirklich angezeigt ist. Wir haben hier an einem absolut authentischen Ort, den es nördlich der Alpen kein zweites Mal gibt, römisches Leben, mittelalterliches Leben, jüdisches Leben, das man mit einer modernen Ausstellungskonzeption in ganz beeindruckender und nahebringender Weise darstellen kann. Wenn man sich einmal vorstellt, was man dann, wenn das einmal steht, mit modernen Techniken am authentischen Ort, also auch mit alten Mauern, Fundstücken und Ausstellungsstücken, machen kann, kann man sich dieser Begeisterung eigentlich gar nicht entziehen.

Trotzdem ist Begeisterung alleine immer ein schlechter Ratgeber. Man muss genau überlegen: Kann und will man sich das in einer solchen Situation leisten? Die Position der SPD war damals - ich habe lange ausgeholt, um das darzustellen -: Wenn es uns nicht gelingen sollte, den Landschaftsverband insoweit mit ins Boot zu holen, als dass er den Betrieb der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums übernimmt und die Stadt Köln die Baukosten tragen muss, wären wir schweren Herzens bereit gewesen, dieses Projekt einer nächsten Generation zu übergeben.

Jetzt kann ich sagen, dass nach vielen schwierigen, aber im Verlauf immer konstruktiven Gesprächen der Landschaftsverband sich glücklicherweise bereit erklärt hat, den Betrieb und die Betriebskosten der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums zu übernehmen. Sie werden - je nachdem, was man genau einrechnet - mit ungefähr 6,5 Millionen Euro pro Jahr kalkuliert. Die reinen Baukosten, die bisher von der Stadtverwaltung prognostiziert worden sind, werden am Ende im städtischen Haushalt mit gut 37 Millionen Euro zu Buche schlagen.

Damit ist die Anforderung, die wir formuliert hatten, erfreulicherweise erfüllt. Wir danken ganz herzlich allen beteiligten Partnern im Landschaftsverband Rheinland, die auch Schwierigkeiten haben, die Argumente für sich zu wägen, die sich aber von der Begeisterung für dieses Projekt, für diese enorme Leistung nicht nur für Köln, sondern für die Region und darüber hinaus noch für weitere Kreise, haben anstecken lassen und deswegen mitgegangen sind. Unser Dank geht auch an die Fraktionskolleginnen und -kollegen von Grünen und FDP hier im Rat sowie an die Stadtverwaltung; denn sie haben kräftig mitgewirkt.

Auch wenn es - in Anführungszeichen - „nur“ noch 37 Millionen Euro sind, die die Stadt Köln als Baukosten übernehmen muss - 14 Millionen Euro zahlt das Land Nordrhein-Westfalen als Zuschüsse; die Betriebsübernahme erfolgt durch den Landschaftsverband Rheinland -, gilt gleichwohl abzuwägen, ob es sich um ein richtiges Projekt zur falschen Zeit handelt. Ich will gar nicht auf die alten Ideen der CDU eingehen, die das Ganze einmal für ein falsches Projekt gehalten hat. Immerhin sind Sie in Ihren Überlegungen insoweit weiter gediehen, als dass Sie das Projekt nicht mehr als solches infrage stellen, was ich absolut für einen Schritt in die richtige Richtung halte.

Vorhin haben wir darüber diskutiert, für welche Projekte es sich in Zeiten knapper Kassen eigentlich noch lohnt, Geld auszugeben. Das sind die Projekte, die dem Kriterium entsprechen, eine Stadt zukunftsfähig zu machen. Wir sind aus tiefster Überzeugung der Meinung: Das ist ein solches Projekt - ein Projekt, das nicht nur unser kulturelles Erbe wahr, das nicht nur unser kulturelles Erbe am authentischen Ort für die Kölnerinnen und Kölner, die Bürgerinnen und Bürger der Region und alle, die hierhin kommen wollen, erlebbar und begehbar macht - das ist ja das Tolle daran -, sondern das auch ein Touristenmagnet

werden wird. Ich wiederhole noch einmal den Hinweis, dass es sich um ein einzigartiges Projekt nördlich der Alpen handelt. Fragen Sie einmal Interessierte aus Ihrem Bekanntenkreis, warum sie nach Trier, nach Xanten oder auch in andere große deutsche oder internationale Städte fahren. Das ist ein entscheidender Grund mehr, hier für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum zu sprechen und zu stimmen; denn es wird am Ende wirklich ein Touristenmagnet sein. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Bei allem Positiven in der Bewegung der CDU haben Sie am Ende leider, nur weil Sie es per se in die Konsolidierung bringen wollen, einen höchst inkonsequenten Änderungsantrag gestellt. Das will ich hier zum Abschluss nur noch einmal sagen. Wenn Sie konsequent gewesen wären, hätten Sie sagen müssen: Das ist tatsächlich etwas für die nächste Generation. Wir sind auch nach Darstellung dieser guten Gründe nicht bereit, das Geld auszugeben. Wir schütten das Ganze zu und machen es, wenn wir das Geld haben, in 25 Jahren wieder auf.

Sie tragen aber tatsächlich wieder vor, dass Sie dort ein paar hübsche Schutzhüttchen bauen wollen - für die Sie nicht nur die Zuschüsse des Landes verlieren werden, sondern auch die komplette Planung neu machen müssen, die Statik noch einmal überprüfen lassen müssen und viele Millionen Euro Architekten- und andere Vorlaufkosten einfach in den Wind schreiben. Über 5 Millionen Euro verlorene Kosten würde Ihr Antrag nach sich ziehen. Es entstehen also mehr Kosten bei weniger Zuschüssen. Das ist wirklich absurd und insofern inkonsequent. Deswegen kann man Ihren Antrag nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Entweder ganz oder gar nicht! Ich möchte hier ganz ausdrücklich für die SPD sagen: Nachdem der Landschaftsverband sich so toll eingesetzt hat, stimmen wir eindeutig mit Begeisterung für ganz. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Peil, bitte.

**Stefan Peil** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Gäste auf der Tribüne! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist es in der

Haushaltssituation, in der sich die Stadt befindet, legitim und geboten, zu prüfen, ob sich nachhaltige Konsolidierungsmöglichkeiten finden lassen. Sie haben sich nun, liebe CDU und Freie Wähler, auf die Archäologische Zone gestürzt und meinen, sie dort zu finden. Ich glaube das nicht, sondern habe eher den Eindruck: Sie haben die Frage der Nachhaltigkeit, also der Zukunftsfähigkeit, nicht geprüft, oder es ist Ihnen egal, und es gibt hier ein bisschen vorgezogenes Wahlkampfgetöse.

Wenn Sie das geprüft hätten, hätten Sie nämlich berücksichtigen müssen, was dieses Projekt für die Zukunft der Stadt, aber auch für die Tourismuswirtschaft, die Arbeitsplätze und die Steuerkraft bedeutet. Ich will nicht das wiederholen, was Herr Börschel im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen bereits gesagt hat. Es geht hier nicht um 52 Millionen Euro, die wir sparen könnten, wie oft suggeriert wird, sondern um einen weitaus geringeren Betrag.

Von Bedeutung ist aber auch, dass es gelungen ist, mit dem Landschaftsverband Rheinland einen Partner zu finden, der der Stadt ein Angebot macht, die fachliche und wissenschaftliche Kompetenz des LVR einzubringen und die Betriebskosten zu tragen. Zu dem Angebot gehört ausdrücklich auch die Bereitschaft, dieses Museum in das Museumsnetzwerk des LVR einzubringen und vor Ort die Vernetzung mit den Kölner Museen, insbesondere dem Römisch-Germanischen Museum und dem Kölnischen Stadtmuseum, auf kollegialer Ebene zu entwickeln.

Im LVR jedenfalls sind die Verhältnisse klar. Die Gestaltungsmehrheit von SPD, Grünen und FDP hat gegen die Stimmen von CDU und Freien Wählern/Deine Freunde die Bereitschaft des LVR erklärt, nach Fertigstellung durch die Stadt das Jüdische Museum mit der Archäologischen Zone als LVR-Museum zu betreiben. Damit ist ein in Europa einzigartiges, großartiges historisches und archäologisches Vorhaben auf den Weg gebracht worden. Wie schon der Kulturausschuss des LVR entschieden hat, wird auch der Landschaftsausschuss am 23. November 2012 endgültig entscheiden.

Worum geht es? In der Archäologischen Zone vor dem Historischen Rathaus dokumentiert sich vor allem der Grabungsbefund des jüdischen Lebens im mittelalterlichen Köln unmittelbar vor dem Praetorium, dem Römischen Statthalterpalast. Bereits im 4. Jahrhundert ist für die Provinzhauptstadt Köln eine lebendige jüdische Stadtgemeinde historisch belegt. Wo

sonst können Besucherinnen und Besucher durch freigelegte antike und mittelalterliche Mauern schlendern und so die Geschichte der provinzialrömischen und mittelalterlichen rheinischen Metropole derart anschaulich und authentisch erleben? Die Bedeutung der jüdischen Gemeinde und der jüdischen Kultur für das Rheinland kann damit in einmaliger Eindringlichkeit vermittelt und erlebt werden.

Diesen authentischen Ort kann nichts ersetzen - auch nicht mehr oder minder hervorstechende Abteilungen anderer Museen. Den Grabungsfund wieder zuzuschütten und lediglich eine Auswahl von Fundstücken in bestehenden Museen zu zeigen, wie man es als ernst gemeinte Forderung der CDU vernimmt, wäre ein Zeugnis grober Unverantwortlichkeit und vertaner Chancen.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Warum macht der LVR dieses Angebot? Die Landschaftsverbände haben den gesetzlichen Auftrag, die kulturelle Identität der Regionen zu wahren und zu vermitteln. Die Archäologische Zone auf dem Boden der Stadt Köln in ihrer untrennbaren Verknüpfung von provinzialrömischem und mittelalterlichem Bodendenkmal mit der jüdischen Geschichte in Stadt und Region ist beim LVR bestens aufgehoben. Sie entspricht seiner Kernaufgabe und unbestrittenen Expertise in der Kulturpflege, seinem Auftrag und seiner Verantwortung.

Mit dem LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen in Titz, aber auch mit der Unterstützung der Alten Synagoge in Essen und vielen kleineren Projekten hat sich der LVR bereits erfolgreich für Vermittlungsorte jüdischen Lebens, jüdischer Kultur und jüdischer Religion sowie für die Erforschung und Darstellung von Verfolgung und Unterdrückung der jüdischen Menschen im Rheinland starkgemacht.

Das eindeutige Bekenntnis zu einem jüdischen Museum von zumindest europaweiter Geltung kommt auch zur richtigen Zeit, um der zunehmenden Gewalt gegen jüdische Gläubige und den unterschweligen Vorurteilen, die infolge des Beschneidungsurteils in die öffentliche Debatte getragen wurden, ein Leuchtturmprojekt entgegenzusetzen, das sich zur mitprägenden Rolle und Leistung des Judentums im Rheinland durch Anschauung, Aufklärung und Wertschätzung bekennt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der LVR wird das Museum im Rahmen seiner Museumslandschaft übernehmen. Der LVR wird die Kosten für den Betrieb tragen.

Nach Beschluss des Rates wird es ein gemeinsames Steuerungsgremium aus Mitgliedern der Landschaftsversammlung und des Rates geben, die am Prozess beteiligt sind. Wir denken, dass das ein demokratisches Moment in diesem Verfahren ist.

Wir wünschen uns sehr, dass die CDU ihre Haltung vielleicht noch einmal überdenkt. Es wäre gut, wenn wir zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen würden. Ich denke, klüger zu werden, ist keine Schande. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Granitzka.

**Winrich Granitzka (CDU):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vom Sparen wird niemand verschont ...

Wir müssen die Konsolidierung unserer Finanzen jetzt in Angriff nehmen. Daran führt kein Weg vorbei. ...

Wir haben die politische Verantwortung, den Haushalt jetzt in Ordnung zu bringen. Und nicht erst im Jahr 2020.

Meine Damen und Herren, jeder dieser Sätze könnte von mir stammen. Jeden dieser Sätze würde nicht nur ich, sondern auch jedes andere Mitglied der CDU-Fraktion sofort unterschreiben.

Das Problem ist: Diese Sätze stammen nicht von mir, sondern von unserem Oberbürgermeister. Er hat sie in einem Interview gegenüber dem *Kölner Stadt-Anzeiger* gesagt. Sie scheinen aber - zu diesem Schluss muss ich kommen, wenn ich diesen Antrag sehe - bloße Lippenbekenntnisse zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Andernfalls hätte der Oberbürgermeister bei seinen Genossen, aber auch bei den grünen Juniorpartnern geworben, um sie davon abzubringen, den Antrag zur Archäologischen Zone und zum Jüdischen Museum heute zu

stellen. Er hätte sich ansonsten nach Kräften bemüht, deutlich zu machen, dass Köln zwar durchaus ein Jüdisches Museum vertragen kann und dass es wünschenswert ist, dass aber eine Realisierung bei der jetzigen Finanzlage, über die wir eben noch gesprochen haben, überhaupt nicht machbar ist, weil es in der jetzigen Finanzsituation nicht möglich ist, das zu tun.

Sie haben hier ganz toll darüber hinweggehudelt, was die Stadt dennoch bezahlen wird. Ich werde es Ihnen gleich sagen, Herr Peil.

Sehr geehrte Damen und Herren, Fakt ist, dass weder der Oberbürgermeister noch die Kämmerin noch Rot-Grün zum Sparen bereit sind - und in diesem Falle auch die FDP leider nicht. Herr Breite, ich habe Ihnen eben Applaus gezollt; denn ich fand das eine gute Rede in der Aktuellen Stunde - mit Sparwillen. Wo ist Ihr Sparwille denn jetzt geblieben? Das hätte ich gerne gewusst. Jetzt sind Sie auf einmal bereit, Jahr für Jahr Gelder auszugeben, die ich gleich noch benennen werde.

Das Haushaltsdefizit beträgt mindestens 330 Millionen Euro. Wir brauchen also Sparvorschläge.

Man erwartet von der Stadtverwaltung jetzt, dass entsprechende Vorschläge gemacht werden. Das werden wir tun. Dann wird man sehen, ob die Fraktionen mitziehen.

Das haben Sie, Herr Oberbürgermeister, vor drei Monaten in dem eingangs erwähnten Interview gesagt.

Ich habe ganz klare Sparvorstellungen, die vom Stadtvorstand noch beschlossen und natürlich auch vom Rat mitgetragen werden müssen.

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister: Meinen Sie das angekündigte Sparkonzept, das die Kämmerin - sie ist gar nicht da -

(Andreas Köhler [CDU]: Sie hat wohl Urlaub! - Weitere Zurufe von der CDU - Beifall bei der CDU)

und die Stadtspitze vorgestellt haben? Dieses Papier können Sie doch überhaupt nicht meinen; denn es lässt jedenfalls keinesfalls die dringend notwendige Bereitschaft erkennen, nachhaltig, strategisch und strukturell zu sparen. Davon ist nichts, aber auch gar nichts zu sehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Glauben Sie denn, dass die Fraktionen, die heute bereit sind, so viel Geld auszugeben, dann mit Ihnen gemeinsam dieses Sparkonzept tragen werden? Ich glaube nicht daran.

Ich glaube wirklich nicht daran; denn ein solches Museum wird uns selbst mithilfe des Landschaftsverbandes jährlich 5 bis 6 Millionen Euro kosten. Diese Zahlen sind auch nicht gegriffen. Das habe ich mit dem Herrn Kulturdezernenten besprochen. Er hat das so bestätigt. Diese 5 bis 6 Millionen Euro kommen auf den Haushalt obendrauf, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Da frage ich einmal, wie weit wir denn kommen, wenn es darum geht, die Grenze von 5 Prozent nicht zu reißen. Diese Summen sind dabei doch noch gar nicht eingepreist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Peil, ich will hier noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass der Kulturausschuss des Landschaftsverbandes beschlossen hat:

Die Stadt Köln trägt, ..., den gesamten baulichen Investitionsaufwand. ...

Eine Refinanzierung über Miete oder Abschreibungen zu Lasten des LVR erfolgt nicht.

Die Stadt Köln ist, ..., für den kompletten Unterhalt des Gebäudes und ggf. Außenanlagen verantwortlich.

Verantwortlich ist die Stadt Köln natürlich auch für die Finanzierung der Kosten, die, wie wir glauben und wie uns alle Experten sagen, bei mindestens 60 Millionen Euro liegen werden - und nicht schöngerechnet, wie das hier wieder gesagt worden ist, bei 37 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU)

Ich jedenfalls halte es für einen Skandal, sich auf der einen Seite zu bemühen und im Effizienzteam zu sagen, dass wir keine weiteren Ausgaben tätigen wollen, die wir nicht abgesprochen haben, und dann diesen Vorschlag vorzulegen, der uns rund 5 bis 6 Millionen Euro jährlich kosten wird. Das halte ich für nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Herr Kollege, das ist die Unwahrheit!)

- Nein, das ist nicht die Unwahrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Es gibt keine diesbezügliche Absprache im Effizienzteam!)

- Wir haben gesagt: Wir wollen keine neuen Ausgaben vornehmen, die wir nicht abgesprochen haben.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, das ist nicht die Wahrheit!)

Wie vermitteln wir denn den von dem Sparpaket, das wir jetzt bekommen haben, betroffenen Bürgern beispielsweise, dass OGS-Plätze und Seniorenetzwerke gestrichen werden, dass über Jahre hinweg aufgebaute Strukturen zerschlagen werden?

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug betritt den Ratssaal)

Ich gebe Herrn Detjen ja nicht sehr oft recht. An dieser Stelle könnte ich alles wiederholen, was er hier vorgetragen hat. Man kann doch keinem mehr erklären, dass wir dort 300 000 Euro einsparen und damit die Netzwerke kaputtmachen, aber auf der anderen Seite jedes Jahr 5 bis 6 Millionen Euro zusätzlich für ein Museum ausgeben, das man auch später bauen kann.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Belegen Sie das einmal! Sie können es nicht belegen!)

Ich kann jedenfalls den Menschen, die von diesen Sparmaßnahmen betroffen sein werden, nicht deutlich machen, warum wir diese Gelder auf der einen Seite einsparen und sie auf der anderen Seite mit vollen Händen in die Baugrube vor dem Rathaus werfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und FDP, deshalb bitte ich Sie, sich das Ganze noch einmal zu überlegen. Herr Peil, ich kann es auch umgekehrt formulieren. Es ist keine Schande, wenn Sie nun einsichtig werden und sagen: Wir können uns das jetzt nicht leisten. Wir wollen es uns leisten und werden das dann machen, wenn das Geld dafür da ist.

Ich sehe überhaupt nicht, dass die 14 Millionen Euro, die uns für die Archäologische Zone zugesagt sind, vom Land nicht gezahlt werden,

wenn wir das Jüdische Museum nicht mehr bauen.

Natürlich können wir die Archäologische Zone schützen. Dazu brauchen wir sie weder zuzuschütten, noch brauchen wir irgendwelche kleinen Schutzbauten, die Sie genannt haben, zu errichten, Herr Börschel. Es gibt bereits Entwürfe dafür. Kaspar Kraemer, einer der maßgeblichen Architekten dieser Stadt, hat das schon vor vielen Jahren gesagt. Er ist jetzt auch wieder bereit, darüber nachzudenken, wie man vernünftige Schutzbauten realisieren kann.

(Martin Börschel [SPD]: Aber die sind doch nicht umsonst, Herr Granitzka! Ohne Fördermittel müssen Sie das bezahlen!)

- Nein, das müssen wir nicht. Wir haben 14 Millionen Euro. Die werden wir dafür einsetzen.

(Martin Börschel [SPD]: Aber die sind doch weg! Die sind doch für etwas völlig anderes!)

Die CDU hat einen Änderungsantrag gestellt. Wir bitten Sie sehr herzlich, im Sinne der Finanzierung dieser Stadt diesem Änderungsantrag zuzustimmen. Darüber würden wir uns sehr freuen; denn damit sparen wir Millionen Euro, die wir dann dort ausgeben können, wo die Menschen es brauchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck (FDP):** Herzlichen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe die Rede meines Kollegen Granitzka extra abgewartet, damit es nicht dazu kommt, dass wir uns am Anfang zu sehr einig sind und seine Ausführungen am Ende unwidersprochen bleiben.

Was die Initiativen angeht, ist Folgendes festzustellen: Mit den Reden, die von der FDP und auch von mir selber zugunsten dieses Projektes gehalten worden sind, könnte man mittlerweile wahrscheinlich zwei Bände füllen. Seit der ersten Pressemitteilung von Werner Hoyer im Jahre 1985 für das Projekt können Sie das alles auf unserer Homepage nachlesen. Damit will ich Sie gar nicht langweilen.

Heute ist ein neuer Aspekt dazugekommen. Deswegen diskutieren wir hier auch darüber. Heute haben wir nämlich einen Betreiber für das Museum, der uns als Stadt Köln finanziell massiv entlastet. Wir haben immer gefordert - diese Forderung besteht nach wie vor -, zu berücksichtigen, dass wir als Oberzentrum hier Aufgaben für das ganze Land wahrnehmen, ohne dass eine landesweite Kultureinrichtung entsprechend gefördert würde. Da haben wir noch eine Forderung an das Land Nordrhein-Westfalen für unsere Kultureinrichtung.

Hier wird aber wenigstens schon einmal etwas getan, weil vom LVR festgestellt wird, dass es bei dem Jüdischen Museum nicht um die Darstellung der jüdischen Gemeinde in Köln geht, sondern um die Juden im Rheinland und deren Kulturgeschichte, die weit über die Stadtgrenzen der Stadt Köln hinaus gestrahlt hat.

Daher kann ich mich den Ausführungen von Herrn Börschel und Herrn Peil vollumfänglich anschließen. Wie Herr Börschel schon gesagt hat, geht unser herzlicher Dank an den LVR. Dort hat man es auch nicht leicht. Der LVR hat ebenfalls Haushaltsprobleme. Außerdem gibt es eine Kampagne, die leider auch von der CDU und den Freien Wählern im ganzen Rheinland gegen das Projekt betrieben wird.

An dieser Stelle muss man aber die Frage stellen: Was bekommt die Stadt Köln denn bisher heraus? Bisher sind wir Einzahler beim LVR. Jede andere Kommune im Land Nordrhein-Westfalen bekommt mehr heraus als die Städte Köln und Düsseldorf. Daher ist es nur richtig, dass eine solche Investition jetzt auch hier in Köln gefördert wird.

Herr Professor Quander, nun liegt der Ball bei Ihnen, bei der Verwaltung. Die Politik hat sich in dieser Sache sehr engagiert. Wie Herr Börschel schon in einem Halbsatz angedeutet hat, haben wir als Fraktionen von SPD, Grünen und FDP in der Sommerpause mit unseren Kollegen der Landschaftsversammlung getagt, um den Karren irgendwie aus dem Dreck zu ziehen. Eigentlich ist das nicht die Aufgabe ehrenamtlicher Kommunalpolitiker. An sich wäre es die Aufgabe der Verwaltung gewesen, diese Einigung herbeizuführen.

Damit haben wir eine gewisse Vorlage für Sie geschaffen, Herr Professor Quander. Sie und Ihre Verwaltung werden jetzt daran gemessen, dass das Projekt auch wirklich realisiert wird, dass wir einen unterschriftsreifen Vertrag mit dem LVR hinbekommen. Da sind noch viele

Hürden zu nehmen und noch viele Detailgespräche zu führen. Ich setze aber auf Sie und hoffe, dass Sie diese Probleme lösen.

Was den Änderungsantrag der CDU angeht, muss ich Folgendes sagen: Lieber Winrich Granitzka, die CDU ist nicht glaubwürdig, wenn sie jetzt in Sachen Jüdisches Museum Krokodilstränen vergießt. Die CDU hat sich nämlich - so ist es leider nun einmal; ich habe das immer bedauert - aus dem großen Konsens, den wir in diesem Hause gehabt haben, vor Jahren verabschiedet und bedauerlicherweise nie den Weg zurück zur Mehrheit dieses Hauses gefunden, um dieses Projekt mit zu unterstützen.

Da wurden vielfältige Argumente angeführt - vom Lichteinfall in die Büros der CDU-Fraktion bis hin zum Vorwurf, hier würde ein jüdischer Gürzenich gebaut, was man nicht wolle. Außerdem wurde infrage gestellt, ob das der richtige Ort für ein Jüdisches Museum sei; es musste ein Symposium durchgeführt werden, damit das nachgewiesen wurde. Dann wurde bezweifelt, ob es einen entsprechenden Inhalt gibt, mit dem man dieses Museum füllen kann.

Immer wieder hat die CDU neue Aspekte aufgeworfen, um dieses Projekt infrage zu stellen. Heute sind es nun die Finanzen, lieber Winrich Granitzka. Das ist nicht glaubwürdig.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es! - Ursula Gärtner [CDU]: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

Hätten Sie in Sachen Sparen und in Sachen Haushaltskonsolidierung wirklich etwas tun wollen, hätten Sie das ins Effizienzteam gebracht. Dort stehen viele Dinge auf dem Prüfstand. Da wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, auf welche Projekte wir verzichten müssen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Aha!)

Eben haben Sie vom Kollegen Börschel ja gehört, dass dort auch Dinge, die mir wirklich wehtun würden, wie die Bundesgartenschau zur Disposition gestellt werden. Das wird im Effizienzteam beraten. Dort hätten Sie es machen können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben doch noch gar nicht darüber beraten! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir haben doch noch gar nicht getagt!)

Wenn Sie es hier beantragen, ist das aber nur eine weitere Showveranstaltung der CDU gegen

das Jüdische Museum. Ich finde es verwerflich, dass Sie das in diesem Gremium tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben doch noch nicht ein einziges Mal zur Sache getagt! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie haben doch noch gar keinen Ton dazu gesagt!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Herr Sterck hier gerade zum Besten gegeben hat, ist schon entlarvend. Man soll Sachen von Relevanz also gar nicht im Stadtrat beantragen. Solche Dinge bespricht man lieber hinter verschlossenen Türen. Das ist Demokratie à la FDP. Man kann nur jedem empfehlen, sich das immer wieder vor Augen zu führen und gut zuzuhören, wenn die Damen und Herren gerade im Redefluss sind, weil dann ab und zu auch mal die Wahrheit herauskommt. Immer gut zuhören! Relevante Sachen bespricht man also nicht im Stadtrat vor der Öffentlichkeit. Relevante Sachen werden im Hinterzimmer ausgekungelt. Dahin gehören sie nach Vorstellung der FDP.

Meine Damen und Herren, pro Köln war schon immer aus städtebaulichen und auch aus finanziellen Gründen gegen das Jüdische Museum am Rathausvorplatz. Die städtebaulichen Argumente wurden anfangs von der CDU, aber auch von anderen geteilt. Die finanziellen Argumente, die dagegensprechen, sind aufgrund der neuen Haushaltslage jetzt mehr als eindeutig. Gerade haben wir gehört, was wir uns alles nicht leisten können und dass überall der Rotstift angesetzt werden muss. Dieses Projekt scheint aber heilig zu sein. Bei diesem Projekt darf man nicht nachdenken, sondern muss anscheinend das Gehirn abschalten - warum auch immer.

Pro Köln hat sich immer gerade auch im Hinblick auf die jüdische Gemeinde in Köln gegen Verschwörungstheorien ausgesprochen. Pro Köln hat die jüdische Gemeinde auch in Schutz genommen, gerade auch gegenüber dem neuen Antisemitismus aus dem muslimischen Bereich, aus dem islamistischen Bereich.

Nur sollte man auch Folgendes bedenken: Wenn bei solchen Fragen nicht mehr nachgedacht

werden darf, wenn etwas offensichtlich sakrosankt ist, leistet man damit auch Leuten Vorschub, die vielleicht nichts Gutes im Sinn haben.

Vorhin wurde - von Herrn Börschel, glaube ich - gesagt, bei allen Dingen, die für die Zukunftsfähigkeit der Stadt von allergrößter Wichtigkeit seien, dürfe nicht gespart werden. Ich bin aber wohl nicht der Einzige, der vehement bestreitet, dass es für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Köln von entscheidender Bedeutung ist, ob ein bestimmtes Museum jetzt sofort an einem bestimmten Ort gebaut wird. Das ist doch Humbug. So etwas ist doch wirklich schwachsinnig. Anders kann man es nicht bezeichnen. Für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Köln sind ganz andere Dinge ausschlaggebend - Dinge, die für die wirtschaftliche Entwicklung und die demografische Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Das sind die Kategorien, die für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt wichtig sind.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt ist aber nicht, ob man eventuell - worüber man noch streiten müsste - ein touristisch besonders interessantes Projekt voranbringt. Da kann man auch geteilter Meinung sein. Wir haben ja sogar Politiker wie den Herrn SPD-Bezirksbürgermeister Wirges aus Ehrenfeld, der die neue Scheußlichkeit an der Venloer Straße für eine touristische Attraktion hält. Später fahren die Leute vielleicht mit Bussen direkt vom Dom dorthin, um sich dieses reaktorähnliche Gebäude anzusehen. Da kann man sehr wohl geteilter Meinung sein, denke ich.

Überall sollte man einen klaren Kopf behalten, das Nachdenken nicht verbieten und Diskussionen nicht tabuisieren. Dann kommt man auch zu den richtigen Ergebnissen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Stahlhofen, bitte.

**Gisela Stahlhofen** (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Archäologische Zone ist eine großartige Ausgrabung. Sie hat uns viel über die Geschichte unserer Stadt gelehrt. Schon jetzt, da die Ausgrabungen noch im Gange sind, ist sie ein Besuchermagnet, weil sie ein Fenster in die Vergangenheit ist. Unsere Fraktion hat sich

immer dafür ausgesprochen, die Archäologische Zone auszubauen, sodass sie auf Dauer unseren Kölnern und Kölnerinnen und den Gästen unserer Stadt zugänglich ist.

Aber der politische Beschluss, den Sie heute hier fassen wollen, meine Damen und Herren, ist schon eine Farce. Das Ganze wird zum Lippenbekenntnis degradiert. Sie alle kennen die Liste der Kürzungen und Streichungen, die unsere Stadt treffen sollen. Interkulturelle Zentren und die freie Jugendarbeit - vieles hier in Köln steht in der Gefahr, zerstört zu werden. Auch die Archäologische Zone wird deshalb auf den Prüfstand zu stellen sein - mit dem Resultat, dass wir uns das zurzeit nicht leisten können. Es ist zu befürchten, dass das Geld für die Archäologische Zone einfach kurzfristig weggespart wird und dadurch erheblicher Schaden für unsere städtische Außenwirkung entsteht oder, wie Sie es zurzeit immer auf Neudeutsch bezeichnen, die Zukunftsfähigkeit infrage gestellt ist. Es kann nicht sein, dass der Kölner Rat die Ausgaben für Bildung, Jugend und Soziales zusammenstreicht und im gleichen Moment den Bau eines Objektes beschließt, das die Stadtkasse durch die Kreditfinanzierung und die jährlichen Kosten der Instandhaltung auf Dauer belasten wird.

Sie werden mir jetzt entgegenhalten, dass unsere Fraktion im Kulturausschuss der Landschaftsversammlung die Vorlage zur Archäologischen Zone mitgetragen hat. Ja. Damit wird aber auch deutlich, dass der LVR, also das Kölner Umland, für dieses Projekt nach heftigen Diskussionen Verantwortung mittragen will. Aber auch hier ist da Zeitfenster nicht unendlich.

Dass das so ist, wissen Sie von der CDU nur zu gut. Ihr Änderungsantrag liest sich im ersten Moment zwar ganz nett. Wir wissen aber alle, was Sie im Hintergrund dazu alles treiben - angefangen von Ihrer unsäglichen Broschüre, dem Weißbuch „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“, bis hin zu den entrüsteten Schreiben Ihrer Parteimitglieder aus Mönchengladbach, Kleve, Neuss usw. an den LVR. Darum werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und FDP, so sehr uns, wie auch Ihnen, dieses Projekt am Herzen liegt - die Fraktion Die Linke. kann sich unter den jetzigen Voraussetzungen an Ihrer Beschlussfassung nicht beteiligen und wird sich bei der Abstimmung enthalten. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Ich bitte Sie für einen kleinen Augenblick um besondere Aufmerksamkeit; denn gerade ist unsere Kollegin Barbara Moritz eingetroffen. Frau Moritz hat heute aus den Händen unserer Ministerpräsidentin das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Darüber freuen wir uns sehr. Ich gratuliere ihr ganz herzlich zu dieser großen, ganz besonderen Auszeichnung und glaube, alle anderen hier im Saal schließen sich an. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall - Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen] überreicht Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] einen Blumenstrauß - Oberbürgermeister Jürgen Roters und Winrich Granitzka [CDU] gratulieren Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Beifall)

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Ich rufe Herrn Hoffmann auf. Bitte schön.

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vorweg: Ich bin für ein Jüdisches Museum. Wir sollten es dann in Angriff nehmen, wenn der städtische Haushalt es hergibt. So denken, glaube ich, viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt. In Bezug darauf, welchen Wert dieses Museum hat, gehe ich mit vielen Ausführungen, die wir heute gehört haben, vollkommen d'accord - in jeglicher Hinsicht. Zurzeit haben wir das Geld aber nicht. Deswegen können wir es, wenn wir der Stadt und uns selbst gegenüber ehrlich sind, nicht bauen.

(Beifall bei der CDU)

Wie Sie dem Änderungsantrag entnehmen können, geht es hierbei in erster Linie um Kosteneinsparungen, sowohl im Investitionsbereich als auch bei den prognostizierten Folgekosten.

Die Stadt kann die Betriebskosten nicht stemmen und sucht dafür Mitstreiter. Das ist auch zu verstehen. Was liegt da näher, als den Landschaftsverband anzusprechen? Allerdings befinden sich in diesem auch eine Reihe von Gebietskörperschaften - 22 von 26 -, die vorne

und hinten nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Ihnen steht das Wasser bis zum Hals. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen. Würde das Projekt in dieser Form genehmigt, müssten Mülheim an der Ruhr jährlich 115 000 Euro und Essen jährlich 500 000 Euro anteilig als Mitbetreiber bezahlen - vorausgesetzt, dass die Zahlen, die ich Ihnen gleich nenne, so bleiben. Und wir wissen ja: Investitionskosten und Betriebskosten bleiben in dieser Stadt nie gleich; gerade Investitionskosten steigen enorm.

Betrachten wir das doch einmal. 2009 waren es noch 45 Millionen Euro. 2012 sind wir schon bei 81,8 Millionen Euro. Das kann man noch verstehen. 2013/14/15 werden wir das Ganze mit diesen Mitteln aber nicht gestemmt bekommen, glaube ich. Es gibt ganz wenige Projekte in dieser Stadt, bei denen das tatsächlich gelungen ist.

Ich behaupte an dieser Stelle: Auch wenn die Planung noch so gut ist, müssen wir auch beim Opernquartier schauen, was in einigen Jahren sein wird. Da steht schon, dass das weiterentwickelt werden muss. Mit Bestimmtheit wollen wir dann auch wieder etwas tun.

Deswegen sollten wir dieses Projekt, so wichtig es ist und so sehr es auch mir am Herzen liegt, etwas verschieben, und zwar, bis wir das Geld haben und vernünftig planen können.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie sich doch nur Folgendes an: 2009 war man sich noch nicht ganz sicher und sprach von 2,5 Millionen Euro Betriebskosten. 2012 ist man wesentlich weiter. Eben habe ich die Zahl von 5,8 oder 5,9 Millionen Euro gehört. Mir liegt eine andere Zahl vor, nämlich 6,2 oder 6,8 Millionen Euro im Jahr. Wenn das stimmt, sind die Betriebskosten in sieben Jahren genauso hoch wie die Investitionskosten.

Eigentlich brauchen wir aber gar nicht über die Betriebskosten des Jüdischen Museums zu diskutieren. Wir können uns den Bau zurzeit einfach nicht leisten. Und andere Gebietskörperschaften finanziell belasten, das will ich nicht, und das kann ich nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann, bitte.

**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Die Archäologische Zone ist ein sehr komplexes Projekt. Seit Jahrzehnten beschäftigt man sich schon damit. Ich bin seit drei Jahren auch damit befasst - nicht nur im Kulturausschuss des Rates, sondern auch im Kulturausschuss des Landschaftsverbands Rheinland. Es ist bedauerlich, dass sich so wenige Menschen tatsächlich dafür interessieren. Allerdings ist das Ganze auch schwer zu verstehen. Dennoch versuche ich, meine Sicht der Dinge hier darzustellen und zu erläutern, warum ich gegen den Bau zum jetzigen Zeitpunkt bin.

Die Archäologische Zone und das Jüdische Museum sind zweifelsohne faszinierende Projekte. Ich möchte dies mit keiner Silbe infrage stellen oder so verstanden werden. Daher fällt mir die Entscheidung schwer, beide Projekte in ihrer geplanten Form weiterhin abzulehnen.

Das Paket, das unsere Ampelkoalition im LVR und hier im Rat geschnürt hat, klingt zunächst verlockend: eine neue, spannende, qualitativ höchstwertige Kultureinrichtung und ein Touristenmagnet zugleich; wir, die Stadt Köln, bauen Archäologische Zone und Jüdisches Museum, und den Betrieb zahlt später der Landschaftsverband Rheinland - für Köln dank günstiger Bauzinsen ein gutes Geschäft.

Doch diese Rechnung stimmt nicht. Blicken wir kurz etwas zurück, um unsere heutige Situation besser verstehen zu können. Die Planung des Projektes wurde vor wenigen Jahren konkret angegangen. Wie das oft so ist, wurde bei der Finanzierung erst einmal vom günstigsten aller Fälle ausgegangen: Fördermittel überall; Köln wird nur ein Viertel der Baukosten zu tragen haben; für den Rest gibt es Fördertöpfe.

Es ist anders gekommen. Wir zahlen den größten Teil der Baukosten, und die Betriebskosten sind kontinuierlich angestiegen. Da schien die Idee, Verhandlungen mit dem LVR aufzunehmen, naheliegend zu sein. Der LVR kennt sich mit Bodendenkmälern bestens aus, ist erfahren im Betrieb von Museen und hat zum Beispiel auch den Archäologischen Park Xanten zum Erfolg geführt. Doch die Verhandlungen der beiden Verwaltungen verliefen äußerst schleppend. Auf der einen Seite machte es den Eindruck, als wolle die Stadt Köln ihr Projekt nicht wirklich abgeben. Auf der anderen Seite wollte man aufseiten des LVR erst einmal wissen, was Sache ist. Es gibt kein inhaltliches Konzept. Man weiß höchstwahrscheinlich bis

zum heutigen Zeitpunkt noch nicht einmal, wie groß dieses Museum in Quadratmetern werden wird.

Heute sind wir nun beim Antrag von SPD, Grünen und FDP. Das ist der politische Versuch, den Verhandlungsknoten zu lösen, um endlich entscheidende Schritte in Richtung Realisierung und sicherer Finanzierung der Betriebskosten zu machen. Doch im Grunde geht es in diesen Wochen nur darum, ein seit langer Zeit verkorkstes Projekt noch irgendwie zu retten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dies wird Ihnen damit nicht gelingen. Das ist schade, weil das Projekt so toll ist. Zu dem Zeitpunkt, als bekannt wurde, dass der Bau teurer wird, als klar war, dass die Fördermittel nicht so üppig fließen, und als man merkte, dass die kalkulierten Betriebskosten steigen, hätte man doch ernsthaft beginnen müssen, auch über Alternativen nachzudenken. Doch am eigentlichen Projekt wurden bis heute keinerlei Abstriche gemacht.

Bei den Alternativen geht es im Übrigen nicht nur um das ins Lächerliche gezogene Zuschütten mit Sand - was fachlich gar nicht einmal so schlimm ist, was vollkommen okay wäre.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist schon einmal passiert!)

Was ist mit einem kleineren, kostengünstigeren Bau? Warum kann man in diesen finanziell miserablen Zeiten nicht ganz auf einen Bau verzichten

(Beifall bei der CDU)

und die Funde im Römisch-Germanischen Museum und im Kölnischen Stadtmuseum präsentieren? Warum werden diese Alternativen noch nicht einmal ernsthaft durchgerechnet? Da hat Herr Professor Quander natürlich recht; er hat bis heute keinen Auftrag dazu. Ich denke, wir sollten der Verwaltung endlich diesen Auftrag geben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Manche politisch Verantwortlichen denken nun: Alles halb so wild; der LVR übernimmt ja die Betriebskosten; in dessen Milliardenhaushalt wird das später kaum noch auffallen. - Der LVR ist aber umlagefinanziert. Jeder Euro, der hier in Köln später anfallen wird, wird zum allergrößten Teil von den anderen Mitgliedskörperschaften finanziert.

Nun könnte man denken: Das Rheinland ist groß; das kann doch in einer einzelnen Kommune nicht so viel sein. - Weit gefehlt! In der Stadt Essen rechnet man mit 500 000 Euro anteiliger Kostenübernahme und im Rhein-Kreis Neuss mit 290 000 Euro. Es mag sein, dass diese Zahlen noch nicht präzise sind. Der eigentliche Irrsinn dahinter ist aber doch: Kommunen im Rheinland, die sich im Nothaushalt befinden und soziale und kulturelle Einrichtungen schließen müssen - man denke nur an Wuppertal -, sollen den Bau eines neuen Museums in Köln finanzieren - in einer Stadt, die sich noch nicht einmal ansatzweise die Mühe macht, die Kosten des Projektes zu reduzieren.

Nun argumentieren viele, der LVR engagiere sich ja auch in anderen Kommunen kulturell; man denke nur an die Zeche Zollverein in Essen. Das ist aber wirklich eine vorgestrigte Argumentation - nach dem Motto: Die anderen haben doch auch etwas; jetzt sind wir auch mal dran. - Dieses kindische Argument darf in finanziell desaströsen Zeiten wie den heutigen nicht mehr gelten. Da sind wir einfach zu spät und haben Pech gehabt.

(Beifall bei der CDU)

Fast 7 Millionen Euro Betriebskosten sind nicht zu stemmen - egal woher sie kommen. Es sind in jedem Fall Steuergelder, die an anderen, wichtigeren Stellen fehlen werden.

Selbst wenn man auf Solidarität in der kommunalen Familie pfeift, muss man sich aber der Tatsache stellen, dass es auch für Köln nicht umsonst wird. Herr Granitzka hat das gerade schon angesprochen. Zum einen sind wir per Umlage indirekt wieder an den eigentlichen Betriebskosten beteiligt. Zum anderen zahlt der LVR auch längst nicht alles. Im Punkt 1 des Beschlusses des Kulturausschusses der Landschaftsversammlung ist festgehalten - das wurde schon zitiert -, dass wir weiterhin für die ganzen baulichen Geschichten zuständig sind, und zwar auch in Zukunft. Aber wie viel beträgt diese Summe eigentlich jedes Jahr genau? Bevor wir heute möglicherweise Ihren Antrag beschließen, sollten wir im Rat doch erst einmal volle Kostentransparenz erhalten. Köln wird das Projekt weiterhin Millionen Euro im Jahr kosten. Man sollte meinen, dass das bei unserer Haushaltssituation nicht zu finanzieren ist.

Wenn es um bedürftige und förderungswürdige Projekte geht, egal ob aus dem sozialen oder kulturellen Bereich, wird oft mit besorgter Stimme gemahnt, man dürfe diese Projekte nicht gegeneinander ausspielen. In der

Haushaltsrealität findet aber natürlich doch eine notwendige Priorisierung statt.

Da frage ich die SPD: Schauen Sie doch einmal auf die aktuelle Sparliste im sozialen Bereich. Bürgerhäuser, OGTS etc. - überall muss schmerzhaft gespart werden. Wollen wir dann wirklich ein neues Museum bauen?

Meine Frage an die Grünen lautet: Was ist mit der freien Szene? Was ist mit dem Sanierungsstau in den bestehenden Museen?

Die FDP, die Gralshüterin der solide aufgestellten Haushalte, frage ich: Wo ist die Gegenfinanzierung?

So bedauerlich es ist: Wir können uns als Stadt Köln und als Rheinland das Projekt „Archäologische Zone und Jüdisches Museum“ zurzeit nicht leisten.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Roters, sehr geehrter Herr Börschel, Sie hatten mit Ihrer Vermutung recht. Das Projekt ist in der Tat nicht finanzierbar. Es ist ein Projekt für künftige Generationen. Es liegt in Ihrer Verantwortung, das zu teure Projekt zu stoppen. Ziehen Sie bitte die Notbremse. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Ich gebe Herrn Professor Quander das Wort.

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur inhaltlichen Bedeutung, zur herausragenden kulturellen Bedeutung dieses Projektes brauche ich wohl nicht zu sprechen. Darüber besteht im Hause ja Konsens. Ich möchte aber gerne drei Anmerkungen machen, und zwar zu dem Antrag der CDU, zu dem Antrag von Herrn Hoffmann und zu dem Redebeitrag von Herrn Zimmermann.

Angesichts der dramatischen Haushaltssituation der Stadt Köln habe ich durchaus Verständnis für den Antrag der CDU. Dennoch gilt es, einiges zu bedenken. Das muss man klar im Auge haben. Der Vorschlag, hier eine Art Moratorium zu verhängen und zu sagen, dass das Projekt nicht in der vorgesehenen Form errichtet wird, ist so

einfach nicht umsetzbar. Herr Börschel hat vorhin kurz darauf hingewiesen.

Herr Granitzka, in Ihrem Beschlussvorschlag steht unter Punkt 2:

Über der Archäologischen Zone werden im Rahmen der bewilligten Landeszuschüsse Schutzbauten dergestalt errichtet, dass der Bedeutung der Fundstätten, aber auch der zentralen Lage vor dem Historischen Rathaus Rechnung getragen wird.

Das ist inhaltlich sicherlich nachvollziehbar. Davon auszugehen, dass die bewilligten Landeszuschüsse automatisch dafür zur Verfügung gestellt werden, wäre aber blauäugig. Man kann sicherlich mit dem Land darüber verhandeln. Diese Zuschüsse sind aber nicht abstrakt für ein Projekt X gewährt worden, sondern für ein ganz bestimmtes Bauvorhaben und für ein bestimmtes Betriebskonzept, nämlich mit integriertem Jüdischem Museum. Dafür sind sie bewilligt worden. Dafür haben wir von der Regionale-2010-Agentur den A-Stempel bekommen. Alles das steht im Bewilligungszusammenhang für dieses Projekt.

Wie gesagt: Man kann nicht ausschließen, dass man von der Landesregierung auch für etwas anderes Zuschüsse bekommen kann.

(Andreas Köhler [CDU]: Aha!)

Davon auszugehen, dass die 14 Millionen Euro automatisch zur Verfügung stehen, ist aber illusorisch, glaube ich.

Des Weiteren - auch darauf wurde schon hingewiesen - handelt es sich um ein Projekt, das schon einen langen Vorlauf hat. Es wurde hier im Haus beschlossen. Durch Aufträge, die vergeben worden sind, ist schon eine Menge Geld gebunden. Man wird auch zur Sicherung und Erhaltung der Grabungen Gelder aufwenden müssen. Die Platzgestaltung wird ebenfalls nicht umsonst sein. Welche Bauten man dort errichtet, muss dann auch vollkommen neu geplant werden - mit ungewissem Ausgang, was die Frage betrifft, zu welchen Kosten. Möglicherweise wird es preiswerter sein als das, was jetzt geplant ist. Es ist aber schwer, hier eine konkrete Aussage zu treffen.

Was die Folgekosten angeht, weiß ich nicht, wie Sie auf die von Ihnen genannten 5 bis 6 Millionen Euro kommen. Richtig ist aber, dass nach dem jetzt vom Landschaftsverband vorgeschlagenen Modell sowohl die

Abschreibungen als auch die Bauunterhaltung bei der Stadt Köln bleiben. Das sind nach unserer überschlägigen Hochrechnung zwischen 3 und 3,5 Millionen Euro im Jahr.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Und die Zinsen! Sie haben die Zinsen vergessen!)

- Die sind in der Tat bislang auch noch nicht veranschlagt. - Das waren meine Hinweise hierzu.

Dann würde ich gerne eine Anmerkung zu dem gemeinschaftlichen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP machen. Es obliegt uns als Verwaltung natürlich nicht, politische Anträge zu korrigieren. Herr Sterck hat aber zu Recht darauf hingewiesen, dass noch Hürden und Detailgespräche vor uns liegen. Wir sollen das, was hier politisch gewollt ist, in Beschlussvorschläge umsetzen. Diese Beschlussvorschläge müssen wir aufseiten der Verwaltung der Stadt Köln mit der Verwaltung des Landschaftsverbandes abstimmen.

Deswegen bitte ich herzlich darum, dass man noch eine kleine Modifikation des Beschlusstextes vornimmt. Der letzte Satz von Punkt 3 beginnt mit den Worten:

Der Rat der Stadt Köln erkennt die Voraussetzungen des als Anlage beigefügten beschlossenen Antrages im Kulturausschuss des LVR an und beauftragt die Verwaltung, ...

Meine Bitte ist, den folgenden Halbsatz wie folgt zu ändern:

... auf der Basis der dort enthaltenen Voraussetzungen für die Beteiligung des LVR die entsprechenden Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Oder:

... vorzulegen.

Denn es ist auch eine ganze Reihe von rechtlichen Fragen zu klären, und im Lauf der Gespräche mag sich herausstellen, dass das eine oder andere nicht so wie im politischen Beschlussvorschlag formuliert umsetzbar ist.

Ich möchte nur vermeiden, dass wir dann in eine Situation hineinkommen, in der es heißt, wir blockieren, weil wir gar nicht anders können. Wir werden natürlich auf dieser Basis handeln und das alles so sorgfältig prüfen, wie es da steht. So

habe ich es auch mit meiner Kollegin Karabaic vom Landschaftsverband vorbesprochen. Das wäre aber meine herzliche Bitte.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es gibt eine Nachfrage. Herr Klipper, bitte.

**Karl-Jürgen Klipper (CDU):** Herr Quander, ich habe das nicht ganz verstanden. Sie haben gesagt, dass die Kosten, die auf die Stadt Köln zukommen, die Abschreibungen und die Bauunterhaltung umfassen. Was die Größenordnungen betrifft, bin ich übrigens nicht mit 37 Millionen Euro einverstanden. Nach dem, was man hier hört, gehe ich davon aus, dass das Objekt eher auf 50 Millionen Euro für die Stadt kommen wird. Das wird sich also erhöhen.

Ich finde es aber nicht richtig, Herr Quander, dass Sie die Zinsen nicht mit einrechnen. Sie müssten einen durchschnittlichen Zinssatz von 3 bis 4 Prozent nehmen, und zwar über einen sehr langen Zeitraum. Wenn Sie das über 50 Jahre machen, sind Sie ausgehend von 50 Millionen Euro bei 2 Millionen Euro jährlich.

Insgesamt kommen Sie dann auf den Betrag, den Herr Granitzka eben genannt hat, von 5,5 bis 6 Millionen Euro. Ich streite mich nicht um eine halbe Million mehr oder weniger.

Sie haben jetzt den Eindruck erweckt - deswegen frage ich, warum Sie die Zinsen nicht eingerechnet haben -, dass das, was Herr Granitzka sagt, falsch sei und Ihre Aussage richtig sei. Der Ehrlichkeit halber wäre es schon richtig, die Abschreibungen, die Bauunterhaltung und die Zinsen einzurechnen. Das gäbe das Gesamtbild. Dann sind Sie bei den 5,5 bis 6 Millionen Euro. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das bestätigen könnten.

(Beifall bei der CDU)

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** Herr Klipper, das muss natürlich alles mit einfließen. Ich habe jetzt nur gesagt, was erst einmal nicht veranschlagt ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist aber doch ein wesentlicher Punkt, Herr Quander! - Winrich Granitzka [CDU]: Das ist doch viel Geld!)

- Herr Klipper, die Finanzierung wird von der Kämmerei durchgeführt.

(Zurufe)

- Nein, natürlich. Ich sage nur das, was jetzt zunächst einmal daraus erkennbar ist.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Quander, uns ist es wichtig - da will ich Herrn Zimmermann ausdrücklich im Tenor seiner eben gehaltenen Rede recht geben -, dass wir mit diesem Ratsbeschluss eindeutig zum Ausdruck bringen, in welche Richtung unsere Verwaltung hier arbeiten soll. Das bitten wir mit allem Nachdruck zu beherzigen. Wenn es dann einer Formulierung oder Auslegung bedarf, die Ihnen das rechtlich Mögliche möglich macht, haben die Antragsteller nichts dagegen. Wir wollen aber nicht, dass das hinterher wieder uminterpretiert und gebogen wird. Das will ich einmal ganz ausdrücklich sagen.

Herr Zimmermann, ich kann Ihnen allerdings nicht recht geben - und auch nicht der CDU -, wenn Sie immer wieder fordern, das, was man da finde, solle man doch nehmen und in anderen Museen ausstellen. Sie haben zumindest nicht die Intention der Antragsteller verinnerlicht. Zwar könnte man das so machen. Es geht uns aber gerade nicht darum, dass man gefundene Exponate in irgendein Museum stellt, sondern darum, dass man eine einzigartige Verbindung aus Ort, Geschichte und Exponaten schafft. Das geht eben nur an diesem Ort. Das ist auch das Einzigartige, was es nirgendwo nördlich der Alpen so geben wird wie hier in Köln.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Herr Granitzka, wenn Sie hier einfach in den Raum stellen, es seien jährlich 5 bis 6 Millionen Euro Kosten zu kalkulieren, ist das eine völlig haltlose Behauptung. Das hat Herr Quander Ihnen gerade noch einmal widerlegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das hat er bestätigt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Dann hören Sie einmal zu. Ich werde Sie ganz konkret durch alle einzelnen Zahlen führen.

Sie haben selbstverständlich insoweit recht, als dass man alle Kosten ehrlich einkalkulieren muss - als da wären: Abschreibung für das Gebäude, Abschreibung einer etwa erforderlichen Einrichtung - darüber verhandeln wir ja noch mit dem Landschaftsverband -, Zinsbelastung, Tilgung und Bauunterhaltung; selbstverständlich tutti completo.

Selbst wenn wir - was ich für völlig überhöht halte -, wie es die Verwaltung derzeit zu tun scheint, mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent rechnen, landen wir bei einer Summe, die bei etwa 4 Millionen Euro liegt. Ich persönlich glaube, dass diese 4,5 Prozent viel zu hoch gegriffen sind. Wenn man jetzt Kredite dieser Größenordnung selbst für eine lange Laufzeit abschließt, bekommt man sie für deutlich weniger als diese 4,5 Prozent. Damit fallen auch für jährliche Abschreibungen, Zinsen, Tilgung und Bauunterhaltung deutlich weniger als diese 4 Millionen Euro an.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU] schüttelt den Kopf)

- Da Herr Klipper den Kopf schüttelt, will ich nur einmal Folgendes sagen: Man sieht ja, wie offenkundig geneigte Teile der Verwaltung das mal so, mal so rechnen. Das Ihnen am Herz liegende Bezirksrathaus Rodenkirchen kalkuliert die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln mit einem Zinssatz von 2,9 Prozent. Da sehen Sie, wie das plötzlich geht, wenn es Projekte sind, die Ihnen am Herzen liegen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Hier kalkuliert man mit 4,5 Prozent - was viel zu hoch ist, um das einmal ganz deutlich zu sagen.

Nächster Punkt: Wenn Sie jetzt erklären, dass Sie mit Kaspar Kraemer einen wirklich über jeden Zweifel erhabenen Architekten haben, der Ihnen gesagt hat, dass das mit den Schutzhütten geht, haben wir daran keinen Zweifel. Aber selbst ein Kaspar Kraemer wird sich mithilfe der CDU-Fraktion nicht darüber hinwegsetzen können - und auch nicht wollen; so gut kenne ich ihn dann auch wieder -, dass es für eine völlig neue Konzeption an diesem Ort selbstverständlich auch eines neuen Architekturwettbewerbes bedürfen würde. Man kann doch nicht einfach irgendjemanden herholen, der uns dann da etwas baut. Das mag Ihre stadtentwicklungspolitische Vorstellung sein. Unsere ist es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Umsetzung Ihres Antrags ist - das hat Herr Quander gerade noch einmal eindrucksvoll dargelegt - im Ergebnis bei erheblich geringerer Qualität und bei einer völlig minderwertigen Ausstellungskonzeption am Ende fast so teuer wie das, was Landschaftsverband und Stadt Köln gerade ausgehandelt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Warum ist das so? Herr Quander hat eben auf einige Punkte hingewiesen. Wir haben eine Menge verlorener Kosten. Über 5 Millionen Euro wären einfach weg, weil wir sie vergeblich ausgegeben hätten, wenn man Ihrer Konzeption folgte, jetzt ein paar Schutzhütten dahin zu setzen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Jetzt sind es 50 Millionen Euro!)

Wie ich gerade schon gesagt habe, wäre ein neuer Architektenwettbewerb erforderlich.

Auch die Fördermittelanträge müssten neu gestellt werden. Definitiv und so sicher wie das Amen in der Kirche ist, dass der bestehende Förderbescheid aufgehoben werden müsste. Ob Sie mit einer Konzeption wie der Ihren, die längst nicht so einzigartig ist wie das, was jetzt auf dem Tisch des Hauses liegt, überhaupt noch die Chance auf Fördermittel in dieser Größenordnung hätten, wage ich sehr zu bezweifeln. Das muss man bei Ihrem Antrag also auch subtrahieren.

Was die Frage betrifft, was denn teurer wird oder wie es eventuell billiger zu kriegen wäre, will ich Sie schon noch einmal an Folgendes erinnern: Das größte kulturelle Bauprojekt, das sich die Stadt Köln derzeit leistet, ist die Sanierung von Schauspielhaus und Oper - übrigens in einer Maximalvariante, die Sie von der CDU damals mit Grünen und FDP gegen die SPD durchgesetzt haben. So ist das Leben. Das kann passieren. Wir haben damals dafür plädiert - das tun wir auch heute noch -, in Bezug auf den einen oder anderen Standard zu überlegen, ob man das nicht doch noch günstiger hinbekommt. Das Projekt ist sehr weit fortgeschritten; das ist uns klar. Für die 253 Millionen Euro, die Sie bei einer Maximalvariante ausgeben wollen, könnten Sie sich nach dem Antrag von SPD, Grünen und FDP aber fast sieben Archäologische Zonen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt: Herr Kollege Granitzka, insofern bitte ich Sie, sehr ehrlich zu sein. In einer früheren Phase war das die CDU-Fraktion auch einmal. In Wahrheit wollen Sie das Jüdische Museum nicht. Sie trauen sich nur nicht mehr, es zu sagen. Das ist das Bedauerliche an dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Es liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Granitzka vor.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, dass ich das natürlich nicht so stehen lassen kann.

Herr Börschel, die Semantik, die Sie hier hineinbringen, ist wirklich wunderbar.

(Martin Börschel [SPD]: Zahlen und Fakten!)

- Nein, nicht Zahlen und Fakten. Sie werfen mir vor, ich hätte die 5 bis 6 Millionen Euro mal eben so gegriffen. Das habe ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Dann belegen Sie es doch einmal!)

- Erstens haben wir sie berechnet. Zweitens habe ich sie mit dem Herrn Kulturdezernenten in der letzten Woche rückgekoppelt.

(Martin Börschel [SPD]: Er hat Ihnen doch widersprochen!)

- Nein, er hat mir nicht widersprochen. Er hat die Zinsen hier und heute nicht einberechnet.

(Martin Börschel [SPD]: Ich aber!)

Daher stelle ich fest: Ich habe die entsprechende Sorgfalt walten lassen. Auch wenn Sie hier noch so viel reden und herunterrechnen, werden diese 5 bis 6 Millionen Euro auf den Haushalt der Stadt zukommen - wenn nicht noch mehr; denn ich habe hier noch kein Projekt erlebt, das für die Baukosten fertiggestellt worden ist, die vorher projektiert worden sind. Wie Herr Thor-Geir Zimmermann gesagt hat, nehmen wir immer die billigste Variante und landen im günstigsten Fall fast beim Doppelten. Ich könnte Ihnen jetzt einige Beispiele nennen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Feuerwehr!)

Außerdem insinuiieren Sie, ich hätte gesagt, wir müssten da jetzt ein paar Schutzhütten bauen, weil Kaspar Kraemer das gesagt habe. Das hat er überhaupt nicht gesagt. Ich habe so etwas hier auch nicht behauptet. Ich habe nur gesagt: Er hat gesagt, dass es geht.

Natürlich muss man dann untersuchen, wie das sauber gemacht werden kann und wie der Platz gestaltet werden kann. Natürlich kostet das auch Geld. Es kostet aber nicht jedes Jahr 5 Millionen Euro, und zwar bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Ohne Fördermittel schon!)

Und das mit den Fördermitteln reden Sie sich doch nur ein. Sie erzählen das jetzt hier. Es gibt überhaupt - -

(Martin Börschel [SPD]: Fragen Sie doch den Kulturdezernenten! Das hat er gerade gesagt! - Gegenruf von Andreas Köhler [CDU]: Das hat er nicht!)

- Er hat gerade gesagt, wir könnten das in Düsseldorf auch anders beantragen, wenn wir es denn nur wollten. Aber Sie wollen es nicht. Das ist doch klar.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (Deine Freunde): Danke schön. - Ich könnte noch stundenlang etwas zu diesem ganzen Prozess erzählen. Das muss jetzt aber nicht sein.

Herr Börschel, trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass ich diese Rechnungen nicht verstehe. Herr Quander hatte das auch schon einmal im Kulturausschuss gesagt. Natürlich verliert man dadurch Planungskosten usw. Das müsste aber einmal beziffert werden. Man kann das nicht einfach nur kritisieren und so tun, als ob es teurer wäre, ein Museum nicht zu bauen.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn man es gar nicht baut, wie die CDU das will, ist es natürlich billiger!)

Dann ist zwar Geld verloren. Folgt man Ihrem Antrag, kommen auf die Stadt aber weitere

Kosten zu, obwohl der LVR einen Großteil der Betriebskosten übernimmt. Jetzt kommt langsam heraus, dass Sie trotzdem 5 Millionen Euro pro Jahr zahlen. Selbst wenn es nur 3 Millionen Euro sein sollten, handelt es sich doch um enorme Summen. Man muss den Verlust, den man hat, wenn man diese Planung jetzt dummerweise einstampfen muss, doch einmal dagegenrechnen. Dann wird man feststellen, dass man nach sehr kurzer Zeit doch günstiger davonkommt, wenn man kleiner oder sparsamer baut, auch wenn man bisher entstandene Kosten in den Wind geschrieben hat.

Weil Sie es angesprochen haben, will ich auch noch ganz kurz etwas zu der Debatte um das Schauspielhaus sagen. Uns wird ja immer wieder aufs Neue entgegengehalten: Wir haben euch von Anfang an gesagt, dass die Sanierung teurer wird; das ist ein dummes Luxusprojekt, das ihr verfolgt habt. - Dabei wird überhaupt nicht mehr der Neubau erwähnt, den Sie geplant haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Neubau war mit 300 Millionen Euro veranschlagt. In der Vorlage war von einem Kostenrisiko von plus/minus 20 Prozent die Rede. Dann wäre man eventuell bei 360 Millionen Euro gelandet. Wir haben seinerzeit nicht nur deshalb für die Sanierung plädiert, weil sie a) günstiger ist als der damals geplante Neubau, sondern auch, weil damit b) ein Denkmal in Köln geschützt wird. Sie tun jetzt so, als wollten Sie damals gar nichts gebaut haben und als hätten wir uns die 250 Millionen Euro sparen können. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf die Elbphilharmonie Hamburg verweisen, die immer gerne als Beispiel dafür genannt wird, wohin solche Neubauten führen.

Weil hier immer so getan wird, als habe der Landschaftsverband jetzt dieses Projekt dankenswerterweise übernommen, möchte ich zur Klarheit auch noch Folgendes sagen: Es ist ein politischer Beschluss. Dieser Beschluss ist bislang auch nur im Kulturausschuss gefallen. Er ist noch gar nicht rechtsverbindlich. Zuerst muss es nämlich auch noch der Landschaftsausschuss beschließen. Da müssen Sie sich noch ein paar Tage gedulden.

(Martin Börschel [SPD]: Das steht doch im Antrag drin!)

- Ja, das steht im Antrag drin. Aber es ist nicht so, dass die Verwaltung des LVR jetzt vor Freude

aufgesprungen wäre. Sie war ja wohl überhaupt nicht an diesen Verhandlungen beteiligt, die die Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und FDP von LVR und Stadt Köln tatsächlich im Hinterzimmer - oder wo auch immer getroffen - geführt haben. Es gibt in der Verwaltung des LVR also große Vorbehalte dagegen, dieses Projekt zu übernehmen.

Zur Wahrheit gehört zum Beispiel auch - das wurde heute noch gar nicht erwähnt -, dass die Stadt Köln für Bodendenkmalpflege hier selber zuständig ist, dass das also gar nicht in die Zuständigkeit des Landschaftsverbandes fällt.

Weil so viele Dinge bei diesem ganzen Projekt krumm laufen, möchte ich Sie und auch den Herrn Oberbürgermeister doch bitten, wirklich zu gucken, ob das Projekt in dieser Form finanziert werden kann, und darüber nachzudenken, es günstiger zu machen. Das Römisch-Germanische Museum möchte sich vergrößern, wie wir neulich im Kulturausschuss gehört haben. Das Kölnische Stadtmuseum möchte sich ebenfalls ein bisschen ausdehnen und auch neue Räume bekommen, nachdem der letzte Sponsor verprellt wurde. Warum denken wir nicht jetzt darüber nach, wie wir die Funde aus der Archäologischen Zone neu in die vergrößerten Museen integrieren können?

Was mich am allermeisten ärgert, ist die Situation der armen Direktoren der anderen Museen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Diese Direktoren müssen im Kulturausschuss und in anderen Ausschüssen immer zu Kreuze kriechen, weil sie ihre Budgets nicht einhalten können. Die ganzen Museen sind seit Jahren unterfinanziert. Gleichzeitig bauen wir ein neues Museum, womit vollkommen klar ist, dass wir den bestehenden Museen keinen Cent mehr geben können.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Antrag.

Dazu liegen Änderungsanträge vor. Ich schlage vor, dass wir zuerst über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann, dann über den Änderungsantrag der CDU, danach über den Änderungsantrag von pro Köln und anschließend über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP mit der von Herrn Professor Quander

formulierten Modifizierung abstimmen. - Bitte schön.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister, wir haben gerade geklärt, dass wir von der CDU-Fraktion unseren Antrag gemeinsam mit dem Antrag von Herrn Hoffmann stellen. Das wird also zusammengefasst.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben also einen gemeinsamen Änderungsantrag von Herrn Hoffmann und der CDU.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen zusammengefassten Antrag. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die Fraktion pro Köln, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag von pro Köln. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Dann ist er abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der FDP und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dieser Antrag so angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

### **3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Transparente Darstellung der städtischen Leistungen und Gebühren“ AN/1773/2012**

#### **Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1824/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Henk-Hollstein, bitte.

**Anna-Maria Henk-Hollstein** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Mitbürger und Mitbürgerinnen! Spätestens mit der Vorstellung der

Sparvorschläge der Stadtverwaltung in dieser Woche ist hoffentlich auch beim letzten Bürger unserer schönen Stadt angekommen, dass wir sparen müssen. Dafür benötigen wir Akzeptanz, Verständnis und vor allen Dingen Transparenz in der in den nächsten Wochen und Monaten anstehenden Haushaltsdiskussion.

Diese Akzeptanz, die wir Kommunalpolitiker von den Bürgern unserer schönen Stadt benötigen, können wir nur erhalten, wenn wir auch transparent sind, und zwar in unserem politischen Handeln und in unserer Gebührenstruktur;

(Beifall bei Teilen der CDU)

denn der Bürger ist der Leistungsempfänger vieler städtischer Angebote - Bildung und Kultur, Soziales, Ver- und Entsorgung, Freizeit und Erholung, Transport und Verkehr und vieles andere mehr.

Bei Teilen dieser Angebote ist die Stadt gesetzlich verpflichtet, kostendeckende Gebühren zu verlangen, zum Beispiel bei Abwassergebühren und KAG-Maßnahmen. Andere Leistungen werden durch Steuergelder bezuschusst, damit sie für den Bürger überhaupt erschwinglich werden.

Nur durch die Darstellung des Kostendeckungsgrades sowie der spezifischen Zuschüsse kann auch ehrlich diskutiert werden, was wir uns als Stadtgesellschaft leisten wollen und können. Jetzt höre ich Sie schon sagen: Das Projekt der Darstellung können wir uns aber nicht leisten; das sind schon wieder neue Ausgaben. - Ich sage Ihnen: Das ist im Sinne von Transparenz und Bürgerfreundlichkeit eine notwendige Ausgabe und somit auch eine notwendige Aufgabe.

Es muss ja nicht gleich die Broschüre wie in München sein. Auch eine ansprechende übersichtliche Darstellung im Internet würde uns genügen. In unserem Beschluss steht deutlich:

Die Verwaltung wird beauftragt, ... eine transparente Darstellung der kommunalen „Daseinsvorsorge“ Kölns aufzuzeigen.

Wie die Verwaltung das macht, ist ihr freigestellt. Insofern bedarf es auch nicht einer Prüfung dieser Darstellung; denn die Verwaltung wird uns schon sagen, was geht und was nicht geht.

Der Verwaltungsaufwand dürfte auch nicht zu hoch sein, da die Daten im Rahmen des

Kostencontrollings und des NKF bereits vorliegen müssten. Es bedarf lediglich einer redaktionellen Aufarbeitung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, daher ist Ihr Ersetzungsantrag überflüssig. Man könnte glatt den Eindruck gewinnen, dass Sie das nur machen, weil wir eine gute Idee hatten und Sie den Fuß mit in der Tür haben möchten. Deshalb bitten wir Sie, diesen Ersetzungsantrag zurückzunehmen und unserem Beschlusssentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Frau dos Santos.

**Susana dos Santos Herrmann (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz. In der Tat, Frau Henk-Hollstein - das gebe ich zu -, hatten Sie eine gute und richtige Idee. Aber selbst bei guten und richtigen Ideen kommt es immer darauf an, Maß und Ziel im Auge zu behalten. Wir bleiben dabei, dass Ihr Antrag aus unserer Sicht - zumindest so, wie er formuliert ist - der Verwaltung deutlich überdimensionierte Aufgaben zuweist.

Wir wollen Ihrem Ziel, Transparenz herzustellen, folgen. Diese ist ja durchaus gegeben, aber sie ist in der Tat für viele Bürgerinnen und Bürger nicht auf den ersten Blick oder auf einen Klick, wenn Sie so wollen, sichtbar. Deswegen ist die Bündelung dieser Informationen, wie Sie sie vorschlagen, auch völlig in Ordnung. Das tragen wir gerne mit. Aber wir möchten die Verwaltung beauftragen, uns das in einem Rahmen zu ermöglichen, dass Kosten und Verwaltungsaufwand dafür nicht in einem unangemessenen Verhältnis stehen. Denn am Ende kommt es darauf an, dass wir die Leistungen erbringen können, und nicht, dass wir in vielen Tabellen darstellen, was sie kosten und welche Gebühren wir dafür erheben müssen. Selbstverständlich sollen die Bürgerinnen und Bürger das wissen. Die Frage ist aber: In welchem Verhältnis steht das Ausmaß zur eigentlichen Aufgabe?

Wir sind der Auffassung, dass unser Prüfauftrag hier deutlich präziser ist und dennoch Ihrem Anliegen entgegenkommt. Deswegen sage ich: Wenn Sie Ihr Ziel wirklich ernst nehmen, dann folgen Sie unserem Ersetzungsantrag; denn er

präzisiert die Aufgabe und macht es der Verwaltung deutlich leichter, einen vernünftigen Vorschlag zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Henk-Hollstein, ich möchte noch einmal an die Aktuelle Stunde von eben erinnern. Wenn es darum geht, über Sparen und Konsolidieren zu reden, dann sind die Vorschläge aus Ihrer Fraktion immer mit sehr viel Bombastik und Brimborium versehen. Wenn es aber in die Niederungen der Praxis geht, spielt Geld offenbar keine Rolle. Das ist bei fast allen Ihren Anträgen so, so auch hier. Das läuft doch auf nichts anderes als eine Hochglanzbroschüre hinaus, statt die Dinge so präzise und knapp zu fassen - dafür dient ja auch das Internet - und dem Bürger in schlanker Form die wesentlichen Kennziffern und Daten an einer Stelle zu präsentieren. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen Ihrem Ursprungsantrag und unserem Änderungsantrag. Wenn in der Debatte in der Aktuellen Stunde nur ein Funken Ernst enthalten war, sollten Sie unserem Änderungsantrag folgen und nicht umgekehrt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Auf meiner Liste steht noch Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten hier nicht zu scharf schießen; denn das ist ja originär ein Produkt von Roten und Grünen, insbesondere denen aus München. Die machen übrigens gute Arbeit, auch Herr Oberbürgermeister Ude.

Ich habe hier eine interessante Broschüre.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich kenne sie schon.

**Ulrich Breite (FDP):** Sie kennen sie schon? - Gut. Dann werden Sie mir sicherlich zustimmen,

dass insbesondere die Art der Darstellung der Gebühren sehr interessant ist. Das hat schon einigen Informationswert. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger würde das schon interessieren. Es sieht dort beispielsweise auch nicht so gut aus für die Kultur. Anhand dieser Broschüre lässt sich nämlich feststellen, wie viel Geld von städtischen Beteiligungen in diesen Bereich fließt.

Ich würde dem Antrag der CDU gerne zustimmen. Wir können ja auch von München lernen. Man kann durchaus auch mal von Rot und Grün lernen; so sind wir ja nicht.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Was denn nun? Wo soll es denn hingehen? - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nach allen Seiten offen!)

- Eine solche Broschüre zu machen, sollte uns bei unserer Erfahrung mit den Katalogen für die vielen Ausstellungen hier nicht schwerfallen; seien wir doch mal ehrlich.

Sollte der Antrag der CDU nicht angenommen werden, würde ich auch dem Änderungsantrag von SPD und Grünen zustimmen. Denn sie haben ja jetzt gelernt: Im Internet kann man das auch machen. Wir sind ja innovativ. Uns geht es darum, den Informationswert weiterzugeben. Da sind wir als Liberale ganz offen. - Danke schön.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Frau Henk-Hollstein hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

**Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU):** Herr Oberbürgermeister! Herr Kollege Frank, auf Ihren Wortbeitrag muss ich jetzt doch noch einmal eingehen; denn ich hatte gerade den Eindruck, dass Sie mir nicht zugehört haben.

(Karsten Möring [CDU]: So ist es!)

Ich habe sehr deutlich gesagt, dass wir uns vorab mit einer Internetversion einverstanden erklären können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Genau!)

In der Tat, wer sich die Internetseite von München und diese Broschüre ansieht - ich habe sie mir sogar in Farbe ausgedruckt -, stellt fest: Das ist wirklich sehenswert, auch das Zahlenwerk ist sehr sehenswert.

Ich habe außerdem gesagt, dass es eigentlich keiner großen Ausgaben bedarf, weil diese Informationen längst in der Verwaltung vorhanden sind.

Ich kann aber gerne im Gegenzug den Vorschlag unterbreiten, dass wir im ersten Satz den Teil „vergleichbar mit der von der Landeshauptstadt München herausgegebenen Broschüre“ streichen. Damit ist der Verwaltung völlig frei gestellt, wie sie die Darstellung aufbereitet und realisiert. Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass das Internet der beste Weg ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Zur Frage, ob man zu einem gemeinsamen Antrag kommt? - Dann lasse ich abstimmen.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken und der FDP sowie Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Enthaltung vonseiten der Fraktion der CDU und der Fraktion pro Köln.

(Reinhard Houben [FDP]: Herr Oberbürgermeister, es tut mir leid, wir konnten leider nicht erkennen, wie die CDU-Fraktion abgestimmt hat!)

- Ich habe es aber gesehen von hier oben: Die CDU hat sich enthalten. - Damit erübrigt sich die Abstimmung über den Antrag der CDU. Ich sehe, damit sind Sie einverstanden. Der Änderungsantrag von SPD und Grünen ist somit angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

### 3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Free Tommy Robinson" – Für Meinungsfreiheit, Toleranz und Demokratie in ganz Europa" AN/1774/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Wolter.

**Judith Wolter** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen von der Situation der

politischen Opposition in einem europäischen Land erzählen, von systematischer Benachteiligung, Kriminalisierung und Ausgrenzung. Ich bin mir sicher, dass Sie empört über diese Zustände sein werden.

In dem besagten Land findet eine einmalige und systematische Hetze gegen die Opposition statt. Diese fängt damit an, dass man sie inhaltlich in eine politische Ecke drängt, die sie selbst bekämpft und von der sie sich distanziert. Zeitungen, Fernseh- und Radiosender, Vereine und staatliche Institutionen sind involviert.

Der besagten politischen Opposition werden zum Beispiel von staatlichen Banken die Konten gekündigt bzw. eine Kontoeröffnung nicht gewährt, obwohl diese Institute dazu verpflichtet sind. So wird ihr die Teilhabe am Giroverkehr nicht ermöglicht und die Arbeit erschwert.

Der besagten Opposition werden Veranstaltungsräume nicht genehmigt, bzw. es wird Druck auf Besitzer und Vermieter ausgeübt, ihr keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Teilweise wird mit einer Existenzvernichtung gedroht.

Die angesprochene Opposition wird in den Medien gezielt diffamiert und benachteiligt. Anzeigen in Zeitungen können nicht geschaltet werden. Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen. Es finden regelrechte Hetzkampagnen statt. Allgemein lässt sich sagen, dass ein gerechter Zugang zu den Medien nicht gegeben ist.

Die besagte Opposition wird gezielt von staatlicher Stelle kriminalisiert. Unter fadenscheinigen Behauptungen werden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Es werden Politiker festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Druck auf Mitglieder wird ausgeübt. Es wird versucht, öffentliche Veranstaltungen zu verhindern. Teilweise wird die Versammlungsfreiheit nicht gewährleistet.

Meine Damen und Herren, Sie werden wahrscheinlich denken, ich spreche über die Verhältnisse in der Ukraine, Weißrussland oder Russland. Nein, dies sind Zustände in Deutschland und Großbritannien im Jahre 2012.

(Beifall bei pro Köln)

Die politische Opposition wird in Deutschland systematisch benachteiligt, kriminalisiert und ist de facto vogelfrei. Das Gleiche gilt offenbar für England, wie man an der Inhaftierung des

friedliebenden Islamkritikers Tommy Robinson erkennen kann.

(Lachen bei Claus Ludwig [Die Linke.] )

In den letzten Wochen hat sich die politische Benachteiligung der Opposition in Deutschland noch spürbar verschärft. Mit Jörg Uckermann ist ein Politiker unserer Bürgerbewegung grundlos in Untersuchungshaft genommen worden.

(Lachen bei der Linken.)

Dieses Vorgehen verfolgt nur den Zweck, politische Oppositionsarbeit zu kriminalisieren und die Menschen, die sich für diesen Weg entschieden haben, einzuschüchtern.

(Claus Ludwig [Die Linke.]: Wie viele Sitzungen haben Sie denn abgerechnet, Frau Wolter?)

Pluralismus im politischen Bereich ist eine Grundvoraussetzung für Demokratie. Herrscht bloß eine Meinung, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis daraus eine Diktatur entsteht. Schon heute existieren in Deutschland und Europa große Demokratiedefizite. Wir brauchen nicht mit dem Finger auf Russland, China, die Ukraine oder Nordkorea zu zeigen, sondern müssen die Defizite erst einmal in unserem eigenen Land bekämpfen.

Die US-Regierung um Barack Obama hat in einem Bericht über die Meinungsfreiheit in Europa den Umgang mit uns stark kritisiert. Dies sollte Ihnen allen zu denken geben.

Unsere Resolution richtet sich gegen diese Entwicklungen. Politische Gegner müssen politisch bekämpft werden und nicht, indem man sie kriminalisiert und einschüchtert oder gar inhaftiert.

Tommy Robinson, der mit bürgerlichem Namen Stephen Lennon heißt, gilt als einer der profiliertesten Islamkritiker Europas. Wir halten es daher für unerlässlich, uns für seine Freilassung einzusetzen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich will das nicht unkommentiert lassen und deutlich machen, dass der Haftrichter, der hier die Entscheidung getroffen hat, nicht grundlos jemanden in Haft genommen hat. Vielmehr haben gute Gründe vorgelegen, dies so zu tun.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das wissen Sie?)

Das ist eine Diffamierung unserer Justiz.

(Beifall bei der SPD, der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.7:

**3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Zwischennutzung städtischer Leerstände für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte" AN/1698/2012**

Für die Antragsteller Herr Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In 2008 wurde die ehemalige Schnapsfabrik in Köln-Kalk von jungen, engagierten Menschen zu einem selbstverwalteten Kulturzentrum umgewandelt.

(Lachen bei der FDP)

Ausstellungen, Konzerte, Kunsthandwerk fanden dort statt. Aber dieses Kulturzentrum wurde nach einem halben Jahr von der Bauaufsicht geschlossen. Die jungen Menschen suchten nach einer Alternative. Sie wandten sich an die Stadtverwaltung und an die Fraktionen, aber ohne Erfolg. Um irgendeine Möglichkeit zu haben, ihr Projekt umzusetzen, besetzten sie schließlich die KHD-Kantine in Kalk. Das ist ein Gebäude - derzeit noch im Eigentum der Sparkasse, in Zukunft im Eigentum der Stadt -, das seit zehn Jahren leer stand.

Die KHD-Kantine ist instand besetzt, Heizung Strom und Wasser sind angestellt, und eine Versicherung ist abgeschlossen, nachdem die Sparkasse mit dem selbstverwalteten, also autonomen Zentrum einen Mietvertrag vereinbart hatte.

(Reinhard Houben [FDP]: Mieterhöhungen!)

Mit einem Konzept zur Zwischennutzung von Leerständen hätte man diese einvernehmliche

Lösung deutlich früher erreichen können - ohne Stress und Streit.

(Lachen und Zurufe von pro Köln)

Diese Initiative zur Schaffung eines selbstverwalteten Kulturzentrums ist aber nicht das einzige derartige Projekt, es gibt viele Projekte mehr. Wir alle wissen: Es gibt Künstler und Kulturgruppen, die an solchen Objekten interessiert sind und immer wieder die Stadtverwaltung fragen, ob sie dafür Gebäude zur Verfügung stellen kann.

Gleichzeitig gibt es ungenutzte Flächen und Leerstände bei der der Stadt Köln.

(Markus Wiener [pro Köln]: Dürfen wir die auch besetzen, Herr Detjen?)

Laut Bericht der Verwaltung vom 17. April 2012 gibt es 49 000 Quadratmeter stadteigene Leerstandsflächen und leerstehende angemietete Flächen von 3 500 Quadratmetern. Es gibt insgesamt 200 leerstehende Objekte. 29 Prozent diese Leerstandsflächen gelten als „nicht vermarktbar“, so sagt es die Verwaltung. Diese Leerstände ergeben Kosten in Höhe von insgesamt 280 000 Euro pro Jahr. Die Stadt muss mit ihren Ressourcen verantwortungsvoll umgehen - gerade in Zeiten knapper Kassen. Das bedeutet aber auch, die städtischen Ressourcen nicht ungenutzt zu lassen oder zuzusehen, wie sie verfallen.

Die Fraktion Die Linke will, dass diese Flächen genutzt werden. Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag „Zwischennutzungen städtischer Leerstände für kulturelle, gärtnerische und soziale Projekte“ eingebracht haben. Im ersten Schritt sollen auf diese Weise städtische Flächen zur Verfügung gestellt werden. In einem zweiten Schritt sollen auch das Land, der Bund und private Eigentümer einbezogen werden.

Für uns überraschend haben am selben Tag, an dem wir unseren Antrag in den Rat eingebracht haben, SPD und Grüne einen ähnlichen Antrag in Sachen Zwischennutzung gestellt. Dieser Antrag mit dem Titel „Zwischennutzung als Instrument der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung“ zielt auf die Förderung kleiner, neu gegründeter Unternehmen. Sie haben Ihren Antrag in den Wirtschaftsausschuss eingebracht; auch die anvisierte Zwischennutzungsbörse soll im Wirtschaftsdezernat angesiedelt werden.

Zwischennutzungen nur als Instrument der Wirtschaftsförderung zu betrachten, ist uns aber zu kurz gedacht. Wir haben die Förderung von

Initiativen und Projekten in den Bereichen Kultur, Umwelt und Soziales im Blick. Wir wollen ihnen die Ressourcen zur Verfügung stellen, die die Stadt bislang ungenutzt stehen lässt. Wir sind nicht dagegen, auch gewerbliche Projekte mit Zwischennutzungen zu bedienen. Es müssen aber klare soziale, kulturelle und ökologische Prioritäten gesetzt werden. Unser Antrag setzt in der Beziehung die richtigen Schwerpunkte. Deshalb bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön, Herr Detjen. - Herr van Geffen, bitte.

**Jörg van Geffen (SPD):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Ratsantrag der Linken zur Zwischennutzung leerstehender städtischer Flächen und Gebäude steht inhaltlich unserem rot-grünen Antrag zur Zwischennutzung leerstehender Gewerbe- und Büroräume sehr nahe, den wir bereits im letzten Wirtschaftsausschuss gestellt und beschlossen haben; Herr Detjen hat das eben erwähnt. Auch von den lokalen Medien wurde dieses Thema bereits positiv aufgenommen. Ich möchte Ihnen aber noch ganz kurz erläutern, was wir im Wirtschaftsausschuss beschlossen haben und welche Aspekte aus Sicht der SPD-Fraktion besonders wichtig waren.

Zunächst einmal: Es ist ein Prüfauftrag. Wir möchten von der Verwaltung wissen, ob es sich hierbei um ein geeignetes Instrument der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung handelt, und zwar für Köln. Wir haben auch von positiven Beispielen in anderen Städten gehört. Wir fragen uns, ob das eins zu eins auf Köln übertragbar ist. Ganz wichtig ist uns auch, dass die vorgesehene Nachnutzung durch die Zwischennutzung nicht gefährdet ist und ohne Einschränkungen erfolgen kann.

Wenn diese Aspekte geprüft wurden und uns das Ergebnis im Wirtschaftsausschuss präsentiert worden ist, werden wir über das Ob und das Wie zu Zwischennutzungen in Köln entscheiden - genau dann erst. So steht es im ersten Satz des Beschlusstextes, und so ist es unsererseits auch gemeint. Deswegen halten wir es für verfrüht, wenn heute der Antrag der Linken beschlossen würde. Es ist der Verwaltung natürlich unbenommen, die Anregungen aus dem Antrag

der Linken in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Herr Frank.

**Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen):** Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Herr Detjen, Sie sagten eben, Ihr Antrag für den Rat sei zeitgleich mit dem Antrag von SPD und Grünen für den Wirtschaftsausschuss veröffentlicht worden. Herr Detjen, so einfach ist die Geschichte nicht. In unserem Newsletter haben wir im Juni 2012 unter dem Titel „Neue Gestaltungschancen auf Zeit - Zwischennutzungen“ auf einer Seite unsere Vorstellungen, was geleistet werden muss, dargestellt. Was uns, gelinde gesagt, etwas verwundert hat, ist, dass Sie in Ihren Antrag weite Passagen aus unserem Artikel einfach übernommen haben.

(Reinhard Houben [FDP]: Guttenberg!)

Bei allem politischem Wettbewerb: Ich finde, das ist nicht die richtige Art und Weise, so billige Plagiate zu produzieren. Allein schon deshalb ist Ihr Antrag schlicht und einfach überflüssig.

Fakt ist, dass wir einen entsprechenden Beschluss im Wirtschaftsausschuss gefasst haben - Herr van Geffen hat eben darauf hingewiesen - und es insofern nicht noch eines Nachkartens hier im Rat bedarf, schon gar nicht von Ihnen, wenn Sie sich mit Textbausteinen aus unserem Newsletter bedienen. Ich finde, das ist eine seltsame Art, Politik zu machen.

Ich will aber noch auf einen weiteren, mir sehr wichtigen Gesichtspunkt hinaus. Unser Antrag schlägt kein Subventionsvorhaben für Kultur- oder sonstige Förderung vor, einfach weil es die schon gibt. Aus dem Etat des Liegenschaftsdezernats werden jährlich etwa 1 Million Euro an Miet- und Pachtsubventionen für Gebäude und Ateliers ausgekehrt, die von kulturellen Einrichtungen genutzt werden. Das ist eine gute Geschichte; dazu stehen wir. Das jetzt noch weiter auszubauen, halte ich auch angesichts der Haushaltslage für kaum machbar.

Uns geht es darum, in erster Linie städtische, aber auch andere leerstehende Objekte einer Zwischennutzung zuzuführen. Aufgabe der Stadt kann es dabei nur sein, dies zu systematisieren

und öffentlich darzustellen. Natürlich wäre es ideal, wenn auch Grundstücke und Gebäude dazugehörten, die nicht im städtischen Besitz sind, und sie so darzustellen - wir wissen ja, dass es ein breites Interesse gibt -, dass Angebot und Nachfrage zusammentreffen. Was die beiden Seiten dann vertraglich vereinbaren, ist Angelegenheit von Mieter und Vermieter, nicht aber Sache der Stadt. Dieses Verfahren ist insbesondere eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung, richtet sich aber nicht allein an Handwerksbetriebe, Freiberufler und die Kreativwirtschaft, sondern an jeden, der etwas nachfragt. Deshalb erwähnen wir explizit in unserem Antrag auch all diejenigen, die sich in der Bewegung Mobile Gärten engagieren; das gibt es ja schon an mehreren Orten in Köln.

Das heißt: Unser Antrag beinhaltet die gesamte Bandbreite von Zwischennutzungen und bedarf keiner Zusetzungen, wie Sie sie jetzt vorschlagen. Insbesondere ist das, denke ich, kein Instrument einer speziellen Subventionierung. Da haben Sie, glaube ich, etwas gründlich missverstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

**Manfred Wolf (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Äußerlich sieht es so aus, als hätten sich die Linken mit ihrem Antrag sehr viel Mühe gemacht - dazu hat ja mein Vorredner schon etwas gesagt -, aber in der Begründung zeigt sich dann, wohin die Reise gehen soll: Im Wesentlichen sollen illegale Besetzungen legalisiert werden. Da können wir Liberalen natürlich nicht mitmachen; denn unseres Erachtens muss Recht Recht bleiben.

Wie eben schon erwähnt, sind am 22. Oktober zwei Anträge zeitgleich im Büro des OB eingegangen. Da stellt sich natürlich die Frage: Wer hat von wem abgekupfert?

(Jörg Detjen [Die Linke]: Das Autonome Zentrum hat das alles gesteuert!)

- Ich wusste, dass Sie gesteuert werden, Herr Detjen. Das ist nichts Neues für mich.

(Beifall bei der FDP)

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Herr van Geffen hat recht, wenn er sagt: Der Antrag von Rot-Grün wurde im Wirtschaftsausschuss angenommen. Wir sollten erst einmal das Ergebnis abwarten, ehe wir weiterdenken. - Deshalb kann ich der Linken an sich nur vorschlagen, ihren Antrag zumindest zurückzustellen. Ansonsten werden wir den Antrag ablehnen, zumal er unseres Erachtens in Abschnitt II. gegen § 107 GO verstößt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Wolf. - Dann kommen wir zu Herrn Wiener.

**Markus Wiener (pro Köln):** Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen. Falls dieses kombinierte Vorgehen der diversen Linksparteien hier im Kölner Rat tatsächlich dazu führen sollte, dass die linksextreme Hausbesetzung in Köln-Kalk doch weitergeht und damit der anders lautende Ratsbeschluss aus dem Februar letztendlich ausgehebelt wird, falls das der Weg sein sollte, den die Mehrheit hier einschlagen will, dann werden wir im nächsten Jahr auf jeden Fall unsere Demonstrationstätigkeit im Stadtbezirk Kalk wieder aufnehmen und das dann natürlich zu einem zentralen Punkt in unserem Kommunalwahlkampf 2014 in Kalk machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Detjen noch einmal.

**Jörg Detjen (Die Linke.):** Lieber Kollege Frank, den Newsletter lese ich nicht. Ich habe den noch nie gesehen. Insofern ist mir das sozusagen fremd.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür hast du deine Leute!)

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Wir haben unseren Antrag das erste Mal im Juni dieses Jahres in der Fraktion beschlossen. Wir haben ihn damals nur deshalb nicht eingebracht, weil zu diesem Zeitpunkt die Haushaltsberatungen stattfanden. Das hätte nicht gepasst. Das ist der

Hintergrund. Wir werden den Teufel tun, bei Ihnen etwas abzuschreiben.

Wenn man die beiden Anträge etwas genauer liest, stellt man die Unterschiede fest. Wir wollen etwas ganz anderes als Sie. Ich will schon eine Subventionierung: eine Nullsubventionierung bei zur Verfügung stehenden Flächen zur Zwischennutzung. Sie dagegen schlagen etwas ganz anderes vor. Sie wollen diese Flächen im Rahmen der Wirtschaftsförderung - vielleicht noch mit einem kleinen Obolus oder sogar einem kleinen Gewinn - vermieten. Dagegen bin ich zwar nicht grundsätzlich; aber mir geht es vor allem darum, dass ein Teil der Flächen von sozialen Projekten genutzt werden kann. Sie wissen aus dem Liegenschaftsausschuss, dass auch jetzt schon Künstlerateliers für einen Appel und ein Ei vermietet werden. Das heißt, es gibt solche Subventionierungen zum Teil schon.

Insofern kann ich nur sagen: Wir haben gut recherchiert für unseren Antrag. Das hat der Kollege von der FDP auch bestätigt. Lesen Sie den Artikel zur Zwischennutzung, der im *Stadt-Anzeiger* veröffentlicht worden ist. Sie werden feststellen: Da wurde aus unserem Antrag abgeschrieben - beispielsweise wurde die Zahl der Freiflächen genannt - und nicht aus Ihrem Antrag. - Danke schön.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist eine Mitteilung der  
Gebäudewirtschaft!)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Danke schön. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann ist der Antrag abgelehnt.

Ich übergebe die Sitzungsleitung an Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.8 auf:

**3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Öffentliches Symposium mit dem Berliner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky, Autor des Buches „Neukölln ist überall“ AN/1771/2012"**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wiener.

**Markus Wiener** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion pro Köln beantragt, ein öffentliches Fachsymposium zum Thema Integration und Integrationsprobleme mit dem Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, Autor des Buches *Neukölln ist überall*, hier in Köln durchzuführen. Ich denke, kaum ein Autor, kaum ein fachkundiger Kommunalpolitiker hat so plastisch und auch eindrucksvoll geschildert, wo es bei der Integration in Großstädten hakt, wo es Probleme gibt, insbesondere welche Probleme es mit bestimmten Zuwanderergruppen gibt, die in Stadtteilen eine Majorisierung in die Wege leiten, sodass es eben keine klassische Integration mehr gibt und sich eher die Frage stellt, wer sich eigentlich bei wem integrieren soll.

Die klassische Frage, die auch Bürgermeister Buschkowsky stellt, ist: Ist das noch meine Stadt, meine Heimat? Das denken viele Menschen, gerade auch in immer mehr Stadtvierteln und Stadtteilen in den Ballungsgebieten in Deutschland. Köln ist davon sicherlich nicht ausgenommen. Ich denke, es wäre ganz gut, wenn man sich auch mal aus sozusagen unverdächtig Ecke kritische Gedanken anhört und Anregungen geben lässt, wie es vielleicht besser gehen kann.

Buschkowsky ist ja keiner, dem man Rassismus oder gar rechtsextreme Tendenzen unterstellen kann, sondern Buschkowsky ist ja einer, dem die Integration am Herzen liegt. Er will ja, dass es funktioniert. Aber er benennt auch ehrlich - das ist ja das Geheimnis seines Erfolges - die Probleme. Es soll nichts tabuisiert und immer nur mit der gutmenschlichen Kuschelecke zugedeckt werden in der Hoffnung, dann sei alles top und alles schön, wenn wir uns nur alle lieb haben, dann passiere auch nichts und keiner müsse mit negativen Entwicklungen rechnen. Mit dieser Mär hat Buschkowsky aufgeräumt.

Wahrheit tut weh. Jeder möchte Schmerzen vermeiden, auch die Gesellschaft. Die Politik bevorzugt eine schläfrige und eher träge Betrachtungsweise dieses Themas. Buschkowsky macht es anders. Buschkowsky geht es um das Zusammenleben zwischen - stark vereinfacht ausgedrückt - In- und Ausländern in seinem Bezirk. Zur Einordnung: Laut offizieller Statistik hat Berlin-Neukölln derzeit 315 000 Einwohner. 40,7 Prozent sind

Migranten; das bedeutet 128 359 Personen. Das sind Menschen mit ausländischem Hintergrund, aber durchaus mit deutschem Pass.

Ich denke, in Köln gibt es einige Stadtteile, wo es von den Proportionen her in die gleiche Richtung geht, wo wir also ähnliche Situationen vorfinden können. Auf fast 400 Seiten reitet der Bürgermeister sein Lieblingsthema: die aus seiner Sicht verfehlte Integration vieler dieser fast 130 000 Menschen, wenn auch natürlich nicht aller. Er schreibt auch immer wieder über die zahlreichen gelungenen Beispiele, die übrigens auch wir von pro Köln hier in Köln niemals abgestritten haben. Auch in unserer Bürgerbewegung machen Menschen mit, die zugewandert sind und sich hier integriert haben. Sie machen gerade deswegen bei pro Köln mit, weil sie gerne nach Deutschland gekommen sind, weil sie ein bestimmtes Bild von Deutschland haben und weil sie wollen, dass das auch so bleibt. Sie haben sich integriert und erwarten das auch von anderen Zuwanderern. Genau so müsste es sein. Nur leider sieht die Realität oft eben anders aus.

Dieses Gefühl, dass bei der Integration gerade bestimmter Zuwanderergruppen etwas Grundlegendes nicht stimmt - dieses Gefühl haben ja viele Menschen -, zieht sich wie ein roter Faden durch Buschkowskys Buch, etwa wenn er an einem Beispiel beschreibt, was er die „alltägliche Ohnmacht“ nennt, nämlich die Furcht, in einen Unfall mit einem migrantischen Autofahrer verwickelt zu werden. Er beschreibt das als ganz plastisches Beispiel aus dem Leben: Dieser rufe per SMS-Rundruf Zeugen herbei, die aussagen, man sei schuld, auch wenn sie es gar nicht gesehen haben können. Was nach einem wertfreien Streit aussieht, ist für den Bürgermeister Ausdruck eines ernsthaften Konflikts. Im Zweifel gelte für den Zeugen nämlich, dem ethnischen Bruder zu helfen, so Buschkowsky. Denn: Was wahr ist und was nicht, hat bei einem Ungläubigen keine Bedeutung, so Buschkowsky weiter. Vielmehr - Zitat Buschkowsky - gelten Deutsche als leichte Opfer.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Markus Wiener** (pro Köln): Ich habe es vernommen, vielen Dank. Das Wesentliche ist auch gesagt, denke ich. - Ein solches Fachsymposium mit Buschkowsky wäre eine

Bereicherung. Deswegen stellen wir diesen Antrag. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über 3.1.8 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf:

**3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke.  
betreffend "Baulückenprogramm  
erhalten"  
AN/1775/2012**

Herr Detjen, bitte.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Heute besteht zum letzten Mal die Chance, das Baulückenprogramm zu erhalten und nicht plattzumachen, wie es die Verwaltung plant. Es ist eine politische Entscheidung von Ihnen, meine Damen und Herren Ratsmitglieder, hier eine andere Richtung einzuschlagen. Aufgrund der aktuellen Wohnungssituation wäre es fatal, wenn Sie die bisherigen Kenntnisse, Erfahrungen und Erfolge bei der Schließung der Baulücken praktisch auslöschen würden.

Inzwischen kümmern sich nur noch drei Mitarbeiter - früher waren es elf - in der Verwaltung um die Schließung von Baulücken, und dennoch machen sie eine erfolgreiche Arbeit. In den letzten Jahren konnten durch die Arbeit der Kollegen jährlich 500 Wohnungen zusätzlich gebaut werden.

Wir müssen doch einmal ehrlich eingestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen - wir haben damals gemeinsam das Wohnungsbauprogramm verabschiedet; ich bin auch weiterhin dafür -: Das Wohnungsbauprogramm hat im Gegensatz zum Baulückenprogramm bisher keine Wohnungen geschaffen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Was habe ich Ihnen denn gesagt?)

- Das ist so. Man muss der Realität ins Auge sehen. - Wenn wir ein Programm beschließen

und 30 Millionen Euro als Kreditmasse zur Verfügung stellen und dann passiert nichts, gleichzeitig schließt man aber ein Programm, das sich über Jahre bewährt hat, dann ist das - das muss ich sagen - nicht nur ziemlich fatal, sondern auch ziemlich dumm.

Ich möchte hier auch betonen, dass wir nicht die Einzigen sind, die den Erhalt des Baulückenprogramms fordern. Auch der Mieterverein und sogar der Haus- und Grundbesitzerverein fordern das. Das ist ein sonderbares Bündnis; das gebe ich zu. Aber daran können Sie erkennen, dass es angesichts der guten Arbeit, die die Mitarbeiter machen, fatal wäre, hier den Kahlschlag anzusetzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal drauf hinweisen, dass die Verwaltung im Juni dieses Jahres in einer Anfrage selbst mitgeteilt hat - Herr Höing -, dass es noch 2 200 Baulücken gibt, die man schließen könnte. Nur, die Verwaltung wird diese Baulücken nicht schließen können, wenn sie die Abteilung, die sich um dieses Programm kümmert, auf eine Person reduziert. Dann kann man es gleich lassen. Das ist meine Position dazu.

Deswegen treten wir dafür ein, dass dieses Programm zumindest so lange fortgeführt wird, bis die Haushaltsberatungen abgeschlossen sind. Das muss natürlich im Haushalt stehen. Wenn die Mittel nämlich nicht im Haushalt eingestellt sind, dann ist eine klare Entscheidung getroffen. Aber noch kann es fortgesetzt werden. Zumindest bis April/Mai könnten drei Fachleute weiterhin an dem Thema arbeiten. Es ist davon auszugehen, dass bis dahin noch ein paar Wohnungen auf diesem Wege gebaut werden, auf jeden Fall mehr als die, die mit dem Wohnungsprogramm nicht gebaut werden.

Ich möchte mit einem Zitat aus einer Presseerklärung der Verwaltung aus dem Jahr 2011 zum Baulückenprogramm enden - ich zitiere -:

Bundesweit keine andere Stadt hat einerseits so viele neue Wohnungen in Baulücken oder auf minder genutzten Grundstücken geschaffen und andererseits dadurch eine so große Zahl städtebaulicher Missstände beseitigt wie Köln.

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag. Wie gesagt, wir haben überhaupt kein Problem, das im Rahmen der Haushaltsberatungen zu

beraten. Uns ist wichtig, dass diese drei Personen ihre Arbeit fortsetzen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Detjen. - Herr Zimmermann, bitte.

**Michael Zimmermann (SPD):** Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen. Mit diesem Antrag der Linken haben wir ein Novum erreicht: Die Kämmerin hat den Haushalt überhaupt noch nicht eingebracht, und die Linken stellen schon den Antrag, einen Posten wieder zurückzunehmen. Das können wir natürlich zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht ernsthaft diskutieren, weil uns der Haushaltsplanentwurf noch gar nicht vorliegt. Das können wir erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen diskutieren. So lautet auch mein Plädoyer, nämlich zu beschließen, diesen Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Da kann man das ernsthaft diskutieren.

Herr Detjen hat eben gesagt, das müsse heute unbedingt beschlossen werden. Dazu noch ein Wort: Die drei Leute, die dort arbeiten, lösen sich ja nicht in Luft auf, sondern sie werden weiterhin dort arbeiten. Ich vermute, dass die Verwaltung die Stellen mit einem kw-Vermerk, „künftig wegfallend“, versieht. Das heißt, das wird irgendwann vollzogen. Also: Es gibt überhaupt keinen Grund, das heute zu beschließen, auch weil wir noch gar nicht genau wissen, was vorgeschlagen ist.

Ich will noch einen Punkt zur Sache selbst sagen. Wir alle sind uns einig - Sie haben das ja sehr engagiert hier vorgetragen, Herr Detjen -, dass dieses Baulückenprogramm ein sehr erfolgreiches Programm war.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: War!)

- Ja, es war ein sehr erfolgreiches Programm. Wir haben über 20 000 Wohnungen damit neu geschaffen. Es sind sicherlich noch Potenziale vorhanden; aber es wird immer schwieriger werden, diese Potenziale zu heben.

Ich will nur sagen: Für uns ist es schon wichtig, dass die Aufgabe „Baulückenprogramm“ weiterhin von der Verwaltung wahrgenommen wird. In welcher Form sie wahrgenommen wird, darüber kann man diskutieren: ob es sinnvoll ist, es so zu machen wie bisher, oder ob es

sinnvoller ist, es in Zukunft anders zu machen. Einige Vorschläge konnte man ja schon der Presse entnehmen. Ich habe es so verstanden, dass diese Aufgabe zwar erhalten bleibt, Sie sie aber neu organisieren wollen. Deswegen meine Frage an Herrn Höing mit der Bitte um Beantwortung: Gibt es künftig auch weiterhin eine Baulückenberatung und, wenn dem so ist und es zu einer Neuorganisation kommt, reicht das dann aus Ihrer Sicht zur Deckung des Bedarfs aus?

Ansonsten sollten wir dieses Thema, denke ich, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen intensiv diskutieren und eine Entscheidung treffen. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Zimmermann. - Herr Höing, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Detjen, wir werden dort nichts inhaltlich plattmachen. Natürlich wird es nach wie vor eine wichtige Aufgabe sein, die freien Räume in der Stadt, diese Zahnlücken, wie groß sie auch immer sein mögen, schrittweise zu füllen. Wir werden das ein bisschen straffen. Wir werden das ein bisschen anders organisieren. Aber die Aufgabe, Herr Zimmermann, wird nicht wegfallen, sondern kontinuierlich fortgeführt. Wir müssen uns weiterhin damit auseinandersetzen. Es ist richtig: Das Thema Wohnen wird uns in den nächsten Monaten und Jahren intensiv beschäftigen. Die Suche nach Orten und Flächen wird eine wichtige Aufgabe bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Detjen noch einmal, bitte.

(Ralph Sterck [FDP]: Gibt es eine Rednerliste?)

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Höing, ich habe eine Frage. In der Antwort der Verwaltung im Juni hieß es, das wird auf eine Person reduziert. Jetzt sagen Sie: Es bleibt inhaltlich erhalten, was ja lobenswert ist. Da haben wir ja schon mal die Hälfte der Miete. Jetzt meine Frage: Wie viele Personen arbeiten dann an diesem Inhalt bis zum nächsten Haushalt?

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Linksfraktion!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Höing, bitte.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Wir werden das neu zuordnen und es in den Aufgabenbereich Bauberatung eingliedern. Dort werden dann zwei Personen dieses Thema mitverfolgen.

(Jörg Detjen [Die Linke]: Dann sind wir schon bei zwei! Ich wollte gerne drei!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Höing. - Herr Sterck, bitte.

**Ralph Sterck** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Linke hat heute nicht so richtig Glück mit ihren Anträgen, so auch mit diesem nicht. Wir freuen uns natürlich, Herr Detjen, dass die Linke jetzt ihre Liebe zum Baulückenprogramm entdeckt hat. Es gibt Fraktionen hier in diesem Hause, die sich schon etwas länger mit diesem Phänomen beschäftigen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Da gab es die Linke noch gar nicht!)

Wir haben uns insbesondere für die Verringerung der Stellplatzablässe eingesetzt - das haben wir im Stadtentwicklungsausschuss gemeinschaftlich getragen -, um es attraktiv zu machen, gerade in Baulücken Wohnraum zu schaffen. Dafür haben wir ein Instrument gewählt, das ich Herrn Höing - er genießt ja in diesem Haus die Gnade der späten Geburt - bei seinen weiteren Überlegungen mit auf den Weg geben will. Sie haben das Stichwort eben schon genannt, Herr Detjen, nämlich den Haus- und Grundbesitzerverein. Diesen haben wir in der Frage der Schaffung von Wohnraum in Baulücken mit in die Pflicht genommen. Er ist bereit, gewisse Beratungsleistungen, die bisher von der Verwaltung erbracht worden sind, mit zu übernehmen. Das entspricht ja genau dem, was der Oberbürgermeister in seinen Sparüberlegungen formuliert hat: Es muss nicht immer alles die Stadt selber machen; wir können uns auch dritte Partner suchen, die bestimmte Aufgaben wahrnehmen.

Wenn Sie als Linke jetzt noch Ihre Liebe zum Haus- und Grundbesitzerverein entdecken, dann wird das - das prognostiziere ich - ein ganz tolles Programm werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:**  
Schönen Dank, Herr Sterck.

Herr Detjen, nachdem Sie jetzt zahlreiche Argumente dazu gehört haben, sind Sie damit einverstanden, das in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben? - Ja. Vielen Dank. Das erleichtert es uns.

Wer ist damit einverstanden? - SPD, CDU, FDP, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, Grüne und Linke. Wer enthält sich? - Pro Köln.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3.1.11:

**3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln  
betreffend "Hilfe für Opfer von  
Zwangsheiraten"  
AN/1770/2012**

Bitte.

**Karel Schiele** (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Studie „Living in forced isolation“ befasste sich im Auftrag der Stadtverwaltung Amsterdam mit der Lebenssituation sogenannter versteckter Frauen. Circa 200 bis 300 von ihnen leben in der niederländischen Metropole. Versteckte Frauen leben sehr oft in streng religiösen Familien. Größtenteils gehören diese dem Islam an. Die Situation dieser Frauen kann man nur mit einem Wort beschreiben: menschenunwürdig. Sie dürfen ohne männliche Begleitung nicht das Haus verlassen, weder einkaufen gehen noch zum Arzt oder zu Freunden. Ein solcher Zustand ist für uns nicht hinnehmbar.

Versteckte Frauen sind aber nur ein Symptom einer Gesamtproblematik, und das ist die Unterdrückung der Frauen. Vor allem unter unseren muslimischen Mitbürgern ist es sehr verbreitet, den Frauen gewisse Grundrechte nicht zuzugestehen. Dies fängt bei der Verschleierung an und hört bei dem Phänomen der sogenannten versteckten Frauen auf.

Die Gleichberechtigung der Frau ist eine der größten Errungenschaften in unserem Land.

Frauen dürfen bei uns wählen, den Führerschein machen, sind in hohen Positionen tätig, haben freien Zugang zu Hochschulen. In manchen Bereichen wird sogar über eine verbindliche Frauenquote diskutiert, um die absolute Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zu erreichen.

Was für uns so selbstverständlich klingt, ist leider selbst in der heutigen Zeit nicht überall selbstverständlich. In kaum einem anderen Kulturkreis werden die Frauen so systematisch unterdrückt wie in der islamischen Welt. In Saudi-Arabien ist es Frauen nicht gestattet, ohne männliche Begleitung in die Öffentlichkeit zu gehen oder den Führerschein zu machen. Im Iran wurde im Oktober an 36 Hochschulen und Universitäten den Frauen der Zugang verweigert. Das heißt, dort können Frauen zukünftig nicht mehr studieren. Viele Menschenrechtsorganisationen kritisieren diese Zustände sehr scharf.

Durch die vermehrte Zuwanderung aus diesen Religionen müssen wir uns auch in unserer Stadt mit der Situation unterdrückter Frauen beschäftigen. Wir dürfen nicht untätig danebenstehen, wenn Freiheits- und Grundrechte in unserem Land mit Füßen getreten oder schlimmstenfalls abgeschafft werden.

Wir als politische Vertreter dieser Stadt sind gefordert, die Situation der hier lebenden Frauen zu analysieren. Unsere Daseinsvorsorge müssen wir erfüllen und unterdrückten Frauen hier in Köln helfen. Um das genaue Ausmaß zu kennen, beantragen wir von pro Köln, nach dem Vorbild der Stadt Amsterdam eine vergleichbare Studie zum Leben in gezwungener Isolation durchzuführen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. - Danke schön.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** So weit Herr Schiele. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4:

**4 Anfragen gemäß § 4 der  
Geschäftsordnung des Rates und der  
Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.  
betreffend "Versorgung des doppelten  
Abiturjahrgangs 2013"  
AN/1589/2012**

**Antwort der Verwaltung vom 15.11.2012  
AN/1589/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann ist das erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

**4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend  
"Altkleidercontainer im Kölner  
Stadtgebiet"  
AN/1742/2012**

**Antwort der Verwaltung vom 14.11.2012  
3998/2012**

Die Antwort der Verwaltung liegt bereits vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend  
"Verzögerungen bei der Öffnung der  
Gleueler Straße"  
AN/1804/2012**

**Antwort der Verwaltung vom 14.11.2012  
4140/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Möring.

**Karsten Möring** (CDU): Frau Bürgermeisterin! Herr Höing, ich habe zu dieser Antwort zwei Nachfragen.

Zum einen geht es um die Antwort auf die Frage 2. In unserer Frage hatten wir eigentlich nicht intendiert auf Komplikationen, die sich zwischen Auftragnehmern abspielen könnten, sondern auf Komplikationen generell. Die Frage ist eigentlich: Geht die Verwaltung, wenn sie eine solche Zeitangabe macht, davon aus, dass das nur unter günstigsten Umständen einzuhalten ist? Muss nicht auch aus Erfahrung einkalkuliert werden, dass man zumindest einen Zeitkorridor nennen muss, weil das eine oder andere ja auch schiefgehen kann, wie in diesem Fall auch? - Das war die Nachfrage zur Frage 2.

Zum anderen habe ich eine Nachfrage zur Antwort auf die Frage 3. Sie schreiben uns, dass der Baustellenzeitplan vom Unternehmer vorgelegt werden soll mit der Maßgabe, den

Fertigstellungstermin Ende Februar einzuhalten. Hat die Stadt überhaupt die Mittel, den Unternehmer dazu zu zwingen, ist sie also in diesem Sinne Herr des Verfahrens? Ich frage das deswegen, weil bei der Diskussion in der Ratssitzung im Juni zum Thema Zeithorizont meine Kollegin dos Santos die Bemerkung machte, der mögliche Damm, den wir ins Spiel gebracht hatten, sei ja wahrscheinlich erst fertig, wenn die ganze Maßnahme schon beendet ist. Wir sehen jetzt, dass das nicht so ist.

Auf diese beiden Zusatzfragen hätte ich gerne eine Antwort.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Beigeordneter, bitte.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Möring, Ihre Anfrage ist ja berechtigt; denn wir haben dort einen deutlichen Zeitverzug. Ich glaube, das ist jedem bekannt. Es stellt sich die Frage: Haben wir realistisch geplant, oder waren wir zu optimistisch? Meine Kollegen sagen mir: Wir haben realistisch geplant. Ich will jetzt auch nicht die Gnade der späten Geburt, von der Sie vorhin an anderer Stelle gesprochen haben, in Anspruch nehmen. Unser Eindruck war, wir haben dieses Bauprojekt realistisch zeitlich eingepreist.

Zu Ihrer zweiten Frage: Welche Druckmittel haben wir? Ich hatte ja bereits am Rande des Stadtentwicklungsausschusses über das Problem berichtet und gesagt, wir haben jetzt einen Bauzeitenplan eingefordert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wo ist er denn?)

Bislang - Herr Klipper - ist dafür Ende Februar avisiert. Ich glaube, ehrlich gesagt, es ist sportlich, das bis Ende Februar zu schaffen. Wir sind in intensiven Verhandlungen mit dem Bauunternehmer. Ob wir nachher obsiegen oder ob wir in der Tat feststellen müssen, dass es doch etwas länger dauert, will ich heute gar nicht definitiv beantworten.

Ich will aber anhand dieses Beispiels an dieser Stelle deutlich machen, dass wir uns zukünftig noch einmal über genaue Vertragsgestaltungen Gedanken machen müssen. Wir müssen auch prüfen, wie Verlässlichkeit in Vertragswerke eingepreist werden kann. Wir werden auch noch einmal darüber nachdenken müssen, wie die

Stadt diese großen Bauprojekte, die gesamten Sanierungsprojekte, die jetzt vor uns liegen, so steuert, koordiniert und auch über Verträge in den Griff bekommt, damit wir nicht immer sozusagen zuschauen müssen, wenn sich Unternehmer und Subunternehmer nicht vertragen und dies auf Kosten der Bürger dieser Stadt austragen.

**Karsten Möring (CDU):** Darf ich noch eine Spezifizierung nachfragen?

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Bitte schön, Herr Möring.

**Karsten Möring (CDU):** Ich würde es sehr erfreulich finden, wenn das so gelingt. Denn das ist ja bisher ein Problem.

Zur Ergänzung noch einmal nachgefragt: Gibt es Unwägbarkeiten bei dieser Baustelle, die noch in fehlenden Erkenntnissen über den Sanierungsumfang liegen? Sprich: Wann wissen wir wirklich, welche Arbeit dort noch zu leisten ist, und welche Auswirkungen hat das auf den Zeitplan? - Herr Kahlen weiß, wovon ich spreche. Darüber haben wir schon im Sommer geredet.

**Beigeordneter Franz-Josef Höing:** Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wird es dort nicht zu einer Endlosbaustelle kommen. Die Sanierungsmaßnahmen sind benannt. Wir als Verwaltung gehen nach wie vor davon aus, dass wir nahe dem bislang genannten Termin landen werden.

(Karsten Möring [CDU]: Dann hoffe ich mit Ihnen, dass Sie recht behalten!)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Sind alle damit zufrieden? - Herr Beigeordneter, schönen Dank für die Darstellung.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort und kommen zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

**6.1.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für**

**die Entsorgung von  
Schmutzwassergruben  
Abwassergebührensatzung  
3455/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das genehmigt.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

**6.2.1 Gebührenordnung für  
Parkscheinautomaten im Gebiet der  
Stadt Köln (Parkgebührenordnung)  
1306/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP, Herr Ludwig von der Linken, pro Köln und Herr Hoffmann. Enthaltungen? - Keine. Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7:

**7 Unterrichtung des Rates über die von der  
Kämmerin/den Fachbeigeordneten  
genehmigten Mehraufwendungen,  
-auszahlungen u. -verpflichtungen für  
das Hj. 2012 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs.  
1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung  
2012  
3982/2012**

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Nehmen wir nur zur Kenntnis!)

Das nehmen wir zur Kenntnis.

Nächster Tagesordnungspunkt ist 8.1:

**8.1 Genehmigung von überplanmäßiger  
Auszahlung  
3653/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.2 auf:

**10.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel,  
Stadtbahn, ÖPNV: Stadtbahnhaltestelle  
Friesenplatz  
hier: Planungsbeschluss zur  
Nachrüstung von Aufzügen sowie  
Freigabe von investiven  
Auszahlungsermächtigungen des  
Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-**

**1202-1-7090, Haltestelle Friesenplatz -  
Einbau von Auf.  
2303/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.3 auf:

**10.3 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel,  
Stadtbahn, ÖPNV: Planungsbeschluss  
für die Bahnsteiganhebung an der  
Haltestelle Venloer Straße / Gürtel,  
sowie Freigabe von investiven  
Auszahlungsermächtigungen des  
Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-  
1202-2-6010 Hst. Venloer Str. / Gürtel  
- B.anhebung  
2575/2012**

Abstimmung wie Verkehrsausschuss bzw. Finanzausschuss. - Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.5 auf:

**10.5 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung  
des Vergabeverfahrens  
hier: Beschaffungsbedarf zur Lieferung  
von Ersatzteilen für  
Parkscheinautomaten  
2951/2012**

Abstimmung wie Verkehrsausschuss. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 10.6:

**10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
(StEB)  
Bericht über die Umsetzung des  
Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln  
3241/2012**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig.

Tagesordnungspunkt 10.7 rufe ich auf:

**10.7 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung  
des Vergabeverfahrens  
hier: Wartungs- und  
Entleerungsarbeiten an  
Parkscheinautomaten im Stadtgebiet  
Köln  
3357/2012**

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10.8:

**10.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
(StEB)  
Wirtschaftsplan 2013  
3422/2012**

Keine Wortmeldungen? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 10.8 einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.9 auf:

**10.9 Feststellung des Jahresabschlusses  
zum 31.08.2011 des Gürzenich-  
Orchesters Köln  
3498/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Neinstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.9 einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Feuerwehrtopf Förderkonzepte  
hier: Freigabe von zahlungswirksamen  
Aufwendungen  
3460/2012**

Bitte schön, Herr Beigeordneter Quander.

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** Zum Thema „Feuerwehrtopf Förderkonzepte“ hatten wir am Montag im Finanzausschuss Diskussionen und Nachfragen. Wir haben Ihnen nach nochmaliger Rücksprache mit dem Rechnungsprüfungsamt auch unsere Stellungnahme für die Fraktionssitzungen zur Verfügung gestellt.

Wir müssen also darauf achten, dass die Zwecksicherung gegeben ist. Deswegen schlagen wir vor, den Beschlussvorschlag um folgenden Passus zu ergänzen:

Die Bewilligung und Auszahlung der Zuwendung an das Theater Der Keller e. V. wird an die Auflage gebunden, dass das Insolvenzverfahren mit einer positiven Entscheidung zum Fortbestand des Theaters endet.

Damit wäre die Zwecksicherung sichergestellt. Dann könnte die Vorlage unter Wahrung aller Aspekte beschlossen werden, glaube ich.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön. - Herr Börschel, bitte.

**Martin Börschel (SPD):** Frau Bürgermeisterin, ich habe Herrn Hemsing vom Rechnungsprüfungsamt zwar nicken sehen, möchte aber nur der guten Ordnung halber für das Protokoll fragen, ob das einheitliche Verwaltungsmeinung - inklusive des Amtes des Rates, also des RPA - ist.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Herr Hemsing, bitte.

**Hans-Jochen Hemsing** (Rechnungsprüfungsamt): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist auch die Sicht des RPA. Wir hatten das im Vorfeld abgestimmt.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über die Vorlage unter TOP 10.10 mit der eben vorgetragenen Ergänzung abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Damit ist diese Vorlage mehrheitlich angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2011 der Beihilfekasse 3386/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013 3298/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Abschluss von Ergebnisabführungsverträgen zwischen der Sparkasse KölnBonn und 100%igen Tochtergesellschaften 3664/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltung von pro Köln. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

**10.15 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 3226/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich über die Vorlage unter TOP 10.15 abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

**10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 3224/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.19:

**10.19 Jahresabschluss 2011 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 2925/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es

Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2012  
2579/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Ankauf eines Kunstwerks für das Museum Ludwig  
4070/2012**

Bitte schön.

**Reinhard Houben** (FDP): Frau Bürgermeisterin! Es sind ja oft die kleinen Anträge, die so viel Freude bereiten. Als ich in der Vorlage das erste Mal las: „Kunstwerk „Sympathische Kommunistin“, dachte ich natürlich sofort an Frau Stahlhofen.

(Heiterkeit bei Henk van Benthem  
[CDU])

Aber darum geht es ja wohl nicht.

Meine Damen und Herren, allerdings bieten auch solche kleinen Anträge dem interessierten Ratsmitglied die Möglichkeit, einige Fragen zu stellen.

Herr Frank, wir haben eben sehr breit darüber diskutiert, wie wenig wünschenswert es ist, dass Unternehmen die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, ihre Gewerbesteuerzahlungen so zu verteilen, dass es für das Unternehmen günstig ist, wodurch es für eine Stadt mit einem besonders hohen Gewerbesteueransatz wie Köln dann vielleicht zu negativen Effekten kommt. Nun finde ich es schon interessant, dass wir hier einen Vorschlag der Verwaltung bekommen, der es in einer relativ komplizierten Konstruktion einem Verkäufer ermöglicht, über einen Zeitraum von zehn Jahren möglichst steueroptimiert aus einer Mischung von Spende und Verkauf an unterschiedliche Gemeinnützige und an die Stadt Köln selbst uns ein sicherlich ganz wertvolles Kunstwerk zur Verfügung zu stellen.

Erstens möchte ich die Ratsmehrheit einmal fragen, ob es vor dem Hintergrund der eben geführten Diskussion wirklich schlüssig ist, in der gleichen Ratssitzung hier so etwas zu beschließen. Es geht zwar nur um insgesamt 1 Million Euro. Aber wenn wir transparent und klar in der Argumentation nach außen sein wollen, können wir es doch nicht um 17 Uhr als verwerflich bezeichnen, wenn steuerliche Möglichkeiten ausgenutzt werden, und andererseits hier eine Konstruktion unterstützen, die bis zum Jahr 2023 läuft, damit der Veräußerer dieses Bild steueroptimiert verkaufen kann. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Aber ich habe damit ein gewisses Problem.

Zweitens wollte ich der Kämmerin gerne eine Frage stellen. Leider ist sie schon wieder nicht da. Im Urlaub wird sie ja nicht sein. Eigentlich wollte ich die Kämmerin fragen, wie sie denn diesen Kauf verbucht. Vielleicht wird die Antwort dann nachgereicht. Ich finde es schade, dass die Kämmerin bei dieser finanzpolitisch doch sehr interessanten Konstruktion nicht im Saal ist.

Drittens möchte ich, um das vielleicht freundlich abzuschließen, auf Folgendes hinweisen: Sicherlich ist Herr Kippenberger ein sehr bekannter moderner Künstler. Wenn Sie in Wikipedia recherchieren, stoßen Sie darauf, dass es den meisten Aufruhr um ein Kippenberger-Projekt gab - Herr Zimmermann, Sie können mir das vielleicht bestätigen -, als im Museum Ostwall in Dortmund sein Kunstwerk „Wenn's anfängt durch die Decke zu tropfen“ durch das intensive Putzen einer Mitarbeiterin des Museums zerstört wurde und der Stadt Dortmund 800 000 Euro verlorengingen.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn wir bei diesem Kaufantrag heute noch nicht zu einem Ergebnis kämen. Wir als FDP-Fraktion würden es begrüßen, wenn wir zumindest diese finanztechnisch äußerst fragliche Konstruktion noch einmal an die Verwaltung zurückgäben, damit uns dann eine andere Vorlage angeboten wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Houben. - Bitte, Herr Professor Quander.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das Modell ist nicht ganz klar!)

**Beigeordneter Prof. Georg Quander:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Houben, ich will nur zwei Punkte richtigstellen.

Es handelt sich nicht um einen steueroptimierten Verkauf. Was steuerlich zu Buche schlägt, ist die Schenkung von 2 Millionen Euro an die Stiftung. Das ist die Umsetzung dessen, was mit der Novellierung des Stiftungsrechts durch die aktuelle Bundesregierung vor zwei oder drei Jahren auf den Weg gebracht wurde - mit dem Ziel, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und die Bürger zu Stiftungen anzuregen. 2 Millionen Euro werden in die Kunststiftung im Museum Ludwig eingebracht. Das ist in der Tat steuerlich über einen Zeitraum von zehn Jahren, glaube ich, geltend zu machen.

Der Verkauf ist natürlich steuerlich nicht optimiert. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 1 Million Euro. Von dieser Summe muss die Stadt Köln lediglich 334 000 Euro tragen, weil das zweite Drittel von der Kulturstiftung der Länder und das dritte Drittel von der Peter und Irene Ludwig Stiftung kommt. Das heißt: Über 600 000 Euro sind hierbei Stiftungsgelder, die dann dem städtischen Besitz zugutekommen.

Wir haben im Übrigen bei verschiedenen Kunstwerken in unseren Häusern den Fall - nicht allzu oft; es kommt aber hin und wieder vor -, dass der Besitz zwischen einem Stifter und der Stadt Köln geteilt ist. Ein Drittel gehört hier der Stadt Köln, läuft dort unter Investment und kommt dem städtischen Vermögen zugute. Der andere Teil bleibt in der Kunststiftung im Museum Ludwig, die ihn aber auch nicht veräußern kann und die einen einzigen Zweck erfüllt, nämlich Ankäufe zu finanzieren und die angekauften Kunstwerke dem Museum zu Ausstellungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Insofern wäre ich dankbar, wenn wir heute doch zu einer positiven Entscheidung kommen könnten. - Danke.

**Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:** Danke schön, Herr Professor Quander. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist der Ankauf dieses Kunstwerks für das Museum Ludwig angenommen.

Wir kommen zu:

## 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

### 11.1 179. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes Arbeitstitel: Gewerbegebiet Hugo-Junkers-Straße in Köln-Nippes hier: Beschluss über Stellungnahmen aus der Offenlage und Feststellungsbeschluss 1137/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

### 11.2 189. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim Arbeitstitel: Schanzenstraße-Nord in Köln-Mülheim hier: Feststellungsbeschluss 3451/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu:

## 12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

### 12.1 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 65362/02 Arbeitstitel: Südstraße in Köln-Meschenich 1. Änderung 2446/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 59440/03**  
**Arbeitstitel: Weiden-Süd/Teilbereich Grünzug West in Köln-Weiden**  
**2. vereinfachte Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch westlich Ignystraße 2758/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dem einstimmig zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 67441/09**  
**Arbeitstitel: Ulrichgasse in Köln Altstadt/Süd**  
**3559/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

**14 Erlass von Veränderungssperren**

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

**14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Mülheim**  
**Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße**  
**2601/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

**14.2 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Nord**  
**Arbeitstitel: 3. Änderung nördlich S-Bahn/Eigelstein**  
**2604/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Gibt es

Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls angenommen.

Ich rufe auf:

**16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen**

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 226. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen**  
**2840/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Wir kommen zu:

**17 Wahlen**

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln**  
**2627/2012**

Dazu gibt es eine Liste. Ich darf vorlesen:

Gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen  
 SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke

1. Frau Monika Schultes
2. Frau Polina Frebel
3. Herr Herbert Gey
4. Herr Jochem Falkenhorst
5. Herr Arif Ünal
6. Herr Klaus Jünschke
7. Herr Karl Wolters
8. Frau Britta Schüßler

Gibt es weitere Vorschläge? - Ich sehe keine.

Dann schreiten wir zur Wahl. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Rücktritt eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes, Wechsel der Vertretung und Vorschlag zur Neuwahl  
3413/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses  
3416/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Neuwahl eines stellvertretenden, beratenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschusses  
3507/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Bestellung des kommissarischen Museumsdirektors Herrn Dr. Roland Krischel zum kommissarischen geschäftsführenden Betriebsleiter des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud  
3548/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde  
3665/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 MÜLHEIM 2020  
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Veedelsbeirat  
3393/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

**17.8 Akademie der Künste der Welt gGmbH  
hier: Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes  
3112/2012**

Dazu gibt es einen Vorschlag der FDP; sie schlägt Herrn Görzel vor. Herr Thor-Geir Zimmermann möchte ebenfalls kandidieren.

Dann rufe ich die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge auf. Wer ist für Herrn Görzel? - Das sind die SPD, die Grünen und die FDP. Wer ist für Herrn Zimmermann? - Das sind die CDU, die Linken, pro Köln, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Damit ist Herr Görzel gewählt. Glückwunsch!

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

**17.9 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln  
hier: Bestellung von Herrn Frank Höller zum geschäftsführenden Betriebsleiter  
2941/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Pro Köln enthält sich. Damit ist das angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

**17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung eines Aufsichtsratsmitglieds für die Häfen und Güterverkehr Köln AG“  
AN/1798/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

**17.11 Denkmalschutz und Denkmalpflege  
Berufung eines sachverständigen  
Bürgers in den Ausschuss Kunst und  
Kultur  
4087/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

**18 Genehmigung von  
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß  
§ 60 Abs. 1 Satz 3 der  
Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Abschluss eines Sponsoringvertrages  
mit der NEC Display Solutions Europe  
GmbH, München, zur Unterstützung der  
Sonderausstellung „David Hockney. A  
Bigger Picture“ im Museum Ludwig  
3456/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte,  
kranke und behinderte Menschen zur  
Vermeidung einer frühzeitigen  
stationären Hilfe  
3465/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das ebenfalls einstimmig angenommen.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 19:49 Uhr)